Montag, 7. Mai 1984 - D ✻✻

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 106 - 19.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Fraga zur Teilung: „Wenn man diese Grenze sieht, versteht man die ganze Tragik Deutschlands", erklärt der spanische Oppositionsführer (Alianza Popular), Manuel Fraga Iribarne, bei einer Besichtigung der „DDR"-Demarkationslinie in der Rhön.

Reagan für Dialog: Die Nationen des Westens seien zu einem ernsthaften Dialog bereit, versichert der US-Präsident in einem Appell an die Sowjets zur Wiederaufnahme der von Moskau abgebrochenen Genfer Raketen-Verhandlungen.

Mondale vorn: Nach seinem deutlichen Sieg bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei in Texas ist der Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei, Walter Mondale, von seinen Rivalen Hart und Jackson – trotz Niederlage in Louisiana – kaum noch einzuholen.

Reise durch Polen: Trotz der bedrückenden Lage scheinen die Menschen Hoffnung und Geduld nicht verlernt zu haben. „Depressionen und Wut – ein polnisches Tagebuch" von Lothar Schmidt-Mühlisch. (S. 4)

Militärhilfe: Costa Rica hat die USA um sofortige Militärhilfe zur Abwehr der Bedrohung durch das Nachbarland Nicaragua ersucht, bestätigt das Außenministerium in Washington.

Berlin einbeziehen: Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, verlangt eine Garantie für die volle und praktische Einbeziehung Berlins in das angestrebte Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin. (S. 4)

Todesstreifen: Trotz Abbaus weiterer Selbstschußanlagen an der Demarkationslinie der „DDR" zu Bayern sind die Sperranlagen nach Beobachtungen des Grenzschutzes undurchlässiger geworden: 1982 kamen 25 Flüchtlinge, 1983 noch 13, in diesem Jahr erst vier in die Freiheit.

Fehler in Schweden: Bei der Jagd auf fremde U-Boote in schwedischen Hoheitsgewässern nahe dem Militärstützpunkt Karlskrona seien gravierende Fehler gemacht worden, heißt es im Bericht von Marine-Befehlshaber Lennart Ljung. (S. 5)

Nakasone in Indien: Für ein „neues, kooperatives Verhältnis" zwischen Indien und Japan spricht sich Ministerpräsident Nakasone bei einem Besuch in Neu-Delhi aus. (S. 5)

Heute: Außenminister Genscher bei seinem US-Kollegen Shultz in Washington. – EG-Agrarministerrat berät über Abbau der Wein-Überschüsse. – Spitzengespräch des Arbeitgeberverbandes Chemie und der DAG.

ZITAT DES TAGES

» Wir müssen immer eine Nuance besser sein, mehr in die Forschung investieren als die anderen, das Prinzip der Leistungselite rundum bejahen und vielleicht auch etwas früher aufstehen als die anderen «

Bundeskanzler Helmut Kohl gestern bei der Eröffnung des Luft- und Raumfahrtmuseums in München FOTO: DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Hypotheken: Die von der Deutschen Pfandbriefanstalt in der vorigen Woche bekanntgegebene Verteuerung der Baufinanzierung ist kein Signal dafür, daß die Hypothekenzinsen allgemein nach oben in Bewegung geraten. Das ergab eine Umfrage der WELT. (S. 9)

Lambsdorff-Kritik: Der Wirtschaftsminister (FDP) wirft der SPD weitere Abkehr von der Marktwirtschaft vor, kritisiert aber auch den Wirtschafts-Antrag zum CDU-Parteitag als zu „flauschig". (S. 9)

Thyssen: Die Führungskrise ist beigelegt. Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und seinem Vorsitzenden Spethmann das Vertrauen aus. (S. 11)

Leistungsschau: Mit rund 900 000 Besuchern in zwei Wochen hat die Deutsche Leistungsschau in Japan alle Erwartungen übertroffen.

KULTUR

Posener Erfolg: Mit Begeisterung wurde das Gastspiel der Staatsoper Posen bei den Wiesbadener Maifestspielen aufgenommen. Sie schwelgte nicht im Glanz kostspieliger Produktion, sondern überzeugte durch musikalische Vortrefflichkeit. (S. 15)

Enquists „Regenwürmer": Das Stück „Aus dem Leben der Regenwürmer" des schwedischen Autors Olov Enquist ist in München von seinem Landsmann Ingmar Bergman inszeniert worden – mit den für ihn typischen Überzeichnungen. (S. 15)

SPORT

Handball: Durch einen 18:16-Sieg über Gummersbach wurde Großwallstadt Meister. Die Nationalspieler Klühspies, Brand und Meisinger beenden ihre Laufbahn.

Fußball: Nur noch Tabellenführer VfB Stuttgart und der Hamburger SV können die Meisterschaft gewinnen. Bayern München ist aus dem Rennen. (S. 6)

Prost siegt: Auf einem McLaren-Porsche-Turbo gewann der Franzose den Großen Preis von San Marino vor Arnoux auf Ferrari und de Angelis auf Lotus.

Boxen: Das Intercup-Turnier von Karlsruhe gewann Kuba vor der deutschen Staffel. Der deutsche Verband wird nun sieben Boxer nach Los Angeles entsenden.

AUS ALLER WELT

Ehe-Institute: In kaum einer anderen Branche ist nach Ansicht der Stiftung Warentest so leicht an anderer Leute Geld zu kommen wie bei der kommerziellen Vermittlung von Ehen. (S. 16)

Doppelrolle Roms: Der Vorzug neben der Hauptstadt Italiens auch die des Vatikanstaats zu sein bringt den Römern neben allen Vorzügen auch eine Menge Probleme. Vor allem der populäre Papst Johannes Paul II. zieht gewaltige Pilgerströme in die Stadt.

Wetter: Im Norden wechselnd, im Süden stark bewölkt und teilweise regnerisch. Nur noch bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der Arbeitskampf rückt jetzt in greifbare Nähe

Arbeitgeber in der Metallindustrie bleiben weiter gesprächsbereit

W. NEITZEL/DW. Stuttgart

Die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden stellt sich nach dem für sie positiven Ergebnis der Urabstimmung fest auf einen Streik ein. Der Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann ist fest davon überzeugt, daß „der IG-Metall-Vorstand den Weg für Kampfmaßnahmen unverzüglich freigibt". Er werde beim Vorstand, der am 10. Mai in Frankfurt tagt, „auf alsbaldige Kampfmaßnahmen drängen".

Unterdessen haben die Arbeitgeber, die in dem Ergebnis der Urabstimmung zwar eine Solidaritätsbekundung für die Gewerkschaft, aber nicht ein Ja zur 35-Stunden-Woche sehen, ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen unterstrichen. Auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) und andere CDU-Politiker sind dafür, daß sich die Tarifpartner abermals an den Tisch setzen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt warf der Bundesregierung vor, sie trage die Verantwortung für einen möglichen Streik in der Metallindustrie.

In dem Tarifbezirk hatten sich 80,05 Prozent der 251 285 abstimmungsberechtigten IG-Metall-Mitglieder für Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ausgesprochen. Eine Sogwirkung auf die am 8. und 9. Mai in Hessen anstehende Urabstimmung ist nicht auszuschließen. IG-Metall-Chef Hans Mayr nannte am Samstag in Frankfurt das Ergebnis in Nordwürttemberg/Nordbaden einen eindeutigen Vertrauensbeweis für seine Organisation und deren Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

Nicht nur in Unternehmerkreisen wird bezweifelt, daß die achtzigprozentige Zustimmung der organisierten Metallarbeitnehmer als ein so klares Votum für Streikmaßnahmen gewertet werden kann. Vielmehr ist aus einer ganzen Anzahl von Anrufen besorgter und empörter Arbeitnehmer und Betriebsräte bei Zeitungsredaktionen und auch beim Metallindustriellen-Verband herauszuhören, daß das Ergebnis der Urabstimmung vielfach wohl erheblich von der tatsächlich vorhandenen Stimmung in den jeweiligen Betrieben abweiche. In einigen Fällen soll es zu scharfen Kontroversen zwischen Betriebsräten einiger Firmen und der IG Metall um die Frage der Korrektheit der Abstimmungen gekommen sein.

SEITE 2:
Zur Sonne, zum Streik
SEITE 3:
Analyse und weitere Berichte

Der Präsident von Gesamtmetall, Wolfram Thiele, bezeichnete in einem Interview der „Bild am Sonntag" das Resultat als „zwar eine Solidaritätsbekundung vieler Gewerkschaftsmitglieder mit der IG Metall, aber kein Ja zur 35-Stunden-Woche". Das Ergebnis sei auch „kein Auftrag an die Gewerkschaftsführung, jetzt den Streik auszurufen, sondern mit uns über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen wieder zu verhandeln". Eine Aussperrung sei „jetzt kein Thema". Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sagte in einem ARD-Fernsehinterview, der IG-Metall-Vorstand sollte sich überlegen, „ob man nicht doch noch einen Verständigungsversuch macht".

Der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg erklärte zu dem Urabstimmungsergebnis, die Mehrheit der Arbeitnehmer in der Metall-Industrie des Tarifbezirks sei gegen Streik. Wenn – bei insgesamt 501 000 Metall-Arbeitnehmern in diesem Bezirk – nunmehr rund 201 000 mit Ja

● Fortsetzung Seite 8

Koalition bleibt bei der Amnestie

FDP aus politischen Gründen im Zwiespalt / SPD lehnt weiter ab

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und führende Vertreter der Bonner Regierungskoalition haben nachdrücklich die geplante Amnestie für Steuervergehen bei Parteispenden verteidigt. Sie erklärten übereinstimmend, damit würde eine seit Jahren bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt. Allerdings wurden auf einer Sitzung des FDP-Vorstands in erster Linie aus politischen Gründen mit Blick auf ihren anstehenden Parteitag und die Europawahlen erhebliche Bedenken geäußert. Die SPD blieb bei ihrer klaren Ablehnung. Sie kündigte erneut die Anrufung des Bundesverfasssungsgerichts an.

Stoltenberg hatte in einem Interview betont, die letzte Woche überraschend von CDU/CSU und FDP vorgelegte Gesetzesinitiative sei „rechtsstaatlich absolut in Ordnung". Er warf dem Gesetzgeber und der früheren sozial-liberalen Koalition vor, einen nicht eindeutig geklärten Rechtszustand zu lange hingenommen zu haben. Viele Bürger hätten „kein Unrechtsbewußtsein gehabt", als sie in den letzten zehn bis 15 Jahren Parteispenden gegeben hätten. Aber auch die Empfänger könnten darauf verweisen, daß Beiträge von Förderungsvereinen im Bundesanzeiger veröffentlicht worden seien, ohne daß die Justiz tätig geworden sei. Wegen der nun zur Aufarbeitung durch die Justiz anstehenden, jahrelang zurückliegenden Vorgänge gebe es „schon rechtsstaatliche Bedenken".

Ähnlich äußerte sich gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger. Er meinte, die neue Koalition müsse den hinterlassenen „Schutt wegräumen". Es gebe kein anderes Rechtsgebiet, das so unklar geregelt sei. Wenn hier jemandem Verantwortung zuzuordnen sei, dann dürften dies nicht die Spender, die im guten Glauben gehandelt hätten, sondern dann müsse dies der Gesetzgeber sein. Diejenigen, die aus demokratischer Verantwortung heraus die Parteien unterstützt hätten, dürften nicht nachträglich „kriminalisiert und vor den Richter gezerrt werden". Weiter betonte Dregger, das Amnestiegesetz habe unter anderem auf den Fall des in der Flick-Affäre beschuldigten Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff „überhaupt keinen Einfluß".

Dreggers FDP-Kollege Wolfgang Mischnick meinte, durch das geplante Gesetz werde mehr Rechtssicherheit geschaffen. Zuvor hatte Mischnick während einer Vorstandssitzung seiner Partei energisch Vorwürfe der Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher zurückgewiesen und sie als „falsch" bezeichnet. Sie hatte in einem Interview behauptet: „Die über-

■ Fortsetzung Seite 8

Europas „selbstgestrickte Fesseln"

Strauß fordert mehr europäische Selbständigkeit und Unabhängigkeit

PETER SCHMALZ, München

Ein großartiger Auftakt zum Europawahlkampf sollte der Paneuropa-Tag in der Münchner Olympiahalle werden. Knapp 8000 Zuhörer waren gekommen und hörten, wie der französische Vizepräsident des Europaparlaments, Pierre Pflimlin, von der „großen brüderlichen Familie" schwärmte, und wie Kanzleramtsminister Jenninger vor Katastrophenstimmung warnte: „Reden wir Europa nicht in die Krise hinein."

Aber Franz Josef Strauß ließ es sich als Hauptredner nicht nehmen, Europa den Spiegel vorzuhalten und zu zeigen, daß die Realität des politischen Europa weit entfernt ist von der verbalen Kraft der Sonntagsreden. Entfernt aber auch von einer europäischen Wirklichkeit, die an der Politik vorbei zu einem Gemeinschaftsgefühl geführt hat. „Die politischen Organisationsformen", meinte Strauß, „hinken hinter dem psychologischen Zusammengehörigkeitsbewußtsein und den bereits erreichten wirtschaftlichen Zusammenschlüssen weit hinterher."

Strauß appellierte an die britische und die dänische Regierung, sich durchzuringen, dem Europäischen Parlament mehr Vollmachten auf dem Gebiet der Gesetzgebung zu überlassen. Dieses müsse aber endlich auch selbst gestrickte Fesseln abstreifen. „Europa muß befreit werden", forderte Strauß mit spürbarem Engagement, „von dem Butterberg und dem Milchozean, muß befreit werden von der erdrückenden Lawine und dem erstickenden Dschungel an Richtlinien und Verordnungen, die man nicht einmal mehr lesen, geschweige denn verstehen kann." Diese bürokratische Decke ersticke die Begeisterung, mit der die erste Nachkriegsgeneration angetreten sei.

Europa müsse zu einem neuen Selbstbewußtsein finden, das sich nach Meinung von Strauß auch in stärkeren militärischen Anstrengungen ausdrücken muß: „Es ist völlig unnatürlich, daß 250 Millionen Amerikaner uns bald 300 Millionen Europäer schützen müssen und wir in finstere Untergangsüberlegungen und in pessimistische Zukunftsangst verfallen, wenn die Amerikaner einmal sagen, wir ziehen einen Teil unserer Truppen zurück." Strauß: „Ich bin nicht der Prophet des Abzugs dieser Truppen."

Eine Chance für die Hochbegabten

C. GRAF SCHWERIN, Hannover

„Wir sind auf dem Gebiet der Begabtenforschung ein Entwicklungsland", sagte der Vorsitzende der „Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind e. V.", Walter Kapaun, auf der Jahrestagung seiner Gesellschaft in Hannover. Diese 1978 als Elterninitiative gegründete Vereinigung hat zum Ziel, unerkannte Hochbegabungen in allen Kreisen der Bevölkerung, „vor allem in Arbeiterfamilien und benachteiligten Gruppen", ausfindig zu machen und zu fördern. Die Zahl dieser Hochbegabten entspricht etwa zwei Prozent der begabten Schüler.

Bei dem Programm handelt es sich nach Ansicht der Initiatoren nicht um eine falsch verstandene Elitenbildung oder um „Inzucht", wie der Gesellschaft von bestimmten pädagogischen Kreisen vorgeworfen wird, sondern um die Gewährung der „Chancengerechtigkeit". Es gehe nicht nur darum, daß überdurchschnittliche Leistungen genauso anerkannt werden müssen wie durchschnittliche Leistungen, sondern daß hochbegabte Kinder in einer feindseligen Umwelt in eine Außenseiterposition geraten, meint Kapaun.

Es sei deutlich geworden, daß es sich bei Hochbegabten zumeist um sogenannte „Problemkinder" handelt, die im normalen Schulunterricht versagten. Sie würden durch das Verhalten ihrer Umwelt nicht als Hochbegabte anerkannt, und es stellten sich Verhaltensstörungen und andere Schäden ein. Daher forderte die „Gesellschaft für das hochbegabte Kind" auf ihrer Informationsveranstaltung in Hannover: Erstens, eine vorurteilsfreie und sachliche Diskussion über Hochbegabtenförderung. Zweitens, verstärkte Maßnahmen zur Identifizierung und Förderung durch Information. Drittens, intensive Forschung auf diesem Gebiet durch Modellversuche in Schulen. Viertens, Hochbegabtenpädagogik als Pflichtfach in der Lehrerausbildung.

Die Hochbegabtenförderung ist zu einem politischen Reizthema geworden. Der Begriff „Elite", darauf wies der parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswissenschaftsministerium, Anton Pfeiffer, hin, hat in der deutschen Geschichte eine Belastung erfahren. Aber kein demokratischer Staat könne auf die Förderung seiner Leistungs- und Verantwortungselite verzichten. Das gelte auch für das Handwerk, die Facharbeit, die Kaufleute. Diese Förderung liege traditionell in den Händen der Wirtschaft. Der Bund helfe solchen Stiftungen; aber neue müßten erschlossen werden.

Für die Hochbegabtenförderung an den Universitäten gibt das Ministerium jährlich 85 Millionen Mark aus. Sie betrifft 8000 Studenten. Aber entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats könne es nicht darum gehen, Eliteuniversitäten nach französischem oder amerikanischem Vorbild zu gründen. Die deutschen Hochschulen verfügten über spezifische eigene Wege, das angestrebte Ziel zu erreichen. Die Sicherung und der Ausbau der Begabtenförderung werden im neuen Rahmenhochschulgesetz berücksichtigt werden. Zur Förderung von Leistungswettbewerben würden mit den Kultusministerien geeignete Modelle entwickelt werden.

Die Bundesregierung werde zur Erarbeitung neuer wissenschaftlicher Grundlagen zur Hochbegabtenforschung beitragen. Sie legt Wert darauf, daß nicht nur intellektuelle und musische Begabungen, sondern auch die ausgewogene Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit gefördert werde.

DER KOMMENTAR

Hochbegabt

GÜNTER ZEHM

Auf einen bisher noch kaum bemerkten Mißstand in der Begabtenförderung hat jetzt in Hannover die „Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind" aufmerksam gemacht: Hochbegabte Kinder werden oft nicht nur nicht gefördert, sondern von ihrer Umgebung sogar noch diskriminiert. Sie gelten leicht als Außenseiter, die den Spott ihrer Klassenkameraden und das Mißtrauen progressiver Egalitäts-Pädagogen auf sich ziehen. Schnell kann so aus der besonderen Begabung eine Verhaltensstörung werden. Völlig zu recht wurde deshalb in Hannover gefordert, eine spezielle Hochbegabten-Pädagogik einzurichten, die sich die Früherkennung von Begabungen und ihre effektivste Entwicklung angelegen sein läßt.

Natürlich kann es nicht darum gehen, Gehirnmonstren zu züchten, die einzig und allein für ihre Spezialdisziplin leben und für nichts anderes mehr Interesse haben. „Wir wollen keine Frankensteins", war auch in Hannover zu hören. Es muß aber auch einmal gesagt werden, daß Frankenstein eine Gestalt der (romantischen) Literatur ist, durch und durch fiktiv und in der Wirklichkeit faktisch ohne Pendant. Gerade bei Hochbegabten zeigt sich in der Regel ein ausgesprochener Hang zur Vielseitigkeit. Die blutjungen Physik-Genies des „Göttinger Kreises" um Heisenberg und Dirac etwa hatten alle einen intensiv musischen Hang, übten sich nebenher als Musikanten und waren auch brennend an Moralphilosophie interessiert.

Das Göttinger Beispiel kann heute gar nicht gründlich genug studiert werden. Keines der dort versammelten Genies mußte ein besonderes „Förderstipendium" in Anspruch nehmen. Zu ihrer Entfaltung genügte die helfende Hand von aufgeschlossenen Lehrern und der Scharfblick von Doktorvätern und Kultusministern, die für wirklich Begabte immer einen Laborplatz und einen Lehrstuhl „außer der Reihe" freizumachen wußten, ohne daß ihnen ein Massengremium dazwischenfunkte.

Förderstipendien für Hochbegabte sind gut, aber Geld ist nicht das Wichtigste. Vor allem kommt es darauf an, ein geistiges Klima wiederherzustellen, in dem Hochbegabte gedeihen können, in dem der Neid und das Anspruchsdenken der Masse und des bloßen Durchschnitts nicht mehr den Ausschlag geben. Die Ausnahme muß wieder eine Chance erhalten.

Jaruzelski gibt Fehler der KP in Polen zu

AFP/rtr/AP, Moskau/Warschau

Der sowjetische Verteidigungsminister, Marschall Ustinow, hat am Wochenende dem polnischen Partei- und Regierungschef General Jaruzelski erneut das Vertrauen ausgesprochen. Zum Abschluß des zweitägigen „Arbeitsbesuchs" Jaruzelskis in der Sowjetunion zeigte sich Ustinow von der „Stärkung des Sozialismus" in Polen überzeugt und richtete scharfe Angriffe gegen die „imperialistische Reaktion" und die „konterrevolutionären Kräfte im Inneren" Polens, wie die amtliche Moskauer Nachrichtenagentur Tass meldete. Jaruzelski hatte am ersten Tag seines Besuches in einer in Moskau verbreiteten Tischrede zugegeben, daß die Kommunistische Partei Polens in der Vergangenheit Fehler gemacht habe. Allerdings sei es gelungen, der destruktiven Woge der Konterrevolution Einhalt zu gebieten.

Nach Angaben aus osteuropäischen Kreisen hat die sowjetische Regierung Unzufriedenheit mit den aus ihrer Sicht zu langsamen Fortschritten bei der Wiederherstellung der vollen Autorität der polnischen Kommunistischen Partei geäußert.

Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Auflösung regierungsfeindlicher Demonstrationen am 1. und 3. Mai in Polen hat Arbeiterführer Lech Walesa in einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC die Polizei vor weiteren Gewalttätigkeiten gegen Demonstranten gewarnt. Das „brutale" Vorgehen der Sicherheitskräfte könnte bei den Demonstranten in Zukunft Gegengewalt auslösen, meinte Walesa.

„Prawda" weiß von deutscher Eroberungslust

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat führenden Bundeswehr- sowie Finanz- und Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, „weitgehende Pläne" bis hin zur Eroberung von Teilen der Tschechoslowakei, Polens und weiterer Gebiete zu hegen. Es sei kein Geheimnis, daß die Bundeswehr die Traditionen der Wehrmacht behutsam bewahre, hieß es in der Samstag-Ausgabe der Moskauer Parteizeitung „Prawda". Unter den Bonner Generalen gebe es viele ehemalige Führer der Wehrmacht. Die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937 sei lediglich das erste, nicht jedoch das einzige Ziel dieser Kräfte.

Die Pläne dieser militaristischen Kreise gingen sogar soweit, so die „Prawda", sich aus dem NATO-Bündnis zu lösen. Die Zeitung stellte in diesem Zusammenhang die Frage, was passieren würde, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die Initiative im Nordatlantischen Bündnis und den Einfluß auf ihre Verbündeten verlören. Es sei leichtsinnig zu glauben, daß der westdeutsche Militarismus tot sei. „Er ist lebendig und wartet auf seine Zeit", beantwortete der Kommentator des Parteiblattes die Frage.

Der ausführliche Artikel des Moskauer Parteiorgans steht in einer Reihe mit zahlreichen anderen sowjetischen Kommentaren der jüngsten Zeit über „Militarismus und Revanchismus" in der Bundesrepublik Deutschland. Die sowjetischen Medien kritisieren vor allem, daß Bonner Regierungskreise diese „extrem rechten Kräfte" unterstützten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Fraktionsmacher

Von Uwe Bahnsen

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi ist nicht zu beneiden. In der Stadtrepublik ist das Regierungsgeschäft angesichts leerer Kassen, drückender Staatsschulden, wirtschaftlicher Strukturprobleme und einer höchst introvertierten, streitsüchtigen Sozialdemokratie schon schwierig genug. Nun muß der Spitzenhanseat auch noch ein Revirement seiner Senatsmannschaft zustandebringen.

Der Rücktritt des Finanzsenators Jörg König hat dafür nur den äußeren Anlaß geliefert. Dohnanyi weiß genau, daß insbesondere die Wirtschaftspolitik seines Senats, aber beispielsweise auch die Vertretung der hamburgischen Interessen in Bonn, dringend neuer Ansätze bedürfen.

Er hat aber auch darüber hinaus als Regierungschef hinreichend erfahren, wie recht Helmut Schmidt hatte, als er kürzlich in einem Artikel das wirkliche Problem des Regierungschefs in Hamburg definierte: „Innerhalb des Senats beruft man sich auf die Kollegialitäts-Verfassung und verweigert dem Bürgermeister das faktisch notwendige Minimum an Richtlinien-Setzung – außerhalb des Senats ist aber von Kollegialität wenig zu spüren, mehr jedoch von kaum mehr verhüllter Fraktionsmacherei gegeneinander."

Dohnanyi ist freilich nicht unschuldig an diesem Zustand. Seine Stärke ist das Analysieren, das nur leider immer wieder in Schurigelei ausartet, nicht das Integrieren. Das Ergebnis ist: Wirklich erstklassige Leute finden es nicht sonderlich attraktiv, an Dohnanyis Senatstisch zu sitzen. Gar das zermürbende Finanzressort zu übernehmen, stößt auf noch weniger Interesse, denn der Inhaber dieses Postens hat vorerst nichts zu verteilen als neue Belastungen, die neue bittere Auseinandersetzungen in der Regierungspartei auslösen werden.

Wenn Dohnanyi einen neuen Anfang machen und eventuellen Kandidaten für Senatsämter eröffnen könnte, daß die Belastungen und Opfer nicht nur einem Durchschlängeln zwischen den Parteifraktionen, sondern einer seriösen Sanierungspolitik dienen sollen, dann fände er wohl eher neue Mitarbeiter. Aber um eine seriöse Politik machen zu können, müßte er erst eine seriöse Partei hinter sich haben.

Das verlorene Können

Von Reiner Gatermann

Wann werden wir endlich Herr im eigenen Haus sein?", wurde Schwedens Verteidigungsminister Anders Thunborg bei der Vorlage des jüngsten U-Boot-Rapports gefragt. Seine viel- oder auch nichtssagende Antwort: „So schnell wie möglich." Er räumte damit ein, daß Schweden dieses Gebiet seiner Verteidigung nicht unter Kontrolle hat. Ob dies wenigstens in den anderen Militärbereichen der Fall ist, muß nun trotz gegenteiliger Beteuerungen des Ministers auch in Frage gestellt werden.

Lobenswert ist die Ausführlichkeit des Berichtes, in dem es auch an Selbstkritik nicht fehlt. Zum Ausrüstungsstand für die U-Boot-Jagd heißt es, er sei „erschreckend niedrig". Man habe „bedeutende Ressourcen- und Qualitätsprobleme" gehabt, und die Koordination habe nicht geklappt. Noch bezeichnender ist jedoch der Satz: „Wir befinden uns immer noch in der ersten Aufbauphase unseres U-Boot-Schutzes." Und an anderer Stelle heißt es: „Vieles unseres früheren Könnens ist verlorengegangen." Wie konnte es dazu kommen?

Weil Schweden seinen U-Boot-Schutz völlig demontiert hatte. Man hatte eben geglaubt, Neutralität sei ein Schutz an sich, vor allem gegenüber den friedliebenden Sowjets.

Jetzt versucht man, der ganzen Sache noch einen positiven Anstrich zu geben: Schweden vollbringe, was die U-Boot-Jagd in verhältnismäßig flachen Gewässern betreffe, eine Pionierleistung. Aber warum beginnt man erst mit der Arbeit, wenn fremde U-Boote im Hafen der Stockholmer Innenstadt oder vor den beiden wichtigsten Marinestützpunkten des Landes deutliche Spuren hinterlassen haben?

Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber sehen in dem eigenen Einsatz vor Karlskrona eine Demonstration schwedischer Entschlossenheit, jeglichen unerwünschten Besuch strikt abzuweisen. Sie glauben, das Ausland wisse dies zu würdigen. Dies ist fraglich, denn schließlich weiß das Ausland auch, daß Schweden sich immer noch in der ersten Ausbaustufe seines U-Boot-Schutzes befindet und daß man diesen Bereich jahrzehntelang vernachlässigt hat.

Mord in Kolumbien

Von Günter Friedländer

Wachsende Kritik auch aus den eigenen Reihen hatte nicht erreicht, was nun die Ermordung des kolumbianischen Justizministers Rodrigo Lara Bonilla erzwingt: Präsident Betancur kündigte am Grab seines Mitarbeiters einen brüsken Wandel seiner Politik gegenüber den Rauschgifthändlern an. „Kolumbien wird die in anderen Ländern gesuchten Feinde der Menschheit ausliefern, damit sie dort als abschreckendes Beispiel abgeurteilt werden", gelobte er.

Betancur hatte bisher aus Gründen seiner nationalistischen Philosophie die Durchführung der vom Obersten Gerichtshof Kolumbiens angeordneten Auslieferungen von Rauschgifthändlern an die USA unterbunden. Die USA haben in den letzten beiden Jahren erfolglos die Auslieferung von 23 kolumbianischen Rauschgifthändlern gefordert. Die angeblich von der Rauschgiftmafia organisierte Ermordung seines Justizministers ließ Betancur ausrufen: „Wir sind nun an einem Punkt angelangt, wo wir darüber nachdenken müssen, was Vaterland, Nation und das Wort Bürger bedeuten."

In den letzten Monaten häuften sich die Beweise für die enge Zusammenarbeit zwischen Kolumbiens Guerrilla und dem Rauschgifthandel. Ist es nur ein Zufall, daß am Tag der Ermordung Lara Bonillas und am folgenden Tag trotz aller Friedenserklärungen und trotz bereits unterschriebener Vorverträge die Guerrilla abermals zu Großangriffen schritt, bei denen mindestens elf Aufständische, fünf Bauern und neun Soldaten sowie Polizeibeamte fielen?

Betancur mußte den Belagerungszustand über das ganze Land verhängen, und Innenminister Alfonso Gomez warnte: „Unter solchen Umständen könnten sich die Friedensverhandlungen als unfruchtbar erweisen." Seit dem Jahresbeginn bis Ende April sind nach Angaben des Heeres trotz aller Friedensbeteuerungen der Guerrilla und trotz der Amnestie 320 Menschen in Kampfhandlungen ums Leben gekommen.

Lara Bonilla war ein junger, vielversprechender Politiker, der in den letzten Tagen seines Lebens warnte, daß er von der Mafia zum Tode verurteilt worden sei. Betancurs Regierung kann nicht dulden, daß er sein Leben umsonst opferte.

Freie Fahrt ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zur Sonne, zum Streik

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Freitagabend, der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, gibt das Ergebnis der Urabstimmung in Nordwürttemberg/Nordbaden bekannt: 80 Prozent der organisierten Metaller wollen den Streik. Als im Rundfunkgerät das Freudengeheul aufbrandet, zuckt der Hörer zusammen. Eine Erinnerung schießt in Bruchteilen einer Sekunde durch seinen Kopf. Wollt Ihr den totalen Streik? Es ertönt das Arbeiter-Kampflied: Brüder zur Sonne, zur Freiheit. Mein Gott, leben wir denn noch in den Hochzeiten des Klassenkampfes? Das war die erste Schreckreaktion am alten Dampfradio.

Die zweite Reaktion war nicht mehr das Erschrecken, auch nicht mehr die ungerechte Gedankenverbindung mit einem bösen Ereignis aus jüngerer deutscher Vergangenheit, sondern die Rückkehr zur Disziplin analytischen Denkens. Mit der Urabstimmung bewegt sich die IG Metall innerhalb der verfassungsmäßigen Tarifautonomie. Orientiert man sich an den Spielregeln des Arbeitsrechts, so muß auch in der „heißen Phase" der alsbaldige Abschluß eines Tarifvertrags das oberste Ziel aller Kampfmaßnahmen bleiben. Der Streik hat allein dieses Ziel zu verfolgen, und eben dieses Ziel ist der Sinn von Abwehraussperrungen, die ja den Zweck haben, nach dem Prinzip der Waffengleichheit den Streik abzukürzen. Für die aktuelle Praxis hätte das zu bedeuten: Wenn überhaupt Erzwingungsstreik und Abwehraussperrung, dann vielleicht heftig, in jedem Fall aber kurz. Beide Tarifparteien stehen unter dem Gebot des sozialen Friedens.

So, wie die Dinge liegen, kann sich die Analyse aber leider nicht auf die arbeitsrechtliche Würdigung beschränken. Die Gewerkschaftsführer haben keinen Zweifel daran gelassen, daß ihre Organisationen sich nicht nur als Tarifpartei, sondern als eine politische Bewegung verstehen. Dies ist auch der Hintergrund für den agitatorischen Ausfall des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, Arbeitgeber und konservative Politiker wollten den Sozialstaat sturmreif schießen. Die Gewerkschaften funktionieren den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich um zum Aufmarsch politischer Gegenmacht wider die Politik der „Wende" von Bundeskanzler Kohl. Das Ergebnis der Urabstimmung im Südwesten zeigt, daß sich solche politische Gegenmacht am kraftvollsten nicht in der SPD als der Bonner Oppositionspartei formiert, sondern in jenen Betrieben, die Hochburgen der IG Metall sind. Dieses Faktum ist ernst zu nehmen.

Helmut Kohl wird nicht daran vorbeisehen, daß seine Autorität als Bundeskanzler berührt ist. In seiner Kampagne zur Bundestagswahl vom 6. März 1983 hatte er um Zustimmung zu seiner Politik der „Wende" geworben, und er hat sie überzeugend erhalten. Unter seinen Wählern waren sehr viele Arbeiter und Angestellte. Es ist klar, daß er gegenwärtig einen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als höchst unvernünftigen Schlag gegen seine Regierungspolitik ansehen muß. Es entspräche den Regeln der Logik, davon auszugehen, daß Arbeitnehmer, die am 6. März 1983 Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt haben, jetzt bei einer von ihrer Gewerkschaft in Szene gesetzten Urabstimmung über Streik ihrem durchaus erfolgreichen Kanzler nicht in den Rücken fallen würden. So mag auch Kohl gedacht haben, als er immer wieder deutlich seine Meinung kundtat, er sei nicht prinzipiell gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, aber jetzt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu fordern, das sei Unsinn, und einen Streik könnten wir uns in dieser Phase des Konjunkturaufschwungs überhaupt nicht leisten. Nun kommt man nicht daran vorbei: Die 80 Prozent der in der IG Metall organisierten Arbeitnehmer in Nordwürttemberg/Nordbaden, die den Streik wollen, haben gegen Bundeskanzler Kohl gestimmt. Die Urabstimmung im Tarifgebiet Hessen läßt kaum ein anderes Ergebnis erwarten.



Kampfansage an den Kanzler: Steinkühler, Eisenmann FOTO: DPA

Man könnte es sich leicht machen und den Arbeitgebern folgen, die sagen, da es in den von der Urabstimmung betroffenen Betrieben insgesamt 501000 Arbeitnehmer gibt, davon aber nur 201000 für Streik votiert haben, handele es sich nur um eine Minderheit von 40 Prozent. Das Argument hat sein Gewicht, sollte es insbesondere für die Gewerkschaft haben, wenn sie daran geht, aus der Urabstimmung Konsequenzen zu ziehen. Aber das Verhalten derer, die sich in der Urabstimmung gegen Kanzler Kohl entschieden haben, kann so nicht erschöpfend erklärt werden. Offensichtlich muß das Gruppenverhalten ins Kalkül gezogen werden. Der Artbeitnehmer, der bei einer Bundestagswahl als mündiger Bürger seine Stimme in die Waagschale wirft, sieht sich offenbar in einer ganz anderen Rolle, sobald seine Gewerkschaft ihn zum Arbeitskampf aufruft. Hier ist der Ansatzpunkt zur Mobilisierung politischer Gegenmacht gegen die Regierung Kohl. Die IG Metall und die IG Druck und Papier nutzen das aus. Sie kämpfen nach den Regeln des Arbeitsrechts, aber sie machen in Wirklichkeit den innenpolitischen Vorreiter der SPD.

Doch die IG Metall kann ihren Triumph sehr schnell ins Gegenteil verkehren, wenn sie glaubt, sie habe jetzt den Freibrief, unser Land frischfröhlich mit Streik zu überziehen. Zur Urabstimmung wurden Gewerkschaftsmitglieder in ausgewählten Tarifgebieten aufgerufen. Ein großer Streik zöge jedoch die ganze Bevölkerung in Mitleidenschaft. Es ist kein vernünftiger Zweifel daran möglich, daß die allermeisten Bürger einen Massenstreik für willkürlichen Unfug, ja, für einen nicht zu verantwortenden Schaden halten. Das gilt auch für die Mehrheit der Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften sollten es sich noch einmal reiflich überlegen, ob sie wirklich stark genug sind, einen Streik vom Zaun zu brechen, den die Bürger als eine Kampfansage an Bundeskanzler Kohl auffassen müßten.

IM GESPRÄCH Jacques Chereque

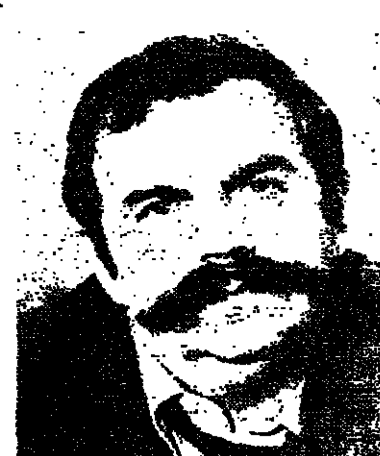
Nothelfer in Lothringen

Von August Graf Kageneck

François Mitterrand hat wieder einmal politisches Geschick bewiesen. Er ernannte den 56jährigen Gewerkschaftsführer Jacques Chereque zum „Sonderkommissar für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Lothringens" und damit zu seinem Mann in einer Provinz, in der sich in den nächsten zwei Jahren das Schicksal seines Regimes entscheiden muß. Chereque muß zusammen mit dem Industrie-Superminister Laurent Fabius die undankbare Aufgabe anpakken, etwa zehntausend lothringische Stahlarbeiter, die im Zuge des Abbaus überholter industrieller Strukturen bis 1986 auf die Straße gesetzt werden, in neuen Betrieben unterzubringen.

Hier sammelt sich sozialer und politischer Sprengstoff an, der nur auf Zündung wartet. Sie könnte kommen, wenn der „Stahlplan" des Ministers Fabius fehlschlagen sollte. Jacques Chereque kennt die Situation aus allererster Hand. Bevor der Sohn einer Heilpraktikerin aus Dijon – der Vater verstarb früh – und ehemalige katholische Pfadfinder es in den Rängen der linkssozialistischen Gewerkschaft CFDT bis zum stellvertretenden Generalsekretär und Spezialisten für auswärtige Angelegenheiten brachte, war er Dreher im Stahlwerk von Pompey bei Nancy.

Der massive Mann mit dem Stiernacken und dem imponierenden Schnauzbart hat seit 1976 erlebt, wie sich die Herren in Paris um das unglückliche Revier zwischen Mosel und Orne bemühten, ohne den Niedergang der Stahlriesen aus einem anderen Jahrhundert stoppen zu können. Er weiß, wie die Enttäuschung unter den Arbeitern wuchs, wie sie einen Sonderminister oder Sonderpräfekten nach dem anderen auspfiffen. Er weiß aber auch, welche Hoffnungen im Mai 1981 aufblühten, als die Linke in Paris an die Macht kam. Hoffnungen, die drei Jahre später tiefer begraben wurden als je zuvor unter den bürgerlichen Regierungen.



Krisendoktor mit Skalpell und Liebe: Chereque FOTO: CAMERA PRESS

Chereque soll das nun alles wieder „aufrichten". Mit Herz und Schnauze, vom Schnauzbart gar nicht zu reden, ist es allein nicht getan. Auch wenn der „Dicke", wie man ihn in der Pariser CFDT-Zentrale nannte, für seine Hemdsärmeligkeit ein Begriff ist. Oder war; jetzt hat er seine Gewerkschaftskluft gegen die pompöse Uniform eines „Kommissars der Republik" vertauscht. Das erleichtert ihm seine Aufgabe nicht. Für seine früheren Kollegen, vor allem in den Rängen der stets mißtrauischen kommunistischen CGT, ist er nur ein trojanisches Pferd des Staatsapparates, bestimmt dafür, die Gewerkschaftsfront ruhig zu halten. Für die Arbeiter ist er nur der letzte in einer langen Reihe von Krisendoktoren, die sich seit zehn Jahren in Lothringen die Skalpelle stumpf geschnitten haben.

Die ersten Kommentare seiner ehemaligen Freunde waren durchgehend skeptisch. Den Vater von fünf Kindern focht es nicht an. „Ich werde mich meiner schweren Aufgabe mit der Liebe unterziehen, die ich zu diesem Boden und zu diesen Menschen habe," sagte er nach seiner Ernennung.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kritisiert die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung:

Bundeskanzler Kohl hat sich mit dem vollen Gewicht seines Amtes vor jene Männer gestellt, die ihm die Vorlage zur Parteispenden-Amnestie aufgeschwatzt haben. Die Erklärung des Kanzlers hat, vielleicht, ein wenig zur Beruhigung jener Stürme beigetragen, die zur Zeit im Bonner Wasserglas toben. Sicher ist dies jedoch nicht. Die Öffentlichkeitspolitik der Regierung zeigt wiederum große Schwächen: den Parteimanagern mangelt es an Fingerspitzengefühl. Zieht man die großen Leistungen in Rechnung, die von der Regierung auf anderen Feldern erbracht wurden, so wird man geradezu zwangsläufig an das Sprichwort von dem Esel erinnert, der aufs Eis geht, weil es ihm zu wohl wird.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Urabstimmung der IG Metall heißt es hier:

Von vornherein war klar: Wie immer das Ergebnis der Urabstimmung aussehen würde, zur Freude gibt es keinen Anlaß. Die Alternative hieß doch: Ein deutliches Votum für den Streik rückt diesen in noch bedrohlichere Nähe, und das Argumentieren mit den Arbeitslosen und der größeren Sicherheit der Arbeitsplätze wird nach einem Arbeitskampf noch unglaubwürdiger. Andererseits müßten weniger als 75 Prozent bei der Urabstimmung tatsächlich eine massive Schwächung der Gewerkschaftsführung zur Folge haben, vielleicht zum Vorteil der Radikalen, das sahen viele Mitglieder auch. So waren nicht wenige in die leidige Situation gestellt, zwischen Solidarität für die Gewerkschaft und der besseren Einsicht bei der 35-Stunden-Woche wählen zu müssen. Für viele war das schwer genug, aber es war vermutlich noch nicht die höchste Hürde. Wenn es nun zu Streik und Aussperrung kommen sollte, in welche Zwänge zwischen Solidarität und fehlender Überzeugung kommen viele Arbeitnehmer dann? Und wer übernimmt die Verantwortung für das, was mit der Konjunktur, dem Arbeitsmarkt und in manchen Betrieben geschehen wird?

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Zum Amnestiegesetz meint die Essener Zeitung:

Kein Zweifel: Helmut Kohl will wieder einmal beweisen, worin seine größte politische Begabung besteht – im Aussitzen. Das neudeutsche Wort beschreibt die Fähigkeit, Konflikte durchzustehen. Kann man wünschen, daß ihm dies mit dem geplanten Amnestiegesetz für Spendensünder gelingt? Zu sehr beleidigt dieses Vorhaben das Rechtsgefühl, zu sehr trägt es dazu bei, den ohnehin beschädigten Ruf des Parteienstaates weiter zu demontieren. Kohl indessen denkt da ganz praktisch: erstens: Er hat die Mehrheit. Zweitens: Einen Schlußstrich wollen alle. Auch die Sozialdemokraten, die sich jetzt – zu Recht – empören, haben sich der zweifelhaften Praktiken bedient, mit deren Hilfe die Spenden in die Parteikassen gelenkt wurden.

Mit der Rentenneuordnung auf bessere Zeiten warten?

In drei Jahren hätte man mehr Geld und vielleicht weniger Ärger / Von Gisela Reiners

Es sieht so aus, als dauerte es noch eine Weile, bis dem Verfassungsgerichtsurteil Genüge getan wird und Mann und Frau im Rentenrecht gleichgestellt werden. Zu groß sind die Meinungsunterschiede innerhalb der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP. Für Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) scheint zwar alles klar zu sein. Er wirbt für das Anrechnungs-Modell, das erlauben soll, ohne Mehrkosten eine Rente sowohl an Witwen als auch an Witwer zu zahlen.

Zuvor hatte man im Rentenrecht immer unterstellt, daß hinterbleibende Ehefrauen und Mütter, die wegen Hausarbeit und Erziehungsaufgaben nicht berufstätig waren, versorgt werden müßten. Doch dagegen hatte ein Witwer geklagt und Recht bekommen. Das Gericht meinte, bei zunehmender qualifizierter Berufstätigkeit der Frauen auch Männern eine Versorgung gewähren zu müssen. Und da das Rentenrecht schon reformiert werden sollte, wollte man gleich auch die Lage der nicht oder nur wenig berufstätig gewesenen Mütter im Verhältnis zu erwerbstätigen kinderlosen Frauen verbessern. Aber wie bezahlen, und durch wen?

Blüms Anrechnungs-Modell stößt sogar in seiner eigenen Fraktion auf nicht geringen Widerstand. Und die FDP hat deutlich gemacht, daß sie von der Lösung nichts hält. Die Rentenexperten Haimo George (CDU) und Dieter Julius Cronenberg (FDP) plädieren nun für eine Pause zum Nachdenken. Dabei gibt Cronenberg offen zu, daß er sich seiner bisherigen Befürwortung des Teilhabe-Modells nicht mehr sicher sei, weil es Probleme bringe, die er vorher so nicht gesehen habe. George meint, man solle sich etwa drei Jahre Zeit nehmen und eine Besserung der Wirtschaft abwarten, dann dürfe die Reform nach dem Teilhabe-Modell vielleicht auch etwas kosten. Cronenberg: „Bei allem Respekt vor dem Verfassungsgericht – es kann uns ja nicht in Beugehaft nehmen."

Das Brett, das Blüm bohren muß, scheint immer dicker zu werden. In seinem Hause argwöhnt man schon, es könne eine Profilneurose der FDP hinter dem Widerstand stecken. Die FDP habe es immer schwerer, Eigenständigkeit zu zeigen. Die Union decke fast alles ab, bis hin zum Ladenschlußgesetz, dessen Familienminister Geißler sich jüngst angenommen habe. Zähneknirschend habe die FDP hinnehmen müssen, daß die Rentenanpassung nicht verschoben und daß das Vorruhestandsgesetz gekommen sei. Nun suche sie auf jeden Fall das Anrechnungs-Modell zu verhindern – nur um sich auf diesem Schlachtfeld zu behaupten, wird im Umfeld Blüms vermutet.

An dieser Annahme könnte etwas dran sein. Dennoch ist der Widerstand nicht ganz unverständlich, denn Zeit zum Nachdenken kann nicht schaden. Schließlich haben beide Modelle Vor- und Nachteile und überzeugen niemanden ganz. Bei der Anrechnungs-Lösung werden verschiedene Einkünfte des Hinterbliebenen zu 40 Prozent auf die Witwen- bzw. Witwerrente angerechnet, wenn sie einen Freibetrag von 900 Mark übersteigen. Das hat den Vorteil, daß keine Mehrkosten anfallen, daß keine Häufung von Renten entsteht und daß Frauen mit einer eigenen Rente zum großen Teil geschont werden. Cronenberg sieht aber drei Manipulationsmöglichkeiten für den Gesetzgeber: Der Freibetrag kann verringert, der Anrechnungsprozentsatz erhöht und der Kreis der anrechenbaren Einkünfte erweitert werden. Obendrein verbessert sich die Lage der nicht erwerbstätig gewesenen Mütter nicht im geringsten. Sie erhält wie bisher 60 Prozent der Mannesrente.

Das Teilhabe-Modell dagegen, das dem Hinterbleibenden einen bestimmten Prozentsatz (zwischen 60 und 70 Prozent) der gemeinsamen Ansprüche zuspricht, benachteiligt schon Frauen mit sehr kleiner eigener Rente und läßt sich nicht zwischen den Altersversorgungssystemen (Beamte, Sozialversicherte) anwenden. Und bei einem Teilhabe-Satz von 60 Prozent (mehr ist zur Zeit kaum zu bezahlen) gehen die Mütter wieder „leer" aus.

Eine wirklich schlüssige Lösung, die auch die eigenversicherten, berufstätigen Ehefrauen überzeugt, die die Gleichstellung der Männer bezahlen müßten, ist nicht in Sicht. Hilfreich könnte aber die Steuerreform sein, wenn sie Geld zur Verfügung stellte, um den Müttern pro Kind ein Versicherungsjahr im Rentenrecht anzuerkennen. Das könnte aus den Rentenfinanzen nicht bezahlt werden und sollte es auch nicht, denn Familienlastenausgleich ist eine Aufgabe für alle und nicht nur für Sozialversicherte. Denkbar wäre aber auch eine Teilhabe-Lösung, die dem Hinterbleibenden nicht mehr mindestens die eigene Rente garantiert, eine Regelung, von der fast ausschließlich Männer profitiert hätten. Denkbar – zumindest also nachdenkbar.

Urabstimmung in der Metallindustrie: 80 Prozent der Gewerkschafter stimmen für Streik

Die Gewerkschafter singen – Weg zum Streik ist frei

Von WERNER NEITZEL

Freitag abend kurz nach 23 Uhr: Die über hundert Betriebsräte und Wahlhelfer im Stuttgarter Gewerkschaftshaus brechen in lauten Jubel aus. Soeben hat der Bezirksleiter der IG Metall Ernst Eisenmann das Ergebnis der Urabstimmung im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden bekanntgegeben: 80,05 Prozent der organisierten Metaller haben grünes Licht für einen Streik um die 35-Stunden-Woche gegeben.

Fernsehgerecht, die attraktiven Nachrichtensendungen sind allerdings vorbei, erheben sich alle von ihren Plätzen. Die Herren am Funktionärstisch geben sich die Hände, und durch den Saal schallt das alte Kampflied der Arbeiter „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit".

Bezirksleiter Eisenmann, der als Nachfolger des ebenfalls präsenten IG-Metall-Vize Franz Steinkühler den kampferprobten Bezirk in die heiße Phase führt, ist zufrieden. Er zeigt sich davon überzeugt, daß der am 10. Mai (nach der Hessen-Urabstimmung) in Frankfurt tagende Gewerkschaftsvorstrand alsbald den Weg für einen Streik freigibt.

Das langwierige Auszählen der Stimmzettel und das Sammeln der Ergebnisse aus den einzelnen Verwaltungsstellen, die sich in ruhiger Atmosphäre abwickelten, bekamen gegen Schluß noch eine unvorhergesehene hektische Note. Die Ursache dafür war, daß die Verwaltungsstelle Heidelberg mit ihrer Ergebnisübermittlung auf sich warten ließ. Da offenbar kein direkter telefonischer Kontakt dorthin zu bekommen war, mußten sogar Taxifahrer, Polizei und Funktionärsfrauen bemüht werden, bis dann mit erheblicher Vespätung doch noch ein Ergebnis hereinkam.

Zu der an zwei Tagen durchgeführten Urabstimmung hatte die Gewerkschaft alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Denn anders als beispielsweise bei der IG Druck werden die Ja-Stimmen statt an der Zahl der abgegebenen Stimmen an den Stimmberechtigten gemessen. Auch die Arbeitgeberseite hatte im Hinblick auf die in Betrieben in der Belegschaft sehr kontrovers geführte Diskussion um Für und Wider einer verkürzten Wochenarbeitszeit per Zeitungsanzeigen, Flugblätter und Briefe an die Mitarbeiter nichts unversucht gelassen, auf die Wichtigkeit dieser Urabstimmung und auf das von ihnen vorgelegte Angebotspaket hinzuweisen. Zustande kam dann eine hohe Wahlbeteiligung von 96,4 Prozent.

Die Abstimmungspraxis in den Betrieben bot einmal mehr Anlaß zu vielfältigen Gerüchten und Verdächtigungen, wofür beispielsweise das Fehlen von Wählerlisten und fehlende externe Beobachtungsmöglichkeiten Tür und Tor öffnen. So berichtet der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg von einer Vielzahl von Anrufen empörter Mitarbeiter aus den Betrieben, was zumindest den Verdacht aufdränge, daß die Abstimmung nicht überall korrekt durchgeführt worden sei.

Unerklärlich und „mehr als zweifelhaft" erscheint zum Beispiel auch die Zahl der „angeblich Abstimmungsberechtigten". Während es nach Angaben der IG Metall in 1978 noch 305 000 im Bereich Nordwürttemberg/Nordbaden gewesen seien, registriert der Metallarbeitgeberverband „mit einigem Erstaunen" diesmal die Angabe von nur 260 000 Abstimmungsberechtigten. Da die Mitgliederzahlen der IG Metall in diesem Bereich nach eigenen Angaben in den letzten Jahren nicht gesunken seien, müsse man davon ausgehen, daß es auch in diesem Jahr mehr als 300 000 Stimmberechtigte gewesen sind. Gemessen an dieser Zahl würden die Ja-Stimmen lediglich eine Quote von 66 Prozent, also deutlich weniger als 75 Prozent bedeuten.

Über Abstimmungsergebnisse aus einzelnen Betrieben mag die IG Metall keine Auskunft geben. Dennoch sickern Zahlen aus zahlreichen Betrieben im Raume Göppingen, aus dem Rems-Murr-Kreis oder auch aus dem Heidelberger Raum durch, nach denen dort Ja-Stimmen-Ergebnisse zum Teil deutlich unter der 75-Prozent-Marke zu verzeichnen sind. Auf jeden Fall scheint die Variationsbreite der Quoten sehr breit zu sein. Insbesondere scheint es sich zu erhärten, daß in Betrieben mit hohem Facharbeiter-Anteil, wozu vor allem die in der Region stark vertretenen Maschinenfabriken gehören, nur relativ niedrige Ja-Stimmen-Quoten zustande kamen.

Andererseits geht man davon aus, daß in Betrieben mit hohem Ausländer-Anteil die IG Metall Boden gutmachte. Festzuhalten ist, daß das Abstimmungsergebnis von diesmal insgesamt 80 Prozent deutlich unter dem Ausgang früherer Urabstimmungen liegt. So erbrachte beispielsweise in diesem Bereich der Metallindustrie die Urabstimmung des Jahres 1978 (hier ging es vor allem um die Abgruppierungssicherung) eine Ja-Stimmen-Quote von über 90 Prozent.



Ausgelassen feiern die Gewerkschafter – mit dem Kollegen Roboter – das Ergebnis der Urabstimmung. FOTO: DPA

„Die kleine Pflanze des Aufschwungs nicht zerstören"

Von XING HU-KUO

Ein junger Mann verteilt ein „Extra-Blatt" der „marxistischen Arbeiterzeitung" zur Urabstimmung. Es ist Samstag morgen in der Stuttgarter Innenstadt. Die meisten Passanten werfen das mit viel Rot bedruckte Papier nach einem flüchtigen Blick in den nächsten Papierkorb. Die Hersteller des Blattes wollen Öl ins Feuer gießen. „Arbeitskampf ja", heißt es. Jedoch: keine Solidarität mit der Gewerkschaft, denn diese liefere nur „Scheingefechte".

Die Bevölkerung im Land nimmt das Ergebnis der Urabstimmung gelassen hin. Es gibt Zustimmung, doch die Skepsis überwiegt. Auch bei den Arbeitnehmern der Metallindustrie scheint die Streikbereitschaft nicht so groß zu sein, wie es das Abstimmungsergebnis vermuten läßt.

Wer von den befragten Metallern gegen den Streik ist, sagt es allerdings lediglich hinter vorgehaltener Hand. Die Furcht, als „Verräter" beschimpft zu werden, ist groß. Alle Befragten bitten, namentlich nicht genannt zu werden. Die Befürworter eines Streiks sagen es dagegen laut und offen. Sie haben nichts gegen die Veröffentlichung ihres Namens und ihrer Funktion.

„Lieber gehe ich früher in Rente"

Einer von ihnen ist Reinhold Sikkert, Feuerwehrmann bei Daimler-Benz in Mannheim. „Ich bin voll dafür. Von der Richtigkeit dieser Maßnahme bin ich überzeugt. Ich werde auch streiken, wenn es dazu kommt. Vermutlich kriegen wir unsere Forderungen nicht ganz durch. Wir werden vielleicht eine oder zwei Stunden weniger pro Woche bekommen."

Ein Angestellter derselben Firma dagegen: „Ich beurteile das Ergebnis sehr kritisch." Das ist alles, Name und Funktion bleiben ungenannt.

Bei Bosch in Stuttgart sagt ein älterer Arbeiter: „Streik wäre nicht das richtige. Der Schaden, der dadurch entstehen würde, wäre kaum aufzuholen." Bei SEL in Stuttgart sagt ein Mitarbeiter (eine weitverbreitete Meinung übrigens): „Lieber gehe ich fünf Jahre früher in Rente. Von Streik für die 35-Stunden-Woche halte ich nichts. Erstens kommt sie im Zuge der Automatisierung sowieso, zum anderen bringt sie bestimmt keine neuen Arbeitsplätze." Nach der Bitte, seinen Namen nicht in der Zeitung zu nennen („Das bringt nur Ärger"), meinte er: „Die kleine Pflanze des Aufschwungs sollte man nicht so belasten, daß sie gleich umfällt."

Klare, aber auch versöhnliche Worte findet der Arbeiter Norbert Fischer aus einem Metallbetrieb in Mannheim. „Ich habe für einen Streik gestimmt, weil die Arbeitgeber offenbar nur diese Sprache verstehen. Ich hoffe natürlich nicht, daß es dazu kommt, sondern daß die jetzt ausgesprochene Warnung ausreicht."

Auch der 54jährige Türke Mehmet Özkal, seit 15 Jahren in Deutschland, unterstützt die Forderungen der IG Metall. „Ich bin mit den deutschen Kollegen solidarisch. Deutschland ist reich genug, um auch die 35-Stunden-Woche zu bezahlen."

In Heilbronn erklärt ein Metallarbeiter, der vor einigen Jahren aus der „DDR" gekommen ist: „Alles Quatsch. Die Gewerkschaften werden immer anspruchsvoller, so wird die Wirtschaft garantiert ruiniert."

Ja bei Mercedes, Skepsis bei IBM

In Sindelfingen, 20 km südöstlich von Stuttgart, ist der Streik Thema Nummer eins. Daimler-Benz beschäftigt hier 38 000, IBM 4500 Menschen. Während Mitarbeiter der Automobilfirma eher zu der Haltung ihrer Gewerkschaft neigen, ist bei den Beschäftigten von IBM die Skepsis auffallend größer. Ein Facharbeiter: „Wir haben besonders sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze, die es zu erhalten gilt. Von Streik halten deshalb viele nichts. Auch der Organisationsgrad der Gewerkschaft ist bei uns geringer als anderswo. Ich hatte den Eindruck, daß Wahlbeteiligung und Ja-Stimmen niedrig sein dürften."

Ein Landarzt in Filderstadt bei Stuttgart: „Streik wäre Blödsinn. Unsere Konkurrenzfähigkeit würde noch mehr sinken. Aufgrund meiner vielen Gespräche mit der Bevölkerung schätze ich, daß 80 Prozent der Leute ähnlich denken."

Sorge vor allem bei kleinen Betrieben

In Ulm, mit 7,7 Prozent Arbeitslosigkeit an der Spitze Baden-Württembergs, ist die Stimmung unter der Bevölkerung ebenfalls sehr kritisch. Fast übereinstimmend sagen die Befragten, daß vor allem in kleineren und mittleren Betrieben die Neigung zu Streik für die 35-Stunden-Woche nicht sehr groß ist. Die Angst, daß gerade die kleinen Firmen nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn die Gewerkschaft ihre Forderungen durchsetzt, durchzieht wie ein roter Faden alle Gespräche.

Diese Meinung vertritt auch der Sindelfinger Schlosser Martin Viebig. „Generell bin ich schon für die 35-Stunden-Woche, notfalls auch mit Streik. Allerdings muß differenziert werden. Mein Chef mit 20 Mitarbeitern kann sich diesen Luxus nicht so leisten wie ein Milliardenkonzern", sagt der Familienvater, der für drei Kinder zu sorgen hat.

Warum es sich im Ländle gut streiken läßt

Von WERNER NEITZEL

Einem Fernbeben gleich will man Auswirkungen der Urabstimmung der Metaller des Tarifgebietes Nordwürttemberg/Nordbaden sogar an der New Yorker Devisenbörse verspürt haben: Der Dollarkurs bekam Aufwind und die D-Mark notierte schwächer.

Daß der wirtschaftsstarke Südwestzipfel der Bundesrepublik, das „Ländle" Baden-Württemberg, in der Vergangenheit wie auch jetzt immer wieder in den Blickpunkt geriet, wenn es darum ging, in der metallverarbeitenden Industrie Tarifzeichen zu setzen, ist eine Tatsache. Worin aber liegt die Ursache für die verantwortungsschwere Schlüsselrolle, die einmal mehr auf dieses Bundesland (daneben bleibt auch Hessen im Visier) zumindest von der arbeitskampftaktischen Seite her zuzufallen scheint?

An erster Stelle zu nennen ist die relativ starke Verankerung der IG Metall in der metallverarbeitenden Industrie der Südwestregion. Zwar rangiert die Metallindustrie hier gemessen an der Beschäftigtenzahl dieses sehr heterogenen Wirtschaftszweigs hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle. In gewerkschaftlicher Disziplin und Geschlossenheit nehmen freilich die baden-württembergischen Metaller für sich den Spitzenplatz in Anspruch.

In einer Reihe von Tarifkonflikten bzw. Arbeitskämpfen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die Tarifvertragsparteien der Metallindustrie Baden-Württembergs gleichsam stellvertretend für andere Regionen und Branchen miteinander gerungen. Namen wie Willi Bleicher oder Franz Steinkühler auf Gewerkschaftsseite bzw. Hanns-Martin Schleyer oder Heinz Dürr auf Arbeitgeberseite wurden auf diese Weise, da sie als fingerhakelnde Verhandlungsführer häufig in das Rampenlicht rückten, recht schnell zu einer breiten Öffentlichkeit bekannten Kontrahenten.

Organisationsmäßige Geschlossenheit und auch Kampferprobtheit würden allerdings ohne ihren hohen Stellenwert bleiben, wäre da nicht das Umfeld einer florierenden robusten Wirtschaft im Südwesten. Die anerkannt gute wirtschaftliche Kondition der Region zwischen Neckar, Schwarzwald und Bodensee bietet ganz offensichtlich jene Grundlage, auf der es sich gut streiten läßt.

Die Industriestruktur dieser Gegend ist zum einen gekennzeichnet durch seine Branchenvielfalt. Große Krisen nach Art der Erschütterungen, wie sie andere Teile der Bundesrepublik beispielsweise durch Probleme des Kohlebergbaus, der Werften oder

DIE WELT ANALYSE

der Stahlindustrie erlebten und noch durchzustehen haben, blieben der Südwestregion erspart. Sie sind ohnehin dort ein fortwährender Gefahrenherd, wo man allzu lang an Monostrukturen klebte. Was einmal südlich der Main-Linie ein bitterer Nachteil war, nämlich der Mangel an Rohstoffen, hat sich zum Vorteil gewendet.

Das naturgegebene Handicap fehlender Bodenschätze und weiter Wege, das in der Zeit der ersten Industrialisierung kein rechtes Fortkommen gestattete, wurde alsbald überspielt durch Einfallsreichtum und Erfindergeist eines im geduldigen Tüfteln und zielstrebiger Arbeit geübten Menschenschlags. Auf diesem Nährboden entwickelte sich ausgeprägter als anderswo ein bunter Fächer veredelnder und verarbeitender Handwerksbetriebe und Industrien in enger Symbiose zur Land- und Forstwirtschaft. Das gut funktionierende Zusammenspiel von Klein- und Mittelbetrieben und Großunternehmen gibt einen wichtigen Rückhalt.

Seit Jahren und Jahrzehnten brilliert die baden-württembergische Wirtschaft mit überdurchschnittlich günstigen Arbeitsmarktdaten. Die Kernregion Mittlerer Neckar, die mit dem Großraum Stuttgart identisch ist und prosperierende Großfirmen wie zum Beispiel Daimler-Benz, Bosch, IBM, SEL oder Porsche beherbergt, prägt dabei das günstige Bild ganz wesentlich.

Auf die Metalltarifverhandlungen, die bislang sehr häufig in regionale Pilotabschlüsse einmündeten, übte diese Konstellation schon immer eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Kommt hinzu, daß in dieser Region neben Bosch auch eine ganze Reihe anderer führender Automobilzulieferer ansässig ist (Mahle, Kolbenschmidt, Kühler-Behr, SWF-Autoelectric usw.). Dies eröffnet der Gewerkschaft nicht zuletzt die Möglichkeit, mit relativ geringem geldlichen Einsatz eine große Wirkung zu erzielen.

Arbeitskämpfe vergangener Jahre haben vor Augen geführt, daß ein streikbedingter Produktionsstillstand im Südwesten alsbald flächenbrandartig auch Montagebänder in entfernteren Automobilfabriken stoppte. Ein weiteres Beispiel: Der Produktionsverbund, in dem sich die inländischen Daimler-Benz-Werke gegenseitig beliefern und ergänzen, würde empfindlich gestört, wenn in den baden-württembergischen Werken dieses Konzerns plötzlich nichts mehr liefe.

Man darf unterstellen, daß im Vorfeld eines drohenden Arbeitskampfes die Unternehmen mit dem Aufbau von größeren Pufferlägern (was man sonst aus Gründen der Mittelbindung zu vermeiden trachtet) Engpaß-Situationen vorzubeugen versuchen. Hiermit kann jedoch allenfalls eine eng begrenzte Durststrecke überstanden werden.



Volle Einbeziehung von Berlin ist für Bonn „unabdingbar“

Bundesregierung nennt die Bedingungen für ein Kulturabkommen mit der „DDR“

H.-R. KARUTZ, Berlin

Im Vorfeld der am vergangenen Freitag absolvierten vierten Verhandlungsrunde über das angestrebte Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin steckte die Bundesregierung öffentlich und mit großem Nachdruck ihre Position hinsichtlich Berlins ab. Dabei verlangte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, von der „DDR“ eine Garantie für die volle und praktische Einbeziehung Berlins in das Abkommen. Das nächste Gespräch über das Abkommen, das möglichst beim geplanten Honecker-Besuch unterzeichnet werden soll, findet bereits im Juni statt.

In einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung über das Thema „Innerdeutsche Kulturpolitik – Teil einer offensiven Deutschland-Politik?“ stellte Windelen Mitte April klar: Die Bundesregierung beharrt angesichts der schlechten Erfahrungen mit Moskaus kulturellem Berlin-Boykott darauf, daß Ost-Berlin beim Abschluß der Kulturvereinbarung die volle und praktische Einbeziehung Berlins in die verabredeten Programme gewährleistet. Dies sei „unabdingbar“, erklärte Windelen in seinem Vortrag. Vor allem die Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, in West-Berlin beheimatet, dürften von „DDR-Seite weder diskriminiert noch boykottiert werden“.

Eine Grundsatzfrage

Die Bundesregierung schreckt offenkundig das Verhalten Moskaus, das trotz der formalen Einbeziehung Berlins in die deutsch-sowjetische Kulturvereinbarung bei allen Gastspielen, wenn irgend möglich, einen Bogen um West-Berlin macht. Im Prinzip sichert die sogenannte „Frank-Falin-Formel“ die Einbeziehung West-Berlins, wobei auf das Viermächte-Abkommen vom 5. September 1971 verwiesen wird. Ein derartiger Hinweis, den Ost-Berlin anscheinend zur Zeit nur akzeptieren will, reicht Bonn jedoch keinesfalls aus. Windelen beschrieb jedenfalls das angesteuerte Ziel bei diesem gesamten Komplex, von dem vor allem Berlin profitieren soll, auf folgende Weise:

„Hier ist es – gerade auch im Licht der negativen Erfahrungen aus der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR – nicht mit einer formellen Feststellung getan, daß das Abkommen entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 in Übereinstimmung mit dem festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt wird. Es muß vielmehr die Gewähr gegeben sein, daß diese Einbeziehung auch in der praktischen Zusammenarbeit funktioniert. Hier geht es um politische Grundsatzfragen wie auch um die Nutzung des großartigen und einmaligen Potentials, das sich in Berlin (West) befindet.“

Windelen führte in seinem Referat schließlich zum erstenmal eine Reihe bisher unbekannter Details aus den Verhandlungspapieren der Bonner Seite auf. Dabei erklärte er unter anderem:

„Vom Kulturabkommen erwarten wir zusätzliche Anstöße und Projekte – zusätzlich wohlgemerkt zu den Beziehungen, die es schon gibt.

- Wichtig ist, daß die seit Ende der fünfziger Jahre gänzlich unterbundenen Beziehungen im Bereich der Volks- und Laienkunst wiederbelebt werden und daß nicht nur gewerblicher Austausch von den zuständigen Konzert- und Bühnenagenturen vermittelt wird, sondern sich auch Chöre und Laienspielgruppen gegenseitig zu Gastspielen besuchen können.
- Das Abkommen soll Austausch und Zusammenarbeit in folgenden Bereichen ermöglichen und verbessern: bildende und darstellende Kunst, Musik und Literatur, Film, Hörfunk und Fernsehen, Museen, Archivwesen und Bibliotheken, Denkmalpflege, Buch- und Verlagswesen.
- Es soll sich auch auf das Bildungswesen, den Hochschulbereich und die Wissenschaften (ohne Forschung und Technologie) erstrecken.

„Kultureller Tourismus“

- Wir haben der DDR ein breitangelegtes 'Sachprogramm' vorgelegt ...
- Selbstverständlich gehören dazu auch Gastvorlesungen, Stipendien, wechselseitige Besuche und anderes mehr.
- Auch die Religionsgemeinschaften – ich nenne das Stichwort 'Kirchenmusik' – Fach- und Personenverbände, gewerbliche Unternehmen und selbstverständlich auch natürliche Personen sollen auf unserer Seite Partner beim Kulturaustausch sein.
- Wir sind bestrebt, Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit möglichst direkt mit den Beteiligten auf der DDR-Seite zu pflegen und generell die kulturelle Zusammenarbeit zu 'individualisieren'.
- Wichtig erscheint mir, daß die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für einen 'kulturellen Tourismus' verbessert werden: Es soll leichter werden, die Zeugnisse und Überlieferungen aus der deutschen Vergangenheit und der deutschen Kulturgeschichte 'vor Ort' kennenzulernen.“

Vor 35 Jahren ging Blockade zu Ende

Berliner planen ein großes Volksfest / US-Innenminister William Clark kommt

F. D. Berlin

Berlin ruft zum größten Volksfest des Jahres, wenn es am kommenden Wochenende zur Rückbesinnung auf eine der dramatischsten Stationen der Stadtgeschichte kommt: Am „Tag der offenen Tür“ auf dem Militärflughafen Berlin-Tempelhof werden mehr als eine halbe Million Besucher erwartet, denen das Festprogramm der Amerikaner auch Erinnerungen an den Tag wachrufen soll, an dem vor 35 Jahren die Blockade Berlins durch die Sowjets ein Ende fand.

Politische Prominenz aus den Vereinigten Staaten hat sich für das Jubiläum der Stunde angesagt, an dem eine in der Geschichte einmalige Luftbrücke der Westalliierten eingestellt werden konnte, bei der Tausende von Flugzeugen die Lebensfähigkeit der Stadt sichergestellt hatten. US-Innenminister William Clark wird am 11. Mai ebenso wie Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen die gemeinsame Gedenkveranstaltung des Senats und der Alliierten auf dem Flughafen Tempelhof besuchen, einen Tag später ist eine feierliche Kranzniederlegung vor dem Luftbrücken-Denkmal vorgesehen. Ein weiterer historischer Akt wird den amerikanischen Gast am gleichen Tag in den Berliner Tiergarten führen: Parallel zu den Blockadefeierlichkeiten wird in Berlin der symbolische erste Rammschlag für die Kongreßhalle fallen, die im Mai 1980 zusammengefallen war und wieder aufgebaut wird. Anschließend sieht das Protokoll zwischen Diepgen und Clark ausführliche politische Gespräche vor.

Mit dem Militärflughafen Tempelhof bekommen zu dieser Zeit die Berliner Zeitgeschichte zum Anfassen präsentiert. Neben aufpolierten „Rosinenbombern“ der Luftbrücke werden auch Piloten der Blockadeära Rede und Antwort stehen, die vor 35 Jahren in Minutenabständen der hungernden Berliner Bevölkerung Lebensmittel, Kohlen, Medikamente und den Kindern an kleinen Fallschirmen niederschwebende Blockade-Schokolade brachten.

Mehr als 40 amerikanische, französische und britische Flugzeuge und Hubschrauber sollen den Berlinern zudem demonstrieren, daß die Westalliierten heute ebenso wie in der Vergangenheit gerüstet sind, die Lebenskraft Berlins in schweren Zeiten zu stärken. Erstmals wird anläßlich des Luftbrücken-Jubiläums die größte „fliegende Tankstelle“ in Berlin landen: Das amerikanische Großraumtankflugzeug KC 10 kann bei nur einem Einsatzflug 116 000 Liter Treibstoff 3500 Kilometer weit transportieren, weitere Flugzeuge auftanken und zum Heimatflughafen zurückkehren.

Zwar scheiterten Pläne des ehrgeizigen Festkomitees, erstmals auch das zivile Überschallflugzeug Concorde zum Tag der offenen Tür an die Spree zu lotsen, Kunstflug-Vorführungen des als bester britischer Pilot dekorierten Hauptmanns Turner sollen jedoch die wißbegierigen Berliner hierfür entschädigen.

In seinem Herzen blieb er ein Lehrer

Von EVI KEIL

„Grand Old Arthur“ wird er in den USA gern genannt. Arthur F. Burns, der amerikanische Botschafter in Bonn, ist diesem Ruf eines „großen alten Mannes“ in den Diensten der amerikanischen Präsidenten auch auf seinem Posten am Rhein treu geblieben. In Berlin feierte Botschafter Burns dieser Tage seinen 80. Geburtstag. Er wollte dies in ganz privatem Kreise tun. Mit bei der Feier waren Ehefrau Helen und die beiden Söhne David, Jurist, und Joseph, Professor für Wirtschaftswissenschaften. „Das rein private Ereignis“ brachte dann aber auch schnell seine vielen Freunde in der Politik und im Banker-Establishment auf den Plan. Ehrungen in privaten Zirkeln reißen seitdem nicht mehr ab.

Arthur F. Burns, von 1970 bis Anfang 1978 Chef der amerikanischen Notenbank in Washington, kam mit 77 Jahren als Nachfolger von Walter Stoessel als Botschafter an den Rhein. Man wunderte sich damals, daß US-Präsident Ronald Reagan einen so relativ betagten Herrn schickte. Die Botschafterjahre in Deutschland sollten vielleicht all denen zu denken geben, die so enthusiastisch für die Vorzüge eines vorgezogenen Rentenalters plädieren. Arthur F. Burns ist heute ein brillanter Wirtschaftsexperte und Redner geblieben, ein Intimkenner der amerikanischen Geldpolitik, völlig ungebrochen in seiner Schaffenskraft und ein gerngehörter und -gesehener Gesprächspartner der Deutschen.

Diplomaten und deutsche Bankerfreunde rühmen Burns' völlig unbestechliche Urteilskraft, die offen, aber auch oft mit Kritik gemünzt ist. Seine Beurteilung über wirtschaftliche Zusammenhänge ist häufig eine Mischung zwischen Praxis und Wissenschaft. Denn in seinem Herzen ist er immer ein Lehrer geblieben, der Professor, der von 1944 bis 1958 an der Columbia-Universität New York als Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften tätig war.

US-Botschafter Arthur F.Burns feierte seinen 80. Geburtstag.
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Arthur Frank Burns – alte Quellen weisen darauf hin, der Name habe einmal Burnzweig gelautet – stammt aus dem galizischen Stanislau, wo er am 27. April 1904 im damaligen Österreich-Ungarn geboren wurde.

Die jüdische Familie ging 1910 in die USA. Der Junge wuchs in Bayonne im Staat New Jersey auf. Für den Wirtschaftsprofessor, der unter anderem mit einer Publikation über die Messung von Konjunkturzyklen sich einen Namen machte, interessierte sich bereits der frühere Präsident Eisenhower, der ihn nach Washington holte und ihn 1953 zum Vorsitzenden seiner Wirtschaftsberater machte. Der Republikaner Burns blieb seitdem in Washington. Von 1961 bis 1966 war er unter anderem Mitglied des Beraterkomitees für Arbeits-Beschaffungspolitik. Für den früheren US-Präsidenten Nixon entwarf er dessen Wirtschaftsprogramm.

Nixon war es, der ihn 1970 zum Präsidenten des „Federal Reserve Board“, der amerikanischen Notenbank, machte. Dort und im „Open market committee“, dem Organ des „Reserve Systems“, welches die Richtlinien für die amerikanische Geldpolitik festlegt, profilierte er sich als Verfechter einer restriktiven Kreditpolitik gegen die anhaltenden inflationären Tendenzen in der US-Wirtschaft.

Vor allem auch aus seiner Zeit als Notenbankpräsident stammen seine vielfältigen Freundschaften und Kontakte zu Männern in Politik, Wirtschaft und Banken in der Bundesrepublik. Zu seinem engeren Freundeskreis gehören der frühere Bundesbankpräsident Karl Klasen, der ehemalige Bundesbankpräsident Otmar Emminger, der frühere Wirtschaftsminister Karl Schiller und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Arthur F. Burns nahm in der Bundesrepublik immer wieder kritisch zum derzeitigen Stand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses Stellung. Und dabei ging es ihm vor allem um das Verhältnis der deutschen Jugend zu seinem Lande. In vielen Vorträgen beklagte Burns, daß die junge Generation bei uns nicht mehr über genügend Geschichtskenntnisse verfügt. „Man muß aber die Ursprünge kennen,“ sagt er, „wenn man von gemeinsamen Werten reden will.“



Eine Woche lang bereiste unser Redaktionsmitglied Lothar Schmidt-Mühlisch Polen. Vor drei Jahren war er zuletzt dort gewesen. Trotz der bedrückenden Lage scheinen die Polen eines nicht verlernt zu haben: Hoffnung und Geduld. Ein Gesprächspartner sagte ihm: „Früher hatten wir den surrealistischen Sozialismus, heute den paranoiden. Ein Fortschritt.“



Polnische Überlebensstrategie: Illegaler und legaler Markt in einem Vorort von Warschau
FOTO: BILDARCHIV JÜRGENS

Depressionen und jähe Wut – ein polnisches Tagebuch

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Sonntag

Es ist fast ein „Osterspaziergang“: Im italienischen Barockgarten des königlichen Residenzschlosses Wilanow blühen die Forsythien und die Mandelbäume. Ein paar Angler genießen die ersten warmen Sonnenstrahlen. In der Ferne galoppiert ein einsamer Reiter vorbei. Ein paar Zigeunerinnen drängeln sich gegenseitig weg: Ein Blick in die Zukunft gefällig? „Dollar, Dollar.“ Natürlich. Dafür ist auch die Zukunft entsprechend. Aus der nahen Kirche dringt die voll tönende Stimme eines Priesters per Lautsprecher in den Park. Anna und Aleksander, die polnischen Freunde, die mich zu diesem Sonntagsausflug hierher an den Stadtrand von Warschau entführt haben, übersetzen mir das: „Fürchtet Euch nicht; denn ich bin bei Euch.“

Das klingt merkwürdig irreal, hier, in der Idylle des Frühlings. Und merkwürdigerweise wirft diese Tröstung eher einen Hauch von Bedrückung auf das melancholische Glücksgefühl, das sich eben noch ausbreiten wollte. Polnischer Frühling 1984? „Jeder sonnt sich heute so gern.“ Aber welche Auferstehung feiern sie denn? Mir fallen die vielen schwangeren Frauen unter den Spaziergängern auf. Aleksander, 33, Schriftsteller und Zyniker aus Enttäuschung, kommentiert: „Grosso modo: Polnische Paranoia. Wer keine Zukunft hat, tröstet sich mit den Kindern.“ Ein Herr schlendert mit zwei riesigen Doggen vorüber. Die Schönheit der Tiere kann selbst Annas Künstlerauge (sie ist Grafikerin) nicht beeindrucken: „Die drei Kilo Fleisch, die wir im Monat auf Lebensmittelkarten zugeteilt kriegen, fressen die Viecher doch an einem Tag auf.“

Nichts ist, wie es scheint. Auch abends im „Bazylisk“ am Alten Markt nicht. Fasanenbrust, Rehrücken, Ente auf altpolnische Art. Dämmriges Kerzenlicht. Die Bedienung tiefdekolletiert. Österreichische Weine. Aber: Ein Abendessen zu dritt verschlingt ein volles polnisches Monatsgehalt. 12 000 Zloty. Aber wer kann sich das leisten? „Gespaltene Gesellschaft. Manche haben Verwandte im westlichen Ausland. Für 50 West-Mark kriegst Du auf dem schwarzen Markt 10 000 Zloty. Der Rest sind Funktionäre, Touristen. Und essen wie hier, kannst Du sowieso nur noch in drei, vier Restaurants in Warschau. Die anderen haben kaum Fleisch, kaum Fett, kaum Gemüse.“ Man wird des bescheidenen Luxus nicht froh. Aber wenigstens die Freunde lassen sich den Appetit nicht verderben.

Montag

Konfrontation mit der Realität. Anna ist in Tränen aufgelöst. Sie hat ihre Entlassung erhalten. Offizielle Begründung: Stelleneinsparung. Der Staat hat die Subventionen gekürzt. Aspekt der neuen Kulturpolitik. Mißliebige Intellektuelle und Künstler werden entfernt. Anpassungsdruck. Und Anna hat es dreimal abgelehnt, in die neue Gewerkschaft einzutreten. Während sie mir das erzählt, schluckt sie mindestens ein Dutzend Tabletten. Vom Wodka gar nicht zu reden. Verstört bemerke ich das Zittern ihrer Hände. Ist Anna schon süchtig? Ich wage es nicht, sie zu fragen. Depressionen wechseln mit jäher Wut. „Weißt Du, was das bedeutet? Kein Job – keine Lebensmittelkarten mehr. Keine Seife. Kein Benzin. Das ist das Soziale an diesem Scheiß-Sozialismus.“

Gibt's keine andere Chance? „In Warschau bestimmt nicht. Da wagt es keiner, mich jetzt noch einzustellen. Also ab in die Provinz. Bist Du schon mal in einem Kaff wie Konin oder Siedlce gewesen? Dort bist Du lebendig begraben.“ Ich wage einen dümmlichen Hinweis auf ihre Jugend. Anna starrt mich an, als wäre ich geistesgestört. Und dann tobt sie los: „Jugend in Polen? Anders als besoffen oder mit Tabletten hältst Du das gar nicht aus. 17 Drogen-Tote hatten wir allein im letzten Monat. Hast Du schon mal polnische Schlagertexte gehört? Selbst im sozialistischen Rundfunk kriegst Du das geboten. 'Erwachsene Kinder trauern, weil man ihnen das Leben stahl', lautet einer der Texte. Vor zwei Monaten sollte ich eine Ausstellung haben. Sie war schon fix und fertig gehängt. Eröffnet worden ist sie dann nie. Das heißt hier: Jugend.“ Ich betrachte die Radierungen an den Wänden des spärlich möblierten Zimmers. Eine Allee, deren Bäume geköpft sind. Ein einsames Haus in weiter Landschaft. Dem Haus fehlen Fensterkreuze und Türen. Statt dessen: schwarze Löcher.

Bei der Rückkehr ins Hotel muß ich den Kordon der Prostituierten passieren. Viele davon sehen sogar sehr nett aus.

Dienstag

Das Café in Blonie, 28 km westlich von Warschau, liegt nicht weit vom Markt mit seinem schönen klassizistischen Rathaus. Die Einrichtung stammt aus den 50er Jahren, auf polnisch verschnitten: dünnbeinige Kunststoff-Funktionalität. Kaffee gibt es gerade mal keinen. Aber es wird Coca Cola empfohlen. Aleksander hat mich hier mit den Redakteuren einer Untergrundzeitschrift zusammengebracht. Hat man keine Angst, sich so öffentlich zu treffen? „Hier kennt man uns nicht. Und so gut funktioniert die Staatssicherheit bei uns, Gott sei Dank, auch nicht. Polnische Wirtschaft.“

Gelächter. Wie viele Untergrundblätter es zur Zeit gibt? 500 bis 600. Genau weiß das keiner. Die wichtigsten wie KOS erscheinen wöchentlich. Da ein Priester mit in unserer Runde sitzt, kommt das Gespräch natürlich auf die Politik von Kardinal Glemp. Der Priester reagiert heftig: „Der Papst sollte ihn nach Rom abberufen. Dann könnten wir einen neuen Primas wählen, den Erzbischof von Krakau zum Beispiel. Wenn die Kirche so weiter macht, laufen ihr die Jugend und die Intelligenz weg. Auch unter den Priestern ist die Stimmung ausgesprochen gereizt.“

Aber ist die Konfrontation denn nicht tödlich? Ist es nicht besser, den Weg von KOS zu gehen und zu versuchen, in „einem langen Marsch“ die Gesellschaft von unten her zu unterwandern? Nicht nur der Prieser widerspricht mir energisch: „Polen hilft nur noch eine radikale Lösung. Noch sind die Menschen nicht demoralisiert. Aber sie könnten es werden. Und ich glaube, wenn die Kirche den Milliardenkredit der deutschen Bischöfe für die Landwirtschaft einigermaßen gerecht untergebracht hat, wird sie ihre Haltung auch ändern. Sie werden sehen, spätestens nächstes Jahr ist der Burgfrieden wieder vorei.“ Die Polen sind im Träumen geübt.

Mittwoch

Seit meinem letzten Besuch vor drei Jahren ist es im Arbeiter-Stadtteil Praga jenseits der Weichsel noch düsterer geworden. Zerbrochene Fensterscheiben. Herausgebrochene Ziegelsteine. Kinder spielen in Schuttbergen. Aber Anna meint, das sei noch gemütlich. Sie zeigt mir dann die „sanierten“ Teile des Viertels. Im kahlen Muster der Bienenwaben liegt ebensoviel Schutt. Die Fensterrahmen haben sich schon verzogen. Geplatzte Rohre haben die braunen Flecken ausgelaufener Abwässer auf Fassaden hinterlassen.

Auf dem freien Markt von Praga, wo man kaufen kann, was man sonst nicht bekommt – zum fünffachen Preis, versteht sich – mischen sich Illegale mit zugelassenen Händlern. Die Illegalen stehen wie eine Postenkette zwischen den Ständen. In den vorgestreckten Händen: ein halbes Pfund Kaffee der eine, der nächste eine Unterhose, der dritte zwei Täfelchen Schokolade, der vierte eine Damenstrumpfhose. „Geklaut oder Westpakete“, sagt Anna. Ein Pfiff, die Postenkette löst sich sekundenschnell ins Nichts auf. Polizeikontrolle. Sie findet nur einen ganz normalen Markt.

Die zahllosen Hundeverkäufer vorne am Eingang haben, obwohl auch ohne Genehmigung, nichts zu befürchten. Aber sie fungieren als Wache. Polnische Überlebensstrategien: meisterlich.

Am Nachmittag bummle ich ein wenig durchs Zentrum. Merkwürdig, daß mir früher nie auffiel, wie kleinstädtisch Warschaus Innenstadt wirkt. Es scheint mir ruhiger hier als vor drei Jahren. Und die Geschäfte sind als solche noch unkenntlicher geworden. Kaum Auslagen, kaum ein Hinweis darauf, daß es hier etwas zu kaufen gibt. Vor scheinbar normalen Wohnhäusern steht plötzlich eine Schlange. Als Fremder muß man erst fragen, was es hier gibt. Und auch hier sitzen sie am Straßenrand: die Hundeverkäufer, die Mäuseverkäufer, die Zierfischverkäufer. Mir wurde von einem jungen Mann berichtet, der zu Hause fünf Hunde und 16 Katzen beherbergt. Auch das eine Flucht in die Träume?

Donnerstag

Besuch in einem privaten Kleinbetrieb am Rande von Warschau. Ein ehemaliger Bauernhof, die Stallungen hinterm einstöckigen Wohnhaus umgebaut zu einem kleinen Produktionsbetrieb. Das Metier: Fruchtsaftherstellung. Der Besitzer, Ende 40, ein stämmiger, resoluter Mann, dem man den amerikanischen Akzent auch auf Polnisch noch anhört, gehört zu jenen angeblich 300 Exil-Polen, die im Rahmen des neuen Wirtschaftskonzepts in ihre Heimat zurückgekehrt sind.

50 000 Dollar hat er in den Betrieb investiert. 16 Mitarbeiter beschäftigt er inzwischen. Das Geschäft, sagt er, geht überraschend gut. Die Exporterlöse teilt er mit dem Staat. Die Pressen, die automatischen Reinigungs-, Abfüll- und Verschlußmaschinen hat er zum Teil mitgebracht. Ob er nicht befürchte, daß sich die „Betonköpfe“ in der Partei doch wieder durchsetzten und ihn am Ende enteigneten? „Das können sie sich gar nicht leisten. Ohne mich bricht der Betrieb sofort zusammen. Es wird wesentlich vom Ausgang dieses Experimentes – übrigens dürfen nur Exil-Polen mit ihren Devisen solche Klein- und Mittelbetriebe eröffnen – abhängen, ob die Revisionisten die Oberhand im ZK behalten.“

Warum er denn überhaupt zurückkam in dieses krisengeschüttelte Land? Die Antwort ist entwaffnend: „Ich bin Pole. Und das bleibt man.“

Freitag

Im Untergrund-Bulletin von KOS lese ich, daß ZK-Kultursekretär Kazimierz Molek das „Ende der Toleranz“ angekündigt hat. In den Verlagen sollen nur noch Schriftsteller gedruckt werden, deren „Biographien unverbrüchlich mit den Ideen des Sozialismus übereinstimmen“. Vor allem die Übersetzungen in Belletristik und Lyrik prangert Molek an: Von 342 ausländischen Titeln, die für 1984 auf dem Verlagsprogramm stünden, kämen nur 128 aus sozialistischen Ländern. Molek regt an: keine Rückkehr zum Namens-Index, wohl aber Belohnung der Systemtreuen durch Verkürzung der Produktionszeiten.

Mit Aleksander und einem Warschauer Theaterdirektor esse ich im weißen Canaletto-Saal des Hotels „Victoria“ zu Mittag. Es gibt zwar 12 Kellner für zehn Tische und auch eine hübsche Dame, die auf der Harfe klimpert. Aber selbst hier, im einzigen Fünf-Sterne-Hotel Polens, bleibt die halbe Speisekarte Atrappe.

Ich frage Aleksander nach den Auswirkungen der neuen Kulturpolitik auf seine Arbeit. Er lächelt: „Sogar systemtreue Autoren veröffentlichen heute noch Bücher in Untergrundverlagen. Dort dauert die Produktion eines Buches drei Monate, in staatlichen Verlagen drei Jahre. Daher der Wink Moleks mit der Belohnung durch kürzere Produktionszeit. Obwohl hier natürlich auf längere Sicht Gefahr im Verzug ist. Aber im Augenblick hat das ZK noch nicht einmal ein richtiges ideologisches Konzept. Sogar Mrozek wird in einem Warschauer Theater gespielt. Ich sage immer wieder: Früher hatten wir den surrealistischen Sozialismus, heute den paranoiden. Früher bauten wir Coca-Cola-Fabriken, weil wir die so dringend brauchten. Heute bittet ein parteitreuer Mann wie Ernest Bryll seine politischen Gegner, ein Buch zu verlegen. Ein Fortschritt.“

Ich frage den Theaterdirektor, ob ihn unter so verschlechterten politischen Bedingungen nicht Depressionen ankommen. „Natürlich sind die Ereignisse seit 1981 nicht ohne Verletzungs-Folgen für das Bewußtsein der Künstler geblieben. Aber Sie können sich darauf verlassen, daß die progressiven Kräfte in Polen die neuen gewonnenen Einsichten nicht verkümmern lassen. Politik und Kultur sind von der Weltlage abhängig. Und die kann sich ändern.“ Frommer Selbstbetrug oder wirkliche Hoffnung? Polen sind geduldige Leute.

Samstag

Abschied von Warschau. Ein kurzer, letzter Besuch in der Nationalgalerie, zeitgenössische Abteilung. Aus Platzmangel hängen Bilder und Objekte in mehreren Reihen an Schnüren von der Decke herab. Viel Phantastisches, Masken, Zerrbilder. Und Pathos. Ein schwarzes Objekt mit rotem Herzen, in dem ein blitzendes Florett steckt. Als Kunstwerk drittrangig. Aber sehr polnisch. Anna bemerkt mein Kopfschütteln: „Vergiß doch mal Deine aufgeklärte Vernunft. Damit könnte kein Pole leben. Deswegen sind wir aber auch nicht kleinzukriegen.“

Auf der Rückfahrt zur Grenze bei Frankfurt/Oder klingelt der supergewöhnte Motor gewaltig. Wartezeit beim „DDR“-Zoll zwei Stunden, obwohl nur fünf Autos vor mir sind. Polen-Reisende sind diesseits der Oder durchaus nicht beliebt.

Mitterrands Position wird schwächer

AFP, Paris

Für die Mehrheit der Franzosen, immerhin 52 Prozent, ist der 10. Mai ein Datum von historischer Bedeutung. Dies ergab eine Umfrage der französischen Tageszeitung „Lo Quotidien de Paris" im Auftrag des „IFRES"-Instituts. Gegenstand der Befragung war der Einzug des sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterand in den Elysee-Palast. Im vergangenen Jahr hatten noch 62 Prozent die historische Bedeutung dieses Datums unterstrichen.

Auf die Frage, wie lange die Sozialisten sich noch an der Spitze von Staat und Regierung werden halten können, meinten 25 Prozent, es werde wohl noch zwei Jahre gut gehen. 32 Prozent gaben ihnen noch vier Jahre und 23 Prozent mehr als vier Jahre. Zehn Prozent hielten drei Jahre und fünf Prozent ein Jahr für realistisch. Der Rest wollte sich nicht festlegen.

Genauso frei wie vor dem 10. Mai 1981 fühlen sich heute dem Umfrageergebnis zufolge 46 Prozent der Franzosen, freier als früher fühlen sich 16 Prozent, einen geringeren Freiheitsspielraum sehen hingegen 33 Prozent.

Wieder schwere Kämpfe in Beirut

AFP, Beirut

Nach einmonatiger, nur von geringen Zwischenfällen unterbrochener Ruhe hat es am Wochenende in Beirut erneut heftige Artilleriegefechte gegeben. Dabei sollen 22 Menschen getötet und 134 verletzt worden sein. Dennoch scheint die Bildung einer Regierung der nationalen Aussöhnung unter dem sunnitischen Ministerpräsidenten Karame näher gerückt zu sein. Nach Angaben der schiitischen Amal-Bewegung hat deren Führer Nabih Berri weitgehend auf die bisher gestellten Bedingungen für seine Regierungsbeteiligung verzichtet. Er hatte vor allem ein eigenes Ministerium für den hauptsächlich von Schiiten bewohnten Südlibanon gefordert. Nach Presseberichten hat Karame als Kompromiß der Bildung eines Sonderkomitees für Südlibanon zugestimmt, das direkt dem Kabinett unterstehen soll.

Der mit Berri verbündete Drusenführer Dschumblatt hat nicht ausgeschlossen, daß er auch im Fall einer endgültigen Weigerung Berris ins Kabinett eintreten werde. Mit einer Einigung über eine Regierungsbeteiligung Berris und Dschumblatts wären die wichtigsten Hindernisse für die Regierungsbildung ausgeräumt.

Djilas appelliert an den Westen

dpa, Rom

Der im April vorübergehend festgenommene jugoslawische Dissident Milovan Djilas hat an den Westen appelliert, sich verstärkt für die Wahrung der Menschenrechte in seinem Land einzusetzen. In einem Interview mit der italienischen Wochenzeitschrift „L'Espresso" sagte Djilas, wichtiger als mit Geldspritzen zu helfen sei es, sich für die Menschenrechte in Jugoslawien einzusetzen und dazu beizutragen, „daß alles, was hier unwahr ist, demaskiert wird".

Die von der kommunistischen Partei beherrschte Selbstverwaltung führe nur zum „Chaos", die nach dem Tod Titos entwickelte kollektive Führung löse nichts. Die einzige Möglichkeit für Jugoslawien sei ein demokratischer Sozialismus mit echten inneren Reformen.

Mondale siegt in Texas über Hart

DW. Bonn

Bei den Vorwahlen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten hat der ehemalige Vizepräsident Walter Mondale am Samstag in Texas einen überlegenen Sieg gegen seinen Hauptwidersacher, Senator Gary Hart, errungen. Damit hat Hart wahrscheinlich seine letzte Chance für eine Nominierung eingebüßt. In Louisiana konnte sich Jesse Jackson durchsetzen.

Zwar ist Hart in seinem Heimatstaat Colorado Favorit, in dem heute gewählt wird. Es wird jedoch damit gerechnet, daß Mondale sich bei den morgigen Testwahlen in Ohio, North Carolina, Maryland und Indiana durchsetzt. Nach den bisherigen Ergebnissen verfügt Mondale bereits über etwa doppelt so viele Delegiertenstimmen wie Hart. Nach der Vorentscheidung am Wochenende verdichteten sich die Spekulationen, daß Hart nun Mondales Kandidat für die Vizepräsidentschaft werden könnte. Einer Umfrage zufolge würden die beiden mit dem Gespann Reagan/Bush in der Wählergunst gleich liegen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Japan entdeckt Indien als Markt der Zukunft

Nakasone in Südasien / Handel mit Pakistan floriert

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

„Es ist", meint der Repräsentant einer japanischen Autofirma, die seit einem halben Jahr in Indien Kleinwagen produziert, „als ob wir Indien wiederentdeckt hätten." Nach drei Jahrzehnten Stagnation im Handel zwischen dem fernöstlichen Industriestaat und dem Riesen auf dem Subkontinent hat der japanische Ministerpräsident Yashiro Nakasone jetzt Indien und Pakistan besucht. Ziel war es, die Wirtschaftsbeziehungen mit diesen beiden Ländern zu beleben.

Vor dem Parlament in Neu-Delhi sprach sich Nakasone für ein „neues, kooperatives Verhältnis" zwischen Indien und Japan und vertiefte Beziehungen zu den Blockfreien aus. Bei aller Verschiedenheit der außenpolitischen Orientierungen gebe es für „die beiden mächtigsten Demokratien Asiens" ein großes gemeinsames Potential der Zusammenarbeit bei der Sicherung des Friedens und der Förderung der Abrüstung.

Nakasones dreitägigen Pakistan-Aufenthalt hatten die Inder mit Argwohn beobachtet. Denn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und Pakistan florieren aufgrund der großzügigen Import-Politik von Präsident Ziaul Haq und der ebenso großzügigen japanischen Kreditleistungen.

Auch politisch stehen sich die beiden Länder näher, als das Indien von sich gegenüber einem der Partner behaupten könnte. Zwar ist das pakistanisch-japanische Handelsvolumen mit insgesamt 800 Millionen Dollar (1983) und einem im gleichen Jahr gezahlten weichen Kredit von 140 Millionen Dollar subjektiv geringer als das japanische Engagement in Indien, doch schneidet das kleinere Pakistan mit geringerer Aufnahmefähigkeit besser ab im Handel mit Japan als das um ein vielfach größere Indien.

Einen Boom erfuhren die japanisch-pakistanischen Beziehungen durch die eindeutigen politischen Solidaritätsbekundungen Japans gegenüber dem Moslem-Land mit dem Einzug sowjetischer Truppen in Afghanistan. Nakasone hat jetzt erneut in Islamabad Präsident Zia des Mitgefühls und der Besorgnis der westlichen Welt versichert und außerdem dessen Rolle als Vermittler im Golfkrieg hochgelobt. Schließlich ist Japan schon allein aus wirtschaftlichen Gründen als Importeur iranischen Öls und Exporteur nach Irak an einer Befriedung der Region interessiert. Dermaßen unisono klingt es aus Neu-Delhi nicht. Zwar muß Nakasone die Rolle Indiens als Vorreiter in der Dritten Welt, die es als Exportmärkte zu erobern gilt, anerkennen. Doch bestehen zwischen den beiden Premiers kaum überbrückbare Meinungsgegensätze in Fragen wie sowjetische Expansionspolitik in Südostasien, die Japan stark beunruhigt, in Afghanistan oder Kambodscha.

Trotz aller politischer Differenzen ließ Nakasone in Delhi Vorsicht walten. Das von restriktiver Importpolitik westlicher Abnehmer geknebelte Japan sieht den Markt der Zukunft nicht nur in China, sondern jetzt auch in Indien. Nur zu gern erinnern sich die Japaner an die „goldenen fünfziger Jahre" im Indiengeschäft, das nach Änderung indischer Importregeln Anfang der sechziger Jahre plötzlich stagnierte. Erst 1980, mit der Rückkehr Indira Gandhis an die Macht, befindet sich das Land in einem allmählichen Prozeß der Öffnung für ausländische Lieferanten. Dennoch läuft das Geschäft mit Japan schleppend, „es wird mehr geredet als gehandelt", meinte ein japanischer Sprecher.

Zwar werden seit sechs Monaten japanische Kleinwagen in Zusammenarbeit mit einer indischen Firma in der Nähe von Neu-Delhi produziert, doch schreckt die „Indisierung" – Technologietransfer und Lizenzproduktion ausländischer Güter in Indien – die japanischen Investoren ab. Sie sorgen sich um die Qualität solcherart produzierter Güter, vornehmlich im Elektronikbereich, die in Indien unter japanischem Namen zu Verkaufsschlagern werden könnten. Daher sind auch nur 100 japanische Firmen in gemeinsamen Unternehmungen in Indien engagiert – eine unverhältnismäßig kleine Zahl im Vergleich mit Japans 30 000 Joint Ventures weltweit.

Immerhin hat das japanisch-indische Handelsvolumen 1983 bei 1,4 Milliarden Dollar japanischer Exporte die 2,5-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten – Indien liefert Rohstoffe – und in Neu-Delhi erwartet man einen neuen Boom. Außerordentliche japanische Zugeständnisse sind aber kaum wahrscheinlich, nachdem Tokios Banken und Industrie-Lobby zur Vorsicht gemahnt haben: „Solange sich das Klima für japanische Investitionen in Indien nicht entscheidend verbessert und der Transfer japanischer Technologie zu rein indischen Bedingungen erfolgt, ist kein Durchbruch zu erwarten."

Schweden gibt Mängel bei der U-Boot-Bekämpfung zu

Eindringlinge nicht zu identifizieren / Bericht vorgelegt

R. GATERMANN, Stockholm

„Schwedens Territorium ist wieder verletzt worden. Während einer Periode von zwei bis drei Wochen im Februar/März 1984 ist eine fremde Unterwassertätigkeit in schwedischen Hoheitsgewässern vorgekommen. Offenbar waren auch Taucher daran beteiligt." So beginnt der Abschlußbericht von Oberbefehlshaber Lennart Ljung.

Wenig später ist zu lesen: „Das Resultat der Karlskrona-Operation ist nicht befriedigend." Es konnten vor allem keine hieb- und stichfesten Beweise über die Herkunft der Eindringlinge gesichert werden. Trotz allem glauben sowohl der Oberbefehlshaber als auch Verteidigungsminister Anders Thunborg, daß das Vertrauen des Auslands in die Möglichkeiten Schwedens, sein Territorium effektiv verteidigen zu können, nicht sonderlich stark gelitten hat.

In dem sehr umfassenden Untersuchungsbericht, in dem weder die Verhöre mit Personen, die wichtige Beobachtungen gemacht haben, noch das Zeugnis für den Polizeihund Ejax fehlen und Passagen mit strategisch bedeutenden Angaben schwarz überstrichen wurden, wird festgestellt, daß im Zeitraum vom 9. Februar bis 14. März zehnmal sichere Hinweise fremder Unterwassertätigkeit registriert wurden; siebenmal sei dies innerhalb des Schärengürtels vor dem Marinestützpunkt Karlskrona und dreimal außerhalb, aber immer noch in schwedischen Hohheitsgewässern, geschehen. Es gibt allerdings nur optische Beobachtungen oder technische Signale, es fehlen sowohl Materialfunde als auch fotografische Beweise, die eine eindeutige Identifizierung der Eindringlinge zuließen.

Nach Ansicht des Oberbefehlshabers bestünde jedoch nunmehr kein Zweifel mehr, daß auch Taucher zum Einsatz kämen und sich dabei wahrscheinlich hochmoderner Fortbewegungsmittel (Unterwassermoped) bedienten. Er hält es für bewiesen, daß in einem Fall ein Taucher auf einer Insel an Land gegangen sei und diese überquert habe. Der Polizeihund Ejax habe später die Spur aufnehmen können.

In einem weiteren, gleichzeitig veröffentlichten Bericht wird ebenfalls festgestellt, daß sich Ende September 1983 im nördlichen Teil der Stockholmer Schären mindestens drei Taucher aufgehalten und sich an einer Minenstation zu schaffen gemacht haben. „Alles spricht dafür, daß es sich dabei um die Tätigkeit einer fremden Macht gehandelt hat."

Obwohl Schweden in den Februar/März-Wochen den größten Waffeneinsatz seit 1809 erlebte, es wurden 23 Sinkbomben, eine Mine, 28 Sprengladungen und 63 Handgranaten gezündet sowie etwa fünfzehnmal mit Handfeuerwaffen geschossen, mußte man die Jagd nach den fremden U-Booten ergebnislos aufgeben. Der Bericht zeigt, wie schwach Schweden für einen solchen Einsatz gerüstet ist. „Unser Vermögen, in den Schären kleine U-Boote zu lokalisieren und zu bekämpfen sowie sie effektiv ausfindig zu machen und ihre Ein- und Ausfahrt zu verhindern, ist immer noch erschreckend niedrig. Die von uns heute eingesetzten Systeme sind zu langsam und zu ungenau, um für fremde U-Boote eine effektive Bedrohung darzustellen. Die von uns verfügbaren Waffen haben beim Einsatz in flachen Gewässern ihre eindeutige Begrenzung."

Der Oberbefehlshaber stellte jedoch auch in anderen Bereichen erhebliche Mängel fest. So ließen die Kommunikationen zwischen den einzelnen Verbänden und Einheiten einiges zu wünschen übrig. Vieles soll noch in diesem Jahr besser werden. So soll die U-Boot-Jagd durch neue Schiffe, umgebaute Hubschrauber und modernere Waffensysteme verstärkt werden. Lennart Ljung meint, bereits beim jüngsten Zwischenfall eine größere Effektivität festgestellt zu haben.

In dem unabhängigen Kommissionsbericht heißt es dagegen: „Die Feststellung ist wichtig, daß im Vergleich zum Haarsfjärden-Fall 1982 (Anm. d. Red. – hier lag soviel Beweismaterial gegen die Sowjetunion vor, daß Schweden Moskau einen scharfen Protest überreichte) kaum neues militärisches Gerät zur Verfügung stand."

Die nicht sozialistischen Oppositionsparteien forderten von der Regierung eine stärkere politische Stellungnahme, um vor allem dem Ausland gegenüber die unerschütterliche Bereitschaft des Landes zu unterstreichen, seine Integrität und sein Territorium mit allen Mitteln zu verteidigen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß Ministerpräsident Olof Palme bei der Vorlage des Untersuchungsberichtes nicht anwesend war.

Seite 2: Das verlorene Können

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Staatsdiener

„Leserbrief: Steuerpolster"; WELT vom 16. April

Die völlig einseitige Stellungnahme kann nicht unwidersprochen bleiben. Zunächst ist die Bundesrepublik Deutschland kein Zwergstaat, sondern die größte Wirtschaftsmacht Europas und die zweit- oder drittgrößte der westlichen Welt. Ein Vergleich mit Wyoming ist absurd und albern. Wyoming hat etwa 500 000 Einwohner.

Weiterhin ist erwiesen, daß die Bundesrepublik prozentual bezüglich der Anzahl der im öffentlichen Dienst Tätigen nicht an der Spitze, sondern in der Mitte der westlichen Staaten liegt. Auf 1000 Einwohner kommen in England 96, in den USA 78, in Frankreich 73, in der BRD 69 öffentlich Bedienstete.

Dann: Leisten die Lehrer an den Schulen, die Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst und an Krankenhäusern, die Professoren an den Universitäten, die Angestellten und Beamten an Hoch- und Tiefbauämtern, um nur wenige herauszugreifen, keine produktive Arbeit?

Dr. H. Schulte-Bahrenberg, Essen-Heisingen

*

Sehr geehrte Herren,

wenn es stimmt, – und das läßt sich wohl nachprüfen – daß der öffentliche Dienst um 30 % überbesetzt ist und diese Stellenbesetzung entsprechend reduziert werden könnte, wenn es stimmt, daß durch eine solche Maßnahme jährlich 78 Milliarden DM. eingespart werden könnten, dann muß sich bei der mißlichen Finanzlage der Bundesrepublik doch zwangsläufig die Frage aufdrängen, ob Regierung und Parlament diese recht ergiebige Sparmaßnahme erwogen und überhaupt diskutiert haben, bevor sie mit Sparmaßnahmen u. a. bei den Einkünften der sozial schlechtest gestellten Bevölkerungsschicht ansetzten. Dabei wäre der Stellenabbau wahrscheinlich sogar ohne Geschrei und Opposition, sozusagen still und heimlich zu realisieren. Vakante Stellen würden nicht mehr besetzt werden.

Herr Behrendt verweist als Erfolgsbeispiele auf Ronald Reagan und Frau Thatcher, die in den USA und in England in zwei Jahren auf diese Weise je 100 000 öffentliche Bedienstete freistellen konnten. Es wäre interessant, dazu einmal eine amtliche Stellungnahme zu hören.

Mit freundlichen Grüßen Franz Wagner, Sprockhövel

Wanderarbeiter

Sehr geehrter Herr Pankraz,

seit Jahren lese ich Ihre Kommentare in der WELT mit besonderem Interesse und meist auch mit Zustimmung.

Können Sie sich nicht bald einmal mit der Unsitte auseinandersetzen, schon über Jahre im voraus bekanntzugeben, welcher Intendant oder welcher Schauspieldirektor an welchem Theater nicht mehr tätig sein will oder neu tätig sein will?

Wenn beispielsweise ein Intendant schon heute öffentlich verrät, daß er seinen 1987 auslaufenden Vertrag nicht verlängern will, dann wäre in jedem Wirtschaftsunternehmen die automatische Folge die fristlose Kündigung durch den Aufsichtsrat, weil er ja dann für das Unternehmen auch nichts Gutes mehr leisten wird.

Mit freundlichen Grüßen E.-W. Lindow, Köln 41

Wort des Tages

„Umgebe dich nicht mit Schmeichlern. Denn die Schmeichelei tut der Seele nicht gut. Sie erregt die Eitelkeit und verändert den Blick für die Wirklichkeit. Ein Freund, der schmeichelt, ist kein Freund mehr. Nimm dich vor ihm in acht."

Luigi Sturzo, ital. Politiker (1871–1959)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Heidelberger Kernphysiker und Otto-Hahn-Preisträger, Professor an der Fakultät für Physik und Astronomie, **Otto Haxel**, feierte im vergangenen Monat seinen 75. Geburtstag. Der Rektor der Heidelberger Universität, Professor Dr. **Gisbert Freiherr zu Putlitz**, würdigte aus diesem Anlaß die Aufbauarbeit von Haxel bei der „nach dem Krieg darniederliegenden Heidelberger Universitätsphysik". Der 1909 in Neu-Ulm Geborene studierte an der TH München und der Universität Tübingen, wo er 1933 zum Doktor rer.nat. promovierte. Ab 1936 war er



Haxel mit der Verleihungsurkunde des ihm 1980 verliehenen Otto-Hahn-Preises FOTO: SCHWARZ

Dozent an der TU Berlin, ab 1947 außerordentlicher Professor in Göttingen. Seit 1950 ist er Ordinarius für Physik und Direktor des zweiten Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg. Haxel ist ein engagierter Befürworter der Kernenergie, um deren friedliche Verwendung im Sinne von Otto Hahn er sich verdient gemacht hat.

*

Der Nobelpreisträger Professor **Dr. Friedrich August von Hayek** feiert am Dienstag in Freiburg im Breisgau seinen 85. Geburtstag. Der Gelehrte gilt als einer der bedeutendsten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler dieses Jahrhunderts. Sein umfangreiches wissenschaftliches Werk hat weltweite Beachtung und Anerkennung gefunden. Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften wurde dem engagierten Liberalen 1974 verliehen. Von Hayek, der in Wien Rechtswissenschaft und Nationalökonomie studierte, habilitierte sich für Nationalökonomie und Statistik 1929 und war danach an der Universität Wien als Privatdozent tätig und leitete daneben das österreichische Institut für Konjunkturforschung. 1931 übernahm er eine Professur an der London School of Economics, lehrte ab 1950 an der Universität Chicago und nahm 1962 eine Berufung an die Unviversität Freiburg an, wozu ihn seine geistige Nähe zu **Walter Eucken** und den ordnungspolitischen Vorstellungen der sogenannten Freiburger Schule veranlaßt hatten.

AUSZEICHNUNG

Die Deutsche Augenheilkunde ist mit einer besonderen Auszeichnung bedacht worden, die als „Oscar des wissenschaftlichen Films" gilt. Vergeber ist die „US-Gesellschaft für Interokulare Linsen-Chirurgie", die ihre alljährliche Tagung in Los Angeles abhält und dort zum zweiten Mal die Auszeichnung nicht an einen amerikanischen Wissenschaftler vergab. 1983 hatte den Preis ein japanischer Professor bekommen. Der jetzt prämierte Film wurde von dem Leiter der Abteilung für Mikrochirurgie des Auges an der Universitäts-Augenklinik in Bonn, Professor **Ulrich Dardenne**, hergestellt. Er zeigt das Verhalten flexibler Kunststoff-Linsen, die man in die vordere Augenkammer einpflanzen kann. Dardenne entwickelte ein Verfahren, durch das man eventuelle Spätschäden dieser Technik voraussagen kann.

ERNENNUNGEN

Die Philippinen haben einen neuen Generalkonsul in Hamburg. Die Bundesregierung erteilte **Nelson D. Lavina** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

*

Japan schickt **Tadakiyo Nomura** als Generalkonsular nach Frankfurt am Main. Der Konsularbezirk umfaßt das Land Hessen.

ERGEBNISSE

Stuttgart – Offenbach	5:1	(3:0)
Kaiserslautern – Köln	2:2	(0:0)
Uerdingen – Bochum	1:2	(0:1)
Bielefeld – Braunschweig	0:0	
Frankfurt – Nürnberg	3:1	(1:0)
Dortmund – M'gladbach	4:1	(1:1)
Leverkusen – Mannheim	0:1	(0:1)
Düsseldorf – Bremen	3:4	(1:1)
Hamburg – München	2:1	(2:0)

DIE SPIELE

Hamburg – München 2:1 (2:0)

Hamburg: Stein – Groh – Kaltz, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, von Heesen (76. Wuttke), Rolff, Magath – Milewski, Schatzschneider. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Nachtweih, Beierlorzer, Dürnberger – Grobe, Lerby, Pflügler (32. Martin) – K.-H. Rummenigge, Mathy (46. Hoeneß), M. Rummenigge. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Hartwig (21.), 2:0 Kaltz (32., Foulelfmeter), 2:1 Hoeneß (76.). – **Zuschauer:** 61 487 (ausverkauft). – **Gelbe Karte:** Hoeneß.

Bielefeld – Braunschweig 0:0

Bielefeld: Kneib – Kuhlhorn – Geils, Hupe, Dronia – Buscher, Schnier (70. Weber), Rautiainen, Pagelsdorf – Grillemeier (33. Westerwinter), Ozaki. – **Braunschweig:** Franke – Worm – Geiger, Bruns, Ellmerich, Scheike (68. Kindermann), Pahl, Lux, Tripbacher – Zavisic (46. Studzizba), Geyer. – **Schiedsrichter:** Hellwig (Niestal). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Geils (4/2), Tripbacher (4/1), Bruns (4/1).

Frankfurt – Nürnberg 3:1 (1:0)

Frankfurt: Pahl – Fruck – Körbel, Kraaz – Berthold, Mohr (74. Sievers), Kroth, Falkenmayer, Trieb (76. Tobollik) – Muller, Svensson. – **Nürnberg:** Heider – Grahammer – Reinhardt, Giske (86. Habiger) – Brunner, Lottermann, Geyer, Lieberwirth, Heidenreich – Abramczik, Burgsmüller. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenisch). – **Tore:** 1:0 Körbel (5.), 1:1 Abramczik (68.), 2:1 Körbel (81.), 3:1 Berthold (89.). – **Zuschauer:** 16 500. – **Gelbe Karte:** Grahammer (7/1).

Düsseldorf – Bremen 3:4 (1:1)

Düsseldorf: Kurth – Zewe – Bunte (46. Schmidkunz), Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fach, Löhr, Weikl – Edvaldsson, Thiele. – **Bremen:** Burdenski – Fichtel – Sidka, Siegmann (67. Lellek) – Möhlmann, Schaaf, Böhnke (46. Ordennewitz), Otten, Meier – Reinders, Neubarth. – **Schiedsrichter:** Brückner (Darmstadt). – **Tore:** 1:0 Edvaldsson (26., Foulelfmeter), 1:1 Neubarth (41.), 1:2 Neubarth (51.), 2:2 Fach (63.), 2:3 Meier (74.), 2:4 Lellek (84.), 3:4 Fach (90.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Kurth, Schaaf (4).

Dortmund – M'gladbach 4:1 (1:1)

Dortmund: Immel – Zorc – Storck, Rußmann – Konopka (60. Hein), Bittcher, Raducanu, Koch, Dreßel (64. Keser) – Klotz, Wegmann. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Krauss, Herlovsen, Matthäus, Lienen, Frontzeck (68. Ringels) – Pinkall, Mill (68. Criens). – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Raducanu (34., Foulelfmeter), 1:1 Pinkall (40.), 2:1 Klotz (74.), 3:1 Wegmann (85.), 4:1 Keser (89.). – **Zuschauer:** 40 000. – **Gelbe Karten:** Storck (4), Sude (2).

K'lautern – Köln 2:2 (0:0)

K'lautern: Hellström – Dusek – Wolf, Briegel – Melzer (71. Hoos), Eilenfeldt (61. Loechelt), Geye, Brehme, T. Allofs – Nilsson, Hübner. – **Köln:** Schumacher – Lefkes – Prestin, Steiner – Hartmann, Reif, Mennie (64. Gielchen), Engels, Hönerbach – Fischer, K. Allofs. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 0:1 Prestin (69.), 1:1 Hübner (74.), 1:2 K. Allofs (83.), 2:2 T. Allofs (84.). – **Zuschauer:** 18 558. – **Gelbe Karte:** Schumacher (2).

Leverkusen – Mannheim 0:1 (0:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Gelsdorf, Posner – Winklhofer, Röber, Wojtowicz (80. Geschlecht), Hörster, Patzke (66. Vöge) – Tscha, Waas. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Kohler, Scholz – Knapp, Hein, Schön, Remark (77. Walter), Bauer – Bührer, Linz. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Bührer (20.). – **Zuschauer:** 8000. – **Gelbe Karten:** Sebert (4/2), Scholz (4), Remark (2).

Stuttgart – Offenbach 5:1 (3:0)

Stuttgart: Jäger – Makan – Schäfer, Buchwald, B. Förster – Ohlicher, Niedermayer (80. Müller), Allgöwer, Sigurvinsson – Reichert, Corneliusson (46. Kelsch). – **Offenbach:** Reck – Trapp (76. Martin) – Paulus, Eichhorn – Franusch, Michelberger, Bein, Thiel, Höfer – Hofeditz, Krause. – **Schiedsrichter:** Wippker (Roetgen). – **Tore:** 1:0 Makan (28.), 2:0 Buchwald (32.), 3:0 Ohlicher (36.), 4:0 Sigurvinsson (53., Foulelfmeter), 4:1 Trapp (63.), 5:1 Sigurvinsson (82.). – **Zuschauer:** 36 500. – **Gelbe Karten:** B. Förster (7/2), Paulus (7/1), Trapp (7/1).

Uerdingen – Bochum 1:2 (0:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – Schwarz (62. Brinkmann), van de Loo – Thomas, Jusufi (46. Sackewitz), Feilzer, Funkel, Buttgereit – Loontiens, Hofmann. – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Kree, Oswald – Lameck, Woelk, Schulz, Bönighausen, Kühn (76. Pater) – Kuntz (86. Krella), Schreier. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 0:1 Oswald (45.), 0:2 Bönighausen (54.), 1:2 Sackewitz (67.). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Vollack (2), Bönighausen (4/2).

VORSCHAU

Freitag, 11. Mai, 20 Uhr:

Offenbach – Bremen	(1:8)

Samstag, 12. Mai, 15.30 Uhr:

Nürnberg – Hamburg	(0:4)
Stuttgart – Frankfurt	(3:1)
Braunschweig – Düsseldorf	(0:4)
Mannheim – Bielefeld	(1:1)
Bochum – Leverkusen	(0:3)
M'gladbach – Uerdingen	(1:1)
München – K'lautern	(1:0)
Köln – Dortmund	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

Nur noch ein Duell um den Fußball-Titel – Stuttgart gegen Hamburg

● VFB STUTTGART – 45:17 Punkte, 75:29 Tore

Die Situation: Die Stuttgarter müssen als Favorit Nummer 1 gelten. Drei Gründe sprechen dafür. Sie haben zwei Heimspiele, treffen im Neckarstadion noch auf den Hamburger SV und sammelten in den letzten Spielen so fleißig Tore, daß ihnen im letzten Spiel wahrscheinlich ein Unentschieden reicht, um den Titel zu gewinnen.

Das sagt der Trainer: „Der HSV war eine Halbzeit gegen München sehr stark. Doch die zweite Halbzeit hat mich beruhigt. Diese Mannschaft ist zu schlagen. Ich rechne damit, daß wir am letzten Spieltag die Meisterschaft holen" (Helmut Benthaus).

Das Restprogramm: 12. Mai Heimspiel gegen Frankfurt, 19. Mai in Bremen, 26. Mai gegen den HSV.

Die Prognose: Nur zwei Dinge stehen dem Titelgewinn noch im Wege. Das gefährliche Spiel in Bremen und die größere Erfahrung des HSV in wichtigen Spielen. Dennoch: Die Mannschaft um den überragenden Spielgestalter Sigurvinsson ist reif genug, es zu schaffen.

● HAMBURGER SV – 44:18 Punkte, 68:33 Tore

Die Situation: Der HSV hat seine Krise endgültig überwunden. In der ersten Halbzeit gegen München zeigte er absoluten Spitzenfußball und stünde wahrscheinlich schon lange als Meister fest, hätte er diese Leistung Ende der Hinrunde nur annähernd erreicht.

Das sagt der Kapitän: „Unser Selbstvertrauen und unsere Zuversicht sind nach dem Sieg über München weiter gestiegen. Ich bin optimistisch. Auch wenn es mit dem Teufel zugeht und die Entscheidung erst in Stuttgart fällt. Denn in Stuttgart haben wir immer gut ausgesehen. Jetzt werden wir auch zum dritten Mal hintereinander Meister" (Felix Magath).

Das Restprogramm: 12. Mai Auswärtsspiel in Nürnberg, 19. Mai Heimspiel gegen Frankfurt, 26. Mai in Stuttgart.

Die Prognose: Die schlechtere Tordifferenz spricht gegen die Hamburger. Sie werden das ausverkaufte Neckarstadion am 26. Mai wohl als Zweiter der Tabelle verlassen.

● BAYERN MÜNCHEN – 42:20 Punkte, 75:36 Tore

Die Situation: Die Münchener spielen in dieser Saison zu unausgeglichen, sogar – Hamburg hat es gezeigt – innerhalb eines einzigen Spiels. Die Spieler selbst glauben nicht mehr an ihre Chance. Trainer Lattek spricht von vielen „positiven Dingen", die zum Titelgewinn zusammenkommen müßten.

Das sagt der Kapitän: „Unsere Niederlage in Hamburg war das Ende aller Hoffnungen. Drei Punkte aufzuholen ist zu viel. Es war wie so oft: Wir haben gut gespielt, aber einfach nicht das Quentchen Glück gehabt, das im Laufe der Saison andere Mannschaften besaßen. Schade, ich hätte mich von meinem Klub allzu gerne mit dem Titel verabschiedet" (Karl-Heinz Rummenigge).

Das Restprogramm: 12. Mai Heimspiel gegen Kaiserslautern, 19. Mai in Dortmund, 26. Mai gegen Uerdingen.

Die Prognose: Bayern München bleibt Dritter der Tabelle, wird dafür aber deutscher Pokalsieger (Halbfinal-Wiederholungsspiel gegen Schalke 04 am Mittwoch).

● MÖNCHENGLADBACH – 42:20 Punkte, 69:46 Tore

Die Situation: Die Niederlage in Dortmund kann nicht überraschen, die Mannschaft spielt bereits einige Zeit lang über ihre Verhältnisse und hat mit Toren in letzter Sekunden sehr oft Glück gehabt.

Das sagt der Trainer: „Ich bin nicht allzu traurig über die Niederlage, schließlich stehen wir im Pokalfinale. Persönlich habe ich nie ernsthaft an den Titelgewinn geglaubt. Am Ende fehlte uns in Dortmund die Kraft, um das Steuer noch einmal herumzureißen. Ich habe unsere Chancen immer relativiert. Aber meine Mannschaft hat in dieser Saison Großartiges geleistet" (Jupp Heynckes).

Das Restprogramm: 12. Mai Heimspiel gegen Uerdingen, 19. Mai in Leverkusen, 26. Mai gegen Bielefeld.

Die Prognose: Mönchengladbach ist aus dem Titelkampf ausgeschieden, und es ist fraglich, ob die junge Mannschaft, die viel Kraft verloren hat, in der Lage ist, den Pokal zu gewinnen. Immerhin ist das Erreichen des UEFA-Pokals schon ein großer Erfolg.



Jubel, Prominenz und Niedergeschlagenheit – Bilder vom Spitzenspiel zwischen Hamburg und dem FC Bayern München. Hamburgs Torwart Uli Stein (links, mit Bernd Wehmeyer) war der große Held, an ihm allein scheiterten die Bayern. – Lucy Ewing aus der Dallas-Serie war auch gekommen. Ob Charlene Tilton in der Halbzeit Manfred Kaltz etwas aus der nächsten Folge verraten hat? (Foto oben) – Eine Träne war es nicht, die sich Karl-Heinz Rummenigge (rechts) aus den Augen wischt, obwohl ihm zum Heulen zumute war. „Ich bin immer optimistisch," sagt Rummenigge, „aber jetzt glaube ich, daß der Zug für die Meisterschaft endgültig abgefahren ist."
FOTOS: SVEN SIMON, BONGARTZ, BAADER

Lattek fluchte: „Nur Titel zählt, Pokal kein Ersatz"

Von ULRICH DOST

Auch wenn es Bundestrainer **Jupp Derwall** (56), der den Weg von Saarbrücken nach Hamburg scheute, weil er glaubt, schon alles über die Bayern und den Hamburger SV zu wissen, anders sieht – das Aufeinandertreffen der beiden deutschen Spitzenklubs, die in den letzten fünf Jahren (Bayern Meister 1980/81, Hamburg 1979/1982/1983) den Titel unter sich ausgemacht haben, bedeutet immer noch eine Standortbestimmung.

Auch nach dem erzitterten 2:1-Sieg der Hamburger über eine unerwartet starke Bayern-Mannschaft sind die Fronten erst einmal geklärt: Der HSV hat noch gute Aussichten, den Titel zu verteidigen, der FC Bayern München ist aus dem Kampf um den Titel ausgeschieden und hofft auf den Pokalgewinn.

*

Die Bayern reden auch schon so, als hätten sie die Meisterschaft bereits abgeschrieben. Mannschaftskapitän **Karl-Heinz Rummenigge** (28): „Wir haben insgesamt mehr erreicht, als man erwarten konnte. Wir befanden uns in einem Jahr des Aufbaus, des Umbruchs. Auch unser Trainer, der ein realistischer Mensch ist, hat nicht mit mehr gerechnet."

Das klingt schon so wie ein Fazit, und das soll es ja wohl auch sein. Rummenigge wird die Münchner verlassen, um bei Inter Mailand zu spielen. Er weiß schon heute, daß er praktisch mit leeren Händen geht, auch wenn noch der Pokalgewinn glücken sollte. Trainer **Udo Lattek** (49) sagt, welchen Stellenwert die Meisterschaft besitzt: „Nur der Titel zählt, sonst gar nichts. Der Pokal ist bestimmt kein Ersatz." Deshalb haben die Münchner innerlich bereits abgeschlossen, auch wenn Manager **Uli Hoeneß** (34) fordert: „Jetzt wollen wir wenigstens Vize-Meister werden – das ist doch auch etwas, oder nicht?"

*

Doch was werden die Bayern jetzt tun? Wieder ernsthafter daran denken, was man mit den zehn Millionen, die für Rummenigge aus Mailand kommen, alles anstellen kann? Es hat eher den Anschein, daß sie sich die Spieler noch einmal näher betrachten, die sie schon haben und von denen sie sich eigentlich trennen wollten. **Dieter Hoeneß** (31) ist so ein Fall, Verteidiger **Bernd Martin** (28) ein anderer.

Nach dem Spiel in Hamburg stellte der Manager Hoeneß fest: „Heute hat sich einiges verschoben. Bernd Martin hat ein Superspiel geliefert. Um die Zukunft mache ich mir keine Sorgen."

Über seinen Bruder Dieter spricht er nicht – aus diplomatischen Gründen. Doch das werden andere tun, denn die Überlegungen im Präsidium gehen inzwischen doch dahin, den Mittelstürmer zu halten. Erst recht, seitdem sich Hoeneß mit Trainer Udo Lattek wieder ausgesprochen hat. Karl-Heinz Rummenigge meint: „Ich will mich da nicht einmischen, aber ich meine, den Dieter sollten die Bayern halten."

*

Wenn die Bayern auf das Spiel in Hamburg zurückblicken, dann tun sie dies im Groll – denn für sie war wirklich mehr drin. Ein Punktgewinn hätte schon ausgereicht, um sich noch Hoffnung machen zu dürfen. Chancen waren auch reichlich vorhanden. Gescheitert sind die Bayern letztlich an sich selbst und an Hamburgs Torwart **Uli Stein** (29), über dessen Leistung Lattek sagte: „Das grenzt an ein Wunder, was der gehalten hat."

Ebenso grenzte es an ein Wunder, daß Karl-Heinz Rummenigge selbst aus zwei Metern den Ball nicht an Stein vorbei ins Tor brachte. Hat Rummenigge letztlich selbst die Meisterschaft verspielt? Er selbst sagt: „Nein, das Gefühl habe ich nicht. Wenn die Dinger nicht reingehen, dann gehen sie eben nicht rein."

*

So ein Mist", schimpfte Udo Lattek auf dem Weg in die Kabine, „die haben doch in der zweiten Halbzeit nur zweimal auf unser Tor geschossen, wir hatten sie doch im Griff. Ich bin traurig, weil wir nicht verlieren mußten." Das ist so richtig. Nur die ersten 45 Minuten gehörten dem Meister. Da gelangen Spielzüge und auch zwei Tore, nach der Pause aber war der Faden gerissen.



Hamburgs Trainer **Ernst Happel** (59): „Es ist mir rätselhaft, daß wir nach der Pause nur noch hintendrin standen. Ein Fußballspiel dauert 90 Minuten, wir haben aber nur 45 Minuten gespielt."

Felix Magath (30), der Hamburger Spielmacher, glaubt, die Leistung der ersten Halbzeit würde ausreichen, um von einem verdienten Sieg zu sprechen. Doch ob verdient oder nicht, das zählt nicht, entscheidend sind die Punkte. Und die hat der Hamburger SV.

Böse sei er nicht, meinte Uli Hoeneß hinterher, höchstens traurig. Nach dem 6:6-Pokalspiel in Gelsenkirchen war der Manager aus der Haut gefahren. Doch das Spiel in Hamburg hat gezeigt, daß eben doch sehr viel von der Einstellung der Spieler abhängt. In den ersten 45 Minuten hatten sie befürchtet, die Kraft würde nicht ausreichen. Als sie aber 0:2 hinten lagen und es nur noch die Alles-oder-nichts-Devise gab, da haben sie neue Kräfte mobilisiert, um sich aus dem Würgegriff der Hamburger zu befreien. „Wir hätten auch noch einmal 120 Minuten spielen können", glaubte Udo Lattek – Tore hätten sie deshalb bestimmt nicht erzielt. Lattek: „Wenn man so viele Chancen hat wie wir, muß man einen Punkt holen. Allerdings, wenn man die Tore nicht macht, hat man es auch nicht besser verdient."

Die Art und Weise sei es, meinte Karl-Heinz Rummenigge, wie die Niederlage zustande kam, die die Bayern verzweifeln läßt. Hätten sie sich nur eher mehr zugetraut – doch auch das ist die Strafe für die lasche Einstellung im Pokalspiel. Ein teurer Preis, wenn man weiß, wie hoch die Bayern den Wert des Titels ansetzen.

*

Das spannende und emotionsgeladene Pokalspiel zwischen Borussia Mönchengladbach und Werder Bremen (5:4 nach Verlängerung) wird nun doch kein juristisches Nachspiel haben. Während des Spiels hatte Bremens Mannschaftsführer **Benno Möhlmann** (29) Schiedsrichter **Josef Hontheim** (44) darauf hingewiesen, daß seine Mannschaft nur unter Protest weiterspielen werde. Auch am nächsten Morgen glaubten die Bremer noch, die Tränengasbombe, geworfen von einem Fan aus Bremerhaven, habe den Spielverlauf beeinflußt. Schriftlich reichten sie ihren Protest beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) ein.

Nun kam die Kehrtwendung. Manager **Willi Lemke** (39) nach dem 4:3 in Düsseldorf: „Aus rein sportlichen Gründen hat sich die Mannschaft zu diesem Schritt entschlossen, und das Präsidium hat schon am Freitagabend den DFB informiert. Die Behinderung war zwar nach dem Wurf der Tränengasbombe vorhanden, doch ob dadurch das Spiel beeinflußt wurde, das vermag niemand zu sagen. Wir hoffen auf ein gutes Endspiel und wünschen Gladbach kein Glück, denn das hat die Mannschaft ja sowieso.

Der DFB hatte bereits einen Sportgerichts-Termin für Donnerstag angesetzt.

Schiedsrichter Hontheim braucht nun dort nicht zu erscheinen. Er freute sich darüber, daß ihm Benno Möhlmann schon am Samstagmorgen persönlich mitgeteilt hatte, daß der Protest fallengelassen wird. Die Bremer und Hontheim, der das Spiel in Leverkusen leitete, wohnten unter einem Dach im Leverkusener Ramada-Hotel. Hontheim: „Ich fand es toll, daß sich die Bremer Mannschaft zu diesem Schritt durchgerungen hat. So wird das Spiel für uns alle ohne faden Beigeschmack in bester Erinnerung bleiben."

Nicht eine Sekunde habe er daran gedacht, so Hontheim, das Spiel abzupfeifen. Hontheim: „Ich weiß jedoch nicht, was ich getan hätte, wenn ein Spieler zehn Minuten später ausgeschieden wäre. Ich hätte das Spiel wahrscheinlich abbrechen müssen."

So weit ist es gottlob nicht gekommen, und Hontheim fühlte sich sichtlich wohl, daß die Schiedsrichter einmal volle Unterstützung von den Spielern bekamen, die sie gewöhnlich hart kritisieren.

Körbel: „Der Betrug der Fußballgötter"

BERND WEBER, **Frankfurt**

Vor 12 Jahren kam Karl-Heinz Körbel (29) vom kleinen Vorortclub FC Dossenheim zu Eintracht Frankfurt und wurde Lizenzspieler. Er hat die glanzvollen Zeiten der Eintracht mitgemacht, er war eine ihrer Stützen, als sie – damals noch mit den Stars Grabowski, Hölzenbein, Neuberger und Nickel – dreimal deutscher Pokalsieger wurde (1974, 1975 und 1981), als sie 1980 den UEFA-Cup gewann.

Körbel, der Name steht für Pflichtbewußtsein, für Kampf und Einsatzbereitschaft von der ersten bis zur letzten Minute. In 372 Bundesliga-Spielen hat „Charly", wie ihn alle nur nennen, seine Knochen hingehalten. Sechs A-Länderspiele hat Körbel bestritten und ist, obwohl zuweilen recht hart attackiert, bei allen seinen Einsätzen von schwereren Verletzungen verschont geblieben. Von den sechs Gehirnerschütterungen, die er sich im Laufe der Jahre zugezogen hat, von dem Kapselriß, mit dem er sogar wochenlang gespielt hat, mag er in diesem Zusammenhang nicht sprechen. „Nein", hat der eisenharte Vorstopper immer gesagt, „es war nie was Ernsthaftes, ich habe immer Glück gehabt."

Aber das hat ihn am Samstag, genau sechs Minuten vor dem Abpfiff der Begegnung gegen den 1. FC Nürnberg, verlassen. Nach einer Szene, die sich zunächst völlig harmlos anließ: Der Nürnberger Rüdiger Abramczik dribbelte im Mittelfeld an Frankfurts Ralf Sievers vorbei, wurde von dem gefoult und geriet ins Stolpern. Körbel stürzte auf Abramczik zu, prallte mit ihm frontal zusammen und blieb schreiend liegen. Sanitäter holten den Frankfurter Mannschaftskapitän mit der Trage vom Platz, Vereinsarzt Georg Degenhardt („Ich habe sofort gesehen, daß Charly einen Schienbeinbruch abbekommen hatte") ließ ihn in das Höchster Stadtkrankenhaus fahren. Dort liegt Körbel nun auf der Station A 6, nachdem er Samstag abend noch operiert worden war. Der Eingriff dauerte knappe zwei Stunden, er ist unkompliziert verlaufen, weil die Bruchstelle am rechten Bein glatt und der Abwehrspieler von größeren Knochenabsplitterungen verschont geblieben war.

„Zu Beginn der neuen Saison werde ich mich wieder diensttauglich bei der Eintracht zurückmelden", meinte Körbel gestern morgen und war sogar schon wieder zu kleinen Scherzen aufgelegt. „Der Betrug der Fußballgötter liegt darin", sagte er, „daß die mich erst zwei Tore gegen Nürnberg schießen lassen – das habe ich seit ewigen Zeiten nicht mehr geschafft –, und gerade als ich so richtig in Jubelstimmung war, haben sie mich von den Beinen geholt."

Bei Frankfurts Trainer Dietrich Weise, bei Präsident Klaus Gramlich, bei allen Spielern hat Körbels Schienbeinbruch tiefe Bestürzung ausgelöst. Weise erklärte in der Pressekonferenz nach dem 3:1-Sieg seines Teams: „Alle sind mit den Nerven völlig am Ende." An Ralf Falkenmayer war das am besten auszumachen. Er hat wenige Minuten vor dem Abpfiff einen Foul-Elfmeter nicht verwandeln können und saß später völlig apathisch in der Kabine. „Ich habe versucht, ihn aufzurichten", sagte Gramlich zur WELT, „es ist mir nicht gelungen. Der Abstiegskampf, der für uns ganz sicher bis zur letzten Saisonminute andauern wird, hat die Mannschaft tief gezeichnet. Was ja auch verständlich ist, denn sie ist die jüngste und unerfahrenste der ersten Liga."

Um so mehr muß jetzt alle treffen, daß nun ihr letzter großer Eckpfeiler für den Schlußspurt ausfallen wird. „Ich weiß nicht, ob die Frankfurter den Klassenverbleib jetzt noch schaffen können", meinte Nürnbergs Abramczik, und er fügte hinzu: „Sollte das schiefgehen, nur weil der Charly nicht mehr dabeisein kann, täte mir das unendlich leid."

Abramczik, der gestern morgen noch Frau Margret Körbel anrief, um sie zu trösten, zur WELT: „Noch wenige Sekunden vor unserem Unglücksfall bin ich zu ihm gegangen und habe ihn geflachst. Langer, habe ich gesagt, gleich passiert noch ein Ding. Ich haue euch noch einen rein. Und wir haben uns ganz fröhlich dabei angegrinst ..."

31. Spieltag: Nürnbergs Abstieg ist die erste Entscheidung

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	31	18	9	4	75:29	45:17	47:9	27:3	28:20	18:14
2. Hamburg	31	19	6	6	68:33	44:18	49:18	26:6	19:15	18:12
3. München	31	18	6	7	75:36	42:20	51:10	27:3	24:26	15:17
4. M'Gladbach	31	18	6	7	69:46	42:20	44:15	28:2	25:31	14:18
5. Bremen	31	17	7	7	69:40	41:21	48:12	28:4	21:28	13:17
6. Leverkusen	31	13	8	10	48:44	34:28	31:14	24:8	17:30	10:20
7. Köln	31	13	6	12	57:51	32:30	32:21	19:11	25:30	13:19
8. Uerdingen	31	12	7	12	59:63	31:31	33:24	21:11	26:39	10:20
9. Düsseldorf	31	11	7	13	60:63	29:33	45:21	22:10	15:42	7:23
10. Bielefeld	31	10	9	12	36:45	29:33	23:17	19:13	13:28	10:20
11. K'lautern	31	11	6	14	62:59	28:34	37:20	21:11	25:39	7:23
12. Braunschweig	31	11	6	14	47:65	28:34	34:17	22:8	13:48	6:26
13. Dortmund	31	10	7	14	49:59	27:35	34:16	22:10	15:43	5:25
14. Mannheim	31	8	11	12	37:54	27:35	23:23	15:15	14:31	12:20
15. Bochum	31	8	8	15	49:66	24:38	30:23	18:12	19:43	6:26
16. Frankfurt	31	5	12	14	38:59	22:40	21:19	16:16	17:40	6:24
17. Offenbach	31	7	5	19	43:91	19:43	29:27	17:13	14:64	2:30
18. Nürnberg	31	6	2	23	35:73	14:48	28:31	14:16	7:42	0:32

● Die erste definitive Entscheidung der 21. Bundesliga-Saison ist drei Spieltage vor dem Ende der Meisterschaftsrunde 1983/84 gefallen: Zum dritten Mal nach 1969 und 1979 wird der 1. FC Nürnberg, mit neun Meistertiteln immer noch der erfolgreichste deutsche Verein, zweitklassig. Mit 28 Auswärtsniederlagen hintereinander, jetzt 1:3 in Frankfurt, stellten die Nürnberger einen Negativ-Rekord auf. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres durften Schalke 04, Hertha BSC und Karlsruhe noch auf den Klassenerhalt hoffen. Karlsruhe steigt jetzt direkt wieder auf (siehe nächste Seite).

● Zum fünften Mal in der Rückrunde wurde die Grenze von 200 000 Zuschauern überschritten. 213 045 Fans zahlten am Wochenende Eintritt. Ausverkauft mit 61 487 Besuchern war das Hamburger Volksparkstadion, nur 8000 kamen dagegen zum torlosen Unentschieden in Bielefeld. Die Gesamtzahl der Zuschauer entspricht etwa der des Vorjahres zum gleichen Zeitpunkt – 5,68 Millionen. Bereits jetzt ausverkauft ist das Stuttgarter Neckarstadion für den 26. Mai, an dem sich dort im Spiel Stuttgart – Hamburger SV wahrscheinlich die Meisterschaft der 21. Saison entscheidet.

● In der Torschützenliste hat sich nichts verändert. Rummenigge (23 Tore) führt weiter vor Völler und Mill (beide 17). Drei Spieler sind nach ihrer vierten gelben Karte für den nächsten Spieltag automatisch gesperrt: Storck (Dortmund), Scholz (Mannheim) und Schaaf (Bremen). Zum zweiten Mal in dieser Saison gab es sieben Elfmeter. Doch im Gegensatz zum zweiten Spieltag, an dem alle verwandelt wurden, blieben diesmal drei Torwarte Sieger gegen die Schützen: Kurth (Düsseldorf) gegen Reinders, Zimmermann (Mannheim) gegen Röber und Heider (Nürnberg) gegen Falkenmeyer.

2. Liga

Karlsruhe: Lizenz und Aufstieg

sid, Karlsruhe

Bundesliga-Aufstieg geschafft, die Lizenz erhalten. Der Karlsruher SC durfte am Wochenende gleich in doppelter Hinsicht jubeln. Noch ehe die Mannschaft durch ein 6:0 (0:0) über den SSV Ulm zum dritten Mal die Rückkehr in die höchste Spielklasse perfekt machte, hatte der Liga-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) grünes Licht für den Verbleib im Profi-Lager gegeben.

Der direkte Wiederaufstieg nach einjährigem Zweitliga-Dasein war lebensnotwendig. „Der Verein hätte in Schutt und Asche gelegen, wenn dies nicht geschafft worden wäre", gab Trainer Werner Olk umumwunden zu. Dank gesteigerter Attraktivität hoffen die mit rund 3,5 Millionen Mark verschuldeten Karlsruher in der Bundesliga auf eine weitere wirtschaftliche Gesundung, nachdem der Klub beim DFB bereits jetzt „besseres Zahlenmaterial als im Vorjahr" vorlegen konnte, wie Präsident Roland Schmider formuliert.

Dabei war der Alleingang einer gegenüber der Vorsaison personell vermeintlich schwächeren Mannschaft keineswegs programmiert. „Was hier in einer Saison geleistet wurde, ist nicht in Worten zu fassen", untermauerte Olk den überraschend positiven Verlauf. Dennoch laufen die Planungen für 1984/85 bereits auf vollen Touren. Mit Ausnahme von Wolfgang Schüler, den Borussia Dortmund umwirbt, und Gerhard Kleppinger sind die Verträge mit allen Stammspielern auf leistungs- und zuschauerbezogener Basis schon verlängert. Klub-Chef Schmider: „Trainer Olk soll möglichst schnell Klarheit über das Aussehen des Kaders für die kommende Saison erhalten." Dabei ist die Verpflichtung prominenter Neuzugänge aus rein finanziellen Aspekten kein Thema. Zudem hat der Karlsruher SC gerade mit seiner Zwei-Millionen-Investition zu Beginn der Spielzeit 1982/83 Schiffbruch erlitten. Die „harmonische und vertrauensvolle Zusammenarbeit", für die Schmider sich bedankte, soll die Zukunft des Klubs in vernünftigere Bahnen lenken.

Der Liga-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) entschied am Wochenende, den Klubs BV Lüttringhausen, SCC Berlin, Darmstadt 98 und Hannover 96 zunächst keine Lizenz für die neue Saison zu erteilen. Alle Bundesliga-Klubs erhielten dagegen die Lizenz, zum Teil mit Auflagen.

DIE ERGEBNISSE

SCC Berlin – Lüttringh.	3:2	(1:0)
Aachen – Kassel	0:0	
Essen – Oberhausen	1:1	(1:0)
Freiburg – Solingen	2:1	(1:1)
Köln – Saarbrücken	1:2	(1:0)
Hannover – Hertha BSC	0:0	
Karlsruhe – Ulm	6:0	(0:0)
Wattenscheid – Schalke	0:2	(0:1)
Duisburg – Osnabrück	2:0	(0:0)
Darmstadt – Stuttgart	5:2	(1:0)

DIE TABELLE

1.Karlsruhe	35	23	7	5	88:42	53:17
2.Schalke	35	20	9	6	85:43	49:21
3.Duisburg	35	18	10	7	61:35	46:24
4.Kassel	35	18	7	10	61:36	43:27
5.Aachen	35	16	10	9	46:34	42:28
6.Solingen	35	15	9	11	64:53	39:31
7.Freiburg	35	12	15	8	48:48	39:31
8.Hertha BSC	35	13	11	11	63:59	37:33
9.Köln	35	14	9	12	65:60	37:33
10.Saarbrücken	35	14	8	13	56:57	36:34
11.Stuttgart	35	12	11	12	48:48	35:35
12.Darmstadt	35	11	11	13	46:68	33:37
13.Ulm	35	10	10	15	55:63	30:40
14.Wattenscheid	35	11	8	16	52:66	30:40
15.Hannover	35	9	10	16	47:65	28:42
16.Essen	35	7	13	15	44:58	27:43
17.SCC Berlin	35	9	9	17	38:61	27:43
18.Oberhausen	35	8	10	17	44:60	26:44
19.Osnabrück	35	10	6	19	39:58	26:44
20.Lüttringh.	35	6	5	24	35:80	17:53

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Freitag, 11. 5., 20 Uhr: Solingen – Karlsruhe, Osnabrück – Freiburg; **Samstag, 12. 5., 15.30 Uhr:** Lüttringhausen – Stuttgart, Darmstadt – Hannover, Oberhausen – SCC Berlin, Hertha BSC – Duisburg, Ulm – Wattenscheid; **Sonntag, 13. 5., 15 Uhr:** Saarbrücken – Essen, Kassel – Köln; **Dienstag, 15. 5., 20 Uhr:** Schalke – Aachen.

HANDBALL / TV Großwallstadt zum fünften Mal deutscher Meister – Essen verlor beim MTSV Schwabing in letzter Minute

Um 20.57 Uhr jubelte und tanzte ein ganzes Dorf

sid/dpa, München/Elsenfeld

Für den TV Großwallstadt wurden die letzten drei Minuten des Fernduells mit TuSEM Essen zur Ewigkeit. Totenstille herrschte in Elsenfeld nach dem 18:16-Sieg des TV Großwallstadt über den entthronten Titelverteidiger VfL Gummersbach zwischen 20.48 und 20.57 Uhr. Über 265 Kilometer Luftlinie entfernt war die entscheidende Partie zwischen dem MTSV Schwabing und TuSEM Essen zu jenem Zeitpunkt noch nicht beendet. Um 20.57 Uhr kam dann die erlösende Nachricht über den Lautsprecher in der Sporthalle Elsenfeld: „Der MTSV Schwabing besiegt TuSEM Essen mit 13:11. Damit ist der TVG zum fünftenmal deutscher Meister."

Um die Dramatik in Elsenfeld und in München zu verdeutlichen, eine Aufzeichnung des Abends:

19.34 Uhr: Zum Anpfiff ist Essen mit dem besseren Torverhältnis vor dem TV Großwallstadt deutscher Meister.

20.07 Uhr: Halbzeit in Elsenfeld. Großwallstadt führt nach fünf Toren von Klühspies mit 8:7.

20.12 Uhr: Halbzeit in Schwabing. Essen liegt mit 7:6 vorn. Trainer Ivanescu wäre in seinem ersten Jahr in Essen zum fünftenmal deutscher Meister.

20.23 Uhr: Mit einem Blitzstart zur zweiten Halbzeit überrumpelt Großwallstadt die Gummersbacher und erzielt Tor um Tor zum entscheidenden 13:8. Fünfzehn Glanzparaden von Weltklasse-Torwart Thiel reichen nicht. Die Moral von Gummersbach ist gebrochen.

20.31 Uhr: Schwabing führt mit 9:7. Großwallstadt wäre Meister.

20.38 Uhr: Essen hat nach drei Toren des Isländers Gislason zum 10:9 die Meisterschaft vor Augen. Bei Schwabing stehen zu dem Zeitpunkt nur noch drei Feldspieler auf dem Parkett, und Torjäger Frank ist disqualifiziert worden.

20.47 Uhr: Abpfiff in Elsenfeld.

20.47 Uhr: Fraatz bringt Essen mit seinem fünften Treffer zum 11:10 dem Ziel wieder näher.

20.54 Uhr: Schwabing führt nach einem Tor von Dörhöfer 12:11.

20.55 Uhr: Kellner hält den zweiten Siebenmeter – der Isländer Gislason war der Anspannung nicht gewachsen.

20.57 Uhr: Anthuber verwandelt einen Siebenmeter zum 13:11-Endstand für Schwabing.

20.57 Uhr: Elsenfeld – das Dorf tanzt.

Jubel in Elsenfeld, stille Betroffenheit in München, in der Kabine des TuSEM Essen. Die Mannschaft aus dem Revier hatte das Fernduell mit dem TV Großwallstadt in den letzten Minuten verloren. Doch dann brach Trainer Ivanescu das Schweigen: „Vergessen, Jungs, Prost." Eine Tür weiter feierten die Spieler des MTSV Schwabing den 13. Sieg im 13. Heimspiel der Saison, als ob sie gerade deutscher Meister geworden wären. Doch auch dann Stille in der Kabine der Schwabinger, denn: Der IHF-Cup-Sieger TV Großwallstadt nimmt am Europapokal der Landesmeister teil, Vizemeister TuSEM Essen ist für den IHF-Pokal qualifiziert. Schwabing verlor trotz des Sieges als Tabellendritter den IHF-Platz, der nur mit einer Niederlage gegen Essen und einer Niederlage des THW Kiel in Dankersen (20:17 für Kiel) möglich gewesen wäre.

Großwallstadt Meister, Gummersbach gestürzt – das ist die eine Seite der nun abgeschlossenen Bundesliga. Die andere Seite: Kurt Klühspies in Großwallstadt und Heiner Brand in Gummersbach beenden ihre sportliche Laufbahn. Beide hinterlassen zum Ende ihrer 14jährigen Karriere große Lücken und leiten damit einen Umbruch in der Bundesliga ein, von dem gerade der TV Großwallstadt im Jahr nach der Meisterschaft stark betroffen ist. Denn neben Klühspies beenden mit Peter Meisinger, Volker Lang und Peter Fischer drei weitere Stammspieler ihre Laufbahn, für die es noch keine sicheren Nachfolger gibt. Manfred Freisler trägt sich seit Wochen mit Abwanderungsgedanken, für Winfried Damm („Ich habe alles erreicht, was ich wollte") ist die Zukunft ebenso unklar. Die Vereinbarung mit Martin Schwalb (Frisch Auf Göppingen) sowie Hans-Peter Müller (VfL Hameln) sind bis zur Entscheidung über möglichen Ab- und Aufstieg ihrer Vereine aufgeschoben. Notfalls will Großwallstadt zum ersten Mal einen Ausländer verpflichten.



Nach 14 Jahren Handball Abschied mit dem fünften deutschen Titel: Kurt Klühspies. FOTO: DPA

SPORT-NACHRICHTEN

Sperre für Belgier

Frankfurt (sid) – Die im Zuge des Bestechungs-Skandals in Belgien gesperrten Spieler dürfen nicht in der deutschen Fußball-Bundesliga spielen. Diesen Beschluß faßte der DFB-Vorstand in Frankfurt. Das Verbot trifft den Hamburger SV und Düsseldorf. Beide Bundesliga-Klubs waren an einer Verpflichtung des National-Verteidigers Gerald Plessers von Standard Lüttich interessiert.

Ormond gestorben

Edinburgh (UPI) – Der frühere Trainer der schottischen Fußball-Nationalmannschaft, Willie Ormond, ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Unter Ormonds Leitung hatte sich die schottische Nationalmannschaft für die WM 1974 in Deutschland qualifiziert.

Wunderlich gesperrt?

Stuttgart (dpa) – Bernhard Thiele (Bremen), der Präsident des Deutschen Handball-Bundes (DHB), hat in Stuttgart angekündigt, daß nach der Verurteilung von Frisch Auf Göppingen und dessen polnischen Profispieler Jerzy Klempel weitere Vereine und Personen, darunter möglicherweise auch Nationalspieler Erhard Wunderlich, mit Anklagen wegen Verstoßes gegen die Amateurbestimmungen rechnen müßten.

Rugby-Niederlage

Norrköping (sid) – Mit einer unerwarteten 12:15 (7:6)-Niederlage gegen Schweden schloß die deutsche Rugby-Nationalmannschaft die Spieler der Europameisterschafts-Gruppe B ab. Vor nur 400 Zuschauern waren Thomas Kurth (TSV Victoria Linden) sowie Dietmar Kopp (Hannover 78) mit jeweils vier Punkten die erfolgreichsten deutschen Spieler.

Nur 547 Zuschauer

Berlin (sid) – Der Berliner Fußball-Oberligaklub Hertha 03 Zehlendorf trennte sich im Rahmen des deutsch-deutschen Sportkalenders vom „DDR"-Ligaverein TSG Bau Rostock mit 1:1 (1:0). Nur 547 zahlende Zuschauer verfolgten die Partie im Berliner Ernst-Reuter-Stadion.

DSC Kaiserberg Meister

Hannover (dpa) – 18 Bundesligarunden und ein dreieinhalbstündiges Entscheidungsspiel benötigten die Tischtennisspielerinnen des DSC Kaiserberg für ihre 17. deutsche Mannschaftsmeisterschaft. Das knappe 9:7 in Hannover gegen den Kieler TTK brachte wenig spielerische Höhepunkte.

1,47 Millionen für den Sieg

Louisville (dpa) – Mit dem Hengst Swale gewann der 37jährige Jockey Laffit Pincay aus Panama das 110. Kentucky-Derby. Für den Sieger gab es rund 1,47 Millionen Mark.

Schlägerei in Madrid

Düsseldorf (sid/dpa) – Bernd Schuster und der FC Barcelona unterlagen im spanischen Fußball-Pokalhalbfinale Atletico Bilbao mit 0:1, Horst Hrubesch konnte im belgischen Pokal-Endspiel ein 0:2 von Standard Lüttich gegen den Außenseiter AA Gent nicht verhindern. Unter den Augen der spanischen Königsfamilie und des Regierungschefs Felipe Gonzales zettelte der argentinische Star Maradona nach dem Schlußpfiff eine Schlägerei mit den Spielern von Atletico Bilbao an. Nach einem Schlag an den Kopf von Bilbao-Verteidiger Nuñez – die dabei entstandene Platzwunde mußte viermal genäht werden – durch Maradona begann eine Schlägerei zwischen Spielern, Technikern und Zuschauern. Bilbao-Spieler Sola erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte ebenso wie Sanchez (Barcelona) vom Platz getragen werden.

Leverkusen Meister

Frankfurt (dpa) – Durch einen 24:20 (10:9)-Endspielsieg über den TV Lützellinden sicherte sich Titelverteidiger Bayer Leverkusen in Mülheim-Kärlich zum achten Mal die deutsche Meisterschaft im Frauen-Handball. Der TV Lützellinden nimmt am IHF-Pokal teil.

Lismont Marathonsieger

München/Bremen (sid) – Mit einem Sieg des Belgiers Karel Lismont in 2:12:51 Stunden endete in München der 2. City-Marathon. Vor rund 150 000 Zuschauern gewann bei den Frauen Christa Vahlensieck aus Wuppertal (2:38:50). In Bremen lief Kjell-Erik Stahl (Schweden) in 2:13:47 Stunden als erster über die Ziellinie des 2. Stadtmarathon.

Dietzen Dritter in Spanien

Madrid (sid) – Reimund Dietzen (Trier) belegte bei der Spanien-Rundfahrt für Radprofis den dritten Platz in der Gesamtwertung. Sieger wurde der Franzose Eric Caritoux vor dem Spanier Alberto Fernandez.

MOTORSPORT

Prost siegte, Platz fünf für Stefan Bellof

dpa/sid, Imola

Der Franzose Alain Prost gewann auf McLaren-Porsche den Großen Preis von San Marino in Imola, den vierten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft. Prost, der nach seinem Sieg in Rio de Janeiro den zweiten Saison-Erfolg feierte, baute seine WM-Führung auf 24 Punkte aus. Platz zwei belegte sein Landsmann René Arnoux (Ferrari) vor dem Italiener Elio de Angelis (Lotus-Renault). Der Gießener Stefan Bellof gewann als Fünfter wiederum WM-Punkte. Bereits beim Großen Preis von Belgien in Zolder war Bellof mit dem motorenmäßig unterlegenem Tyrrell-Ford Sechster geworden. Manfred Winkelhock (Waiblingen), vorrübergehend auf Platz fünf, schied vorzeitig aus.

Zum Rennverlauf: Der französische Vize-Weltmeister Alain Prost (McLaren-Porsche) hatte vom Start weg die Führung übernommen. Als Trainingszweiter hatte sich Prost am brasilianischen Titelverteidiger Nelson Piquet (Brabham-BMW) vorbeigeschoben. Hinter dem Engländer Derek Warwick (Renault) und dem Franzosen René Arnoux (Ferrari) nahm der Waiblinger Manfred Winkelhock (ATS-BMW) am Ende der ersten Runde den fünften Platz ein.

Nach noch nicht einmal einer Runde rutschte der Franzose Patrick Tambay nach einer Kollision von der Piste. Das rechte Vorderrad stand rechtwinklig in die Höhe.

Die nächsten Runden gehörten dem Österreicher Niki Lauda. Vom fünften Platz ins Rennen gegangen, aber am Start zurückgefallen, räumte der zweimalige Ex-Weltmeister auf den Plätzen kräftig auf. Nachdem er zuerst Winkelhock vom sechsten Platz verdrängt hatte, sprengte er das Ferrari-Duo Alboreto und Arnoux und setzte sich danach hinter Warwick an die vierte Position. Als Lauda den Engländer bereits im Visier hatte, mußte er den McLaren-Porsche mit qualmendem Motor auf dem Seitenstreifen parken.

Auch der finnische Ex-Weltmeister Keke Rosberg auf Williams-Honda war zu diesem Zeitpunkt bereits nach einer Kollision ausgefallen. Die Alfa-Romeo-Fahrer Eddie Cheever (USA) und Riccardo Patrese (Italien) hatten nach technischen Defekten aufgegeben, und der Engländer Mansell war in die Leitplanken gerutscht.

BOXEN / Deutsche Staffel überraschte

Sogar Kubaner lobten: „Großartige Physis"

sid/dpa, Karlsruhe

Kuba, die weltbeste Box-Nation, stellte beim 4. Intercup in Karlsruhe sieben Turniersieger und gewann die Mannschaftswertung mit 47 Punkten vor dem Deutschen Amateur-Boxverband (35) und Ungarn (15). Doch die eigentlichen Sieger waren die deutschen Boxer. Sieben von ihnen sollen nun zu den Olympischen Spielen nach Los Angeles fahren, eine Zahl, die nach der Pleite bei den Europameisterschaften in Varna noch völlig utopisch erschien.

Reiner Gies (Kaiserslautern) im Leicht-, Helmut Gertel (Worms) im Halbwelter-, Alexander Künzler (Karlsruhe) im Welter-, Manfred Zielonka (Düren) im Halbmittel- und Markus Bott (Karlsruhe) im Halbschwergewicht werden dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) für Deutschland ohne jedes Wenn und Aber zur Nominierung vorgeschlagen.

Mittelgewichtler Andreas Bauer (Berlin) muß seinen Sensationssieg über Weltmeister Comas noch beim Akropolis-Turnier im Juni in Athen bestätigen, Bantamgewichtler Stefan Gertel (Worms) nach seinem Kieferbruch die Olympiareife zur gleichen Zeit bei Länderkämpfen in der Tschechoslowakei unter Beweis stellen.

Die Bilanz von Karlsruhe aus deutscher Sicht: Auf der Erfolgsseite konnten Turniersiege von Reiner Gies (21) im Leicht- und Markus Bott (22) aus Karlsruhe im Halbschwergewicht, Punkterfolge gegen den kubanischen Weltmeister Angel Herrera und Bernardo Comas von Reiner Gies und Andreas Bauer (23) aus Berlin im Mittelgewicht verbucht werden. Bei einem Etat von 320 000 Mark sorgten insgesamt 9000 Zuschauer (davon 3100 im Finale) für eine fast ausgeglichene Kasse.

Der kubanische Nationaltrainer Alcides Sagarra lobte: „Die Deutschen zeigten hervorragende Physis. Diese Leistungen hatten wir ihnen nicht zugetraut." Helmut Meyer, der leitende Direktor im Bundesausschuß für Leistungssport (BA-L), sprach von „großen Tagen für das Amateurboxen" und fügte hinzu: „Zuletzt war unsere Staffel bei den Europameisterschaften 1979 in Köln so stark." Damals vor fünf Jahren standen noch Weller, Müller und Hussing in der deutschen Staffel und sorgten für den zweiten Platz in der Nationenwertung hinter der UdSSR.

Wo liegen die Gründe für diesen Erfolg? Bundestrainer Helmut Ranze hat gemeinsam mit Sportwart Birkle im Stützpunkt Worms das Heft in die Hand genommen. Sein Kollege Dieter Wemhöner, der dienstälteste Bundestrainer, ist längst nicht mehr Chef und fügt sich in die Assistentenrolle. Mit dem Rumänen Valentin Silaghi wird bereits sein Nachfolger aufgebaut. Ranze flog mit den Boxern zum gemeinsamen Sparring mit den Amerikanern nach Colorado Springs. In Worms hat man zusammen mit den Kubanern trainiert. Ranze: „Jeder konnte dabei nachzählen, daß die auch nur zwei Arme und zwei Fäuste haben." Für Anfang Juli fand Ranze in Ungarn bei Laszlo Papp neue Sparringspartner für die deutschen Olympia-Boxer. Denn: „Die Intercup-Lorbeeren sind in Los Angeles keinen Pfifferling mehr wert", sagt Ranze.

Sieben deutsche Boxer für Los Angeles – es könnten sogar acht sein, wenn Superschwergewichtler Peter Hussing nicht durch eine unsinnige Teilnehmerbeschränkung in dieser neuen Gewichtsklasse auf der Strecke geblieben wäre. Aber Hussing hat seinen zum wiederholten Male angekündigten Abtritt von der internationalen Bühne schon wieder relativiert. „Für Länderkämpfe stehe ich weiter zur Verfügung." Der Hintergrund: Sollten die Asiaten, denen zwei Superschwergewichtler beim olympischen Turnier zuerkannt wurden, die aber in der Klasse über 91 Kilogramm noch nie präsent waren, auf die Teilnahme verzichten, rechnen sich Hussing und der deutsche Verband noch eine minimale Chance aus. Es wurde bereits diskutiert, den 15maligen Deutschen Meister – ähnlich wie die Olympiasieger von Sarajevo – als Ehrengast nach Los Angeles einzuladen. BA-L-Direktor Helmut Meyer: „Das Problem ist wie im Fall des zweiten Olympia-Trainers allein die beschränkte Zahl der uns zur Verfügung stehenden Akkreditierungen."

Übrigens: In einem Karlsruher Kaufhaus wurden zwei kubanische Boxer des Uhren-Diebstahls überführt. Trainer Sagarra: „Wir kommen gern wieder, doch die letzte Entscheidung darüber wird in Havana getroffen."

FECHTEN / Das Turnier „Löwe von Bonn"

Andrea – Wieder einer aus der Familie der Borella

K.Bl. Bonn

Der Turniersieger des „Löwen von Bonn" stand bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht fest, aber bereits der neue Weltcup-Sieger. Bester Florett-Spezialist der Welt ist derzeit der 23jährige Römer Andrea Borella. Der 1,95 Meter große und 86 Kilogramm schwere Junioren-Weltmeister von 1979 erreichte beim letzten Weltcup-Turnier vor den Olympischen Spielen in Los Angeles gemeinsam mit vier weiteren italienischen Fechtern das Finale.

Die Borellas: Fabio dal Zotto, der Olympiasieger von 1976, ist ein Cousin des neuen Weltcup-Siegers, „und mit Marco Borella, der in Italien ein bekannter Fechter ist, haben wir einen weiteren Mann unserer Familie in dieser Sportart vorn". Als Borella Junioren-Weltmeister wurde, stellte er bereits fest: „Meine Körpergröße und mein Gewicht sind athletische Potenzen, die ich zu nutzen versuche. Ich habe zum Beispiel eine sehr lange Reichweite, und ich habe auch sehr viel Wucht bei einem Angriff." Im Alter zwischen 18 und 25 Jahren erreiche ein Florett-Spezialist seine Höchstform, glaubt Borella. Jetzt ist er 23 Jahre alt – getreu seiner These will er nun in Los Angeles „unbedingt Olympiasieger werden".

Von den deutschen Florett-Assen erreichte nur der Tauberbischofsheimer Matthias Behr das Finale von Bonn. Harald Hein, bereits 34 Jahre alt, scheiterte gleich in der ersten Direktausscheidung an dem Österreicher Wendt ziemlich klar. Frank Beck, der Sohn des Bundestrainers, fand im früheren Olympiasieger Fabio dal Zotto (Italien) seinen Meister, Gey unterlag dem Belgier Soumagne, der vor zwei Jahren in Bonn gewonnen hatte, und der Bonner Prochotta unterlag dem Italiener Andrea Cipressa.

BASKETBALL /Siege des deutschen Teams

Starke Einheit durch zwei, die in den USA studieren

sid, Bamberg

„Das Gerüst steht, nun muß es durch Feinarbeit stabilisiert werden." Mit dieser Zwischenbilanz geht Basketball-Bundestrainer Ralph Klein in die Endphase der Vorbereitung für die Olympia-Qualifikation in Frankreich (15. bis 25. Mai). Nach einem Lehrgang in Israel kam die DBB-Auswahl in vier Testspielen, je zwei gegen die CSSR und Griechenland, zu vier Erfolgen.

„Die Mannschaft wirkt sehr geschlossen, und vor allem die Moral stimmt", analysierte Klein nach dem 88:86-Sieg gegen Griechenland am Samstag in Böblingen. Es war der zweite Sieg im insgesamt dreizehnten Länderspiel gegen die Griechen, nachdem schon am Freitag in Bamberg ein überzeugender 96:88-Erfolg gelungen war. Klein stuft diese Resultate weitaus höher ein als das 85:71 und 87:71 zuvor gegen den EM-Zehnten CSSR.

„Eine solch starke deutsche Mannschaft haben wir noch nie erlebt", hieß es einstimmig aus dem Lager der Griechen, die sich besonders von den zwei in den USA studierenden Detlef Schrempf, Uwe Blab sowie dem Kölner Center Klaus Zander beeindruckt zeigten. „Ich habe zwar die ersten fünf im Kopf, aber ich muß mir die Formation noch bestätigen lassen", erklärte Klein. Doch es ist zu vermuten, daß Klein neben Schrempf, Welp und Blab auf die Routiniers Michael Pappert aus Köln und den Göttinger Aufbauspieler Ulrich Peters setzen wird.

Mit insgesamt acht Spielern im 12er-Kader, die vor einem Jahr bei der Europameisterschaft in Frankreich einen achten Platz erkämpften, wird das deutsche Team die Reise nach Orléans antreten. Dort sind Belgien, Österreich und Gastgeber Frankreich die Vorrunden-Gegner.

LEICHTATHLETIK / Starke „DDR"-Athleten

Marlies Göhr sprintete mit 10,86 Sekunden in die Saison

sid, Potsdam

Mit einem sensationellen Saison-Debüt wartete in Potsdam Weltmeisterin Marlies Göhr (Jena) auf, als sie die 100 m in 10,86 Sekunden sprintete. Schneller war die Thüringerin bisher nur bei ihrem letztjährigen Weltrekord (10,81), den inzwischen die Amerikanerin Evelyn Ashford auf 10,79 Sekunden steigerte. In Celje (Jugoslawien) verpasste Petra Feike (Jena) mit 74,72 m den Speerwurf-Weltrekord der Finnin Tiina Lillak um vier Zentimeter.

Weitere Glanzleistungen aus der „DDR"-Leichtathletik: Sabine Busch blieb über 400 m in 49,87 als neunte Läuferin der Welt unter 50 Sekunden. „DDR"-Meister über 10 000 m wurde Hans-Jörg Kunze (Rostock) in 27:33,10 Minuten (Weltjahresbestzeit) vor Schildhauer (Halle), der 28:03,05 Min. lief. Hammerwerfer Günther Rodehau erreichte 80,20 m und Kugelstoßerin Ilona Briesenick 21,49 m (Weltjahresbestleistung).

In Los Angeles erzielte Diskus-Weltmeister Imrich Bugar (CSSR) mit 69,28 m Weltjahresbestleistung. In Salzburg stellte der 31jährige Guido Kratschmer (Mainz) bei elektronischer Zeitnahme einen deutschen Fünfkampf-Rekord (4032 Punkte) auf. Seine Einzelleistungen: 7,48 m im Weitsprung, 65,86 m im Speerwerfen, 21,56 Sek. über 200 m, 48,72 m mit dem Diskus und 4:37,29 Min. über 1500 m. Ulrike Meyfarth (Leverkusen) übersprang auf Lanzarote 1,90 m.

Weil Zehnkampf-Weltmeister Daley Thompson (England) ohne Wissen seines Verbandes einen Werbevertrag für rund 400 000 Mark abgeschlossen haben soll, läuft er Gefahr, seinen Amateur-Status zu verlieren. Thompson, so eine Londoner Zeitung, habe diesen Kontrakt über eine in Hongkong ansässige Firma abgewickelt.

ZAHLEN

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 24. Spieltag: Erfurt – Karl-Marx-Stadt 1:1, Chemie Leipzig – Jena 3:1, Frankfurt – Magdeburg 2:0, Riesa – Union Berlin 2:1, Rostock – Halle 3:2, Aue – Lok Leipzig 0:1, Dynamo Berlin – Dresden 4:2 – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 60:29/36:10, 2. Dresden 55:24/34:14, 3. Lok Leipzig 50:27/33:15, 4. Frankfurt 52:34/30:18. – **Englische Meisterschaft:** Birmingham – Liverpool 0:0, Coventry – Luton 2:2, Everton – Manchester United 1:1, Ipswich – Sunderland 1:0, Leicester – Nottingham 2:1, Notts – Queen's Park 0:3, Stoke – Southampton 1:1, Tottenham – Norwich 2:0, Watford – Wolverhampton 0:0, Bromwich – Arsenal 1:3, West Ham – Aston 0:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 75 Punkte, 2. Manchester United 73, 3. Queen's Park 72, 4. Southampton 67 – **EM-Endrunde** (U 16) in Süddeutschland. Spiel um Platz 3 in Böblingen: Jugoslawien – England 0:1. – Endspiel in Ulm: Deutschland – UdSSR 2:0 (1:0).

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 26. und letzter Spieltag: Günzburg – Hüttenberg 28:16, Reinickendorf – Bergkamen 27:24, Nürnberg – Göppingen 26:29, Dankersen – Kiel 17:20, Schwabing – Essen 13:11, Großwallstadt – Gummersbach 18:16, Hofweier – Lemgo 22:21. – Die Abschlußtabelle:

1. Großwallstadt	26	19	2	5	538:454	40:12
2. Essen	26	18	2	6	430:[illegible]	38:14
3. Schwabing	26	15	4	7	525:488	34:18
4. Kiel	26	15	2	9	537:497	32:20
5. Gummersb.	26	14	3	9	491:436	31:21
6. Berlin	26	12	4	10	538:537	28:24
7. Göppingen	26	13	1	12	[illegible]:596	27:25
8. Dankersen	26	12	1	13	469:465	25:27
9. Hofweier	26	12	1	13	531:544	25:27
10. Hüttenberg	26	9	3	14	[illegible]	21:31
11. Bergkamen	26	9	2	15	450:[illegible]	20:32
12. Lemgo	26	7	2	17	492:557	16:36
13. Günzburg	26	5	4	17	531:569	14:38
14. Nürnberg	26	6	1	19	492:549	13:39

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Herren, Gruppe Nord: RW Köln – Club der Alster Hamburg 5:0, Mülheim – Hannover 1:6. – Gruppe Süd: Berliner HC – Limburg 0:0, Heidelberg – Stuttgart 0:0, München – Frankenthal 1:4, Steglitzer TK Berlin – Rüsselsheim 0:3 – **Europameisterschaft** der Damen in Lille. 1. Spieltag: Schottland – Österreich 2:0, Holland – Italien 7:0, Belgien – UdSSR 0:7, Irland – CSSR 1:0, Frankreich – Spanien 1:2, England – Deutschland 0:3. – 2. Spieltag, Gruppe A: Italien – UdSSR 0:12, Holland – Österreich 3:0, Belgien – Schottland 0:2. – Gruppe B: CSSR – Deutschland 0:1.

VOLLEYBALL

Pokal-Endrunde, Frauen, in Augsburg: Münster – Oythe 3:2, Lohhof – Augsburg 3:2, Lohhof – Oythe 3:1, Münster – Augsburg 3:2.

WASSERBALL

Bundesliga, 13. Spieltag: Spandau – Hannover-Linden 17:8, Esslingen – Düsseldorf 9:5, Cannstatt – Duisburg 98 9:9, Würzburg – Hamm 9:11, Braunschweig – ASC Duisburg 8:6, Fulda – Offenbach 10:11.

LEICHTATHLETIK

Internationaler Fünfkampf in Salzburg: 1. Kratschmer (Mainz) 4032 Punkte (deutscher Rekord) – Einzelleistungen: Weitsprung: 7,48 m, Speer: 65,86, 200 m: 21,56, Diskus: 48,72, 1500 m: 4:37,29 – 2. Peter (München) 3908, 3. Wentz (Mainz) 3864. – Mannschaftswertung: 1. Mainz (Kratschmer, Wenz, Schmidt) 12 458 Punkte (deutscher Rekord).

MOTORSPORT

28. Rallye Korsika, fünfter von zwölf Läufen zur Fahrer-WM, vierter von zehn Läufen zur Markenwertung, inoffizieller Endstand nach 1130 km und 30 Sonderprüfungen: 1. Alen/Kivimaki (Finnland) Lancia Rally 13:24:56 Std., 2. Biasion/Siviero (Italien) Lancia Rally 4:15 Min. Rückstand, 3. Ragnotti/Thimonier (Frankreich) Renault 5 Turbo 8:39, ... 13. Grundel/Diekmann (Schweden/Deutschland) VW Golf 1:49:07 Std. zur. – Stand der Fahrer-WM: 1. Alen 48 Punkte, 2. Mikkola (Finnland) Audi Quattro 44, 3. Blomqvist 43, ... 5. Röhrl (Deutschland) Audi Quattro 26.

JUDO

33. Europameisterschaft in Lüttich: Leichtgewicht (bis 65 kg): 1. Alexandre (Frankreich), 2. Kriz (CSSR), 3. Chanson (Schweiz) und Gawthorpe (England); Welter (bis 71 kg): 1. Namgalauri (UdSSR), 2. Dyot (Frankreich), 3. Nagy (Rumänien) und Ruiz (Spanien); Halbmittel (bis 78 kg): 1. Adams (England), 2. Fogarasi (Ungarn), 3. Novak (Frankreich) und Merkulow (UdSSR).

BOXEN

4. Intercup in Karlsruhe, Halbfinale: Halbfliegen: Ben-Haim (Israel) 5:0 PS – Dubielzig (Deutschland), Sainz (Kuba) 5:0 PS – Mgirih (Marokko); Fliegen: Varadi (Ungarn) RSC 2. Rd. – Angin (Türkei), Reyes (Kuba) RSC 3. Rd. – Nolan (England); Bantam: Botos (Ungarn) 4:1 PS – Arslan (Türkei), Ledon (Kuba) K.o. 1. Rd. – Orewa (Nigeria); Feder: Talpos (Rumänien) K.-o.-Sieger 2. Rd. – Slavtchev (Bulgarien), Kolev (Bulgarien) 3:2 PS – Oprisar (Rumänien); Leicht: Gies (Deutschland) 5:0-PS – Herrera (Kuba), Ioana (Rumänien) 4:1-PS – Sümer (Türkei); Halbwelter: Gertel (Deutschland) RSC 2. Rd. – Irvin (USA), Garcia (Kuba) RSC 1. Rd. – Junger (Deutschland); Welter: Duvergel (Kuba) 5:0-PS – Obreja (Rumänien), Künzler (Deutschland) 5:0-PS – Omoruu (Nigeria); Halbmittel: Zielonka (Deutschland) 4:1-PS – D'Antigac (USA), Espinosa (Kuba) 5:0-PS – Takov (Bulgarien); Mittel: Füzesy (Ungarn) 4:1-PS – Galvano (Italien), Okorodudu (Nigeria) 3:2-PS – Bauer (Deutschland); Halbschwer: Spurgin (Deutschland) 4:1-PS – Picka (CSSR), Bott (Deutschland) – Aufgabes. 3. Rd. – Aigbonoga (Nigeria), Schwer: Ligos (CSSR) 4:1-PS – Hilmy (Ägypten), Musone (Italien) RSC 2. Rd. – Crawford (USA); Superschwer: Stevenson (Kuba) K.-o.-Sieger 2. Rd. – Geuß (Deutschland).

GALOPP

Rennen in Gelsenkirchen: 1. R.: 1. Diorit (K. Woodburn), 2. Sachsenprinz, 3. King Size, Toto: 24/13, 30, 12, ZW: 232, DW: 712, 2. R.: 1. Isarpolka (A. Tylicki), 2. Lagune, 3. Markina, Toto: 56/16, 17, 12, ZW: 520, DW: 1432, 3. R.: 1. Lutzow (A. Sofley), 2. Santos, 3. Boran, Toto: 16/14, 22, –, ZW: 76, DW: 208, 4. R.: 1. Czerny (P. Ording), 2. Weggefährte, 3. Cellina, Toto: 124/20, 20, 17, ZW: 1564, DW: 5948, 5. R.: 1. Oriano (E. Schindler), 2. Fra Diavolo, 3. Aarking, Toto: 40/15, 13, 34, ZW: 84, DW: 1828, 6. R.: 1. Kronenliebe (D. McCann), 2. Adelsruf, 3. Jalta, Toto: 40/19, 30, 62, ZW: 444, DW: 5168, 7. R.: 1. Anjoult (P. Schiergen), 2. Big Jim, 3. Oscentia, Toto: 116/17, 14, 12, ZW: 752, DW: 3264, 8. R.: 1. Chortänzer (P. Remmert), 2. Losiander, 3. El Primero, Toto: 152/19, 19, 12, ZW: 1268, DW: 5424, 9. R.: 1. Kuratus (H.-P. Barthelmes), 2. Schakutinga, 3. Ormelino, Toto: 20/12, 19, 18, ZW: 160, DW: 536.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 2, 6, 7, 35, 40, Zusatzzahl: 37. – **Spiel 77:** 3 0 8 2 8 5 8. – **Rennquintett:** Rennen A: 9, 5, 11. – Rennen B: 31, 25, 35. (Ohne Gewähr).

Scheinattentat auf Johannes Paul II. in Seoul

DW. Seoul

Der viertägige Besuch von Papst Johannes Paul II. hat gestern mit der Heiligsprechung von 103 Märtyrern in Seoul seinen glanzvollen Höhepunkt und Abschluß gefunden. Es war die erste Kanonisierung außerhalb Roms in der neueren Kirchengeschichte. Bei den Heiliggesprochenen handelte es sich um koreanische Katholiken, die im vorigen Jahrhundert bei mehreren Verfolgungswellen ihren Glauben mit dem Leben bezahlten.

Zuvor hatte ein angeblich geistesgestörter 22jähriger Koreaner ein Scheinattentat auf das Oberhaupt der Katholischen Kirche verübt, indem er eine Spielzeugpistole auf den Papst richtete, der sich zu dem Zeitpunkt in seinem gepanzerten Spezialfahrzeug aufhielt. Der Mann wurde von Sicherheitsbeamten überwältigt.

Vor der anschließend stattfindenden Messe mit rund 800 000 Menschen unterhielt sich Johannes Paul II. mit rund 400 katholischen Laien, unter ihnen 45 ehemalige Oppositionspolitiker und Dissidenten. Der Vorsitzende der aufgelösten Demokratischen Partei, Kim Young Sam, bat einem vatikanischen Sprecher zufolge den Papst, für die politisch Verfolgten in Südkorea zu beten.

Schwere Kämpfe im Pandschir-Tal

AP / dpa, Neu-Delhi

Bei einer neuen Welle von Guerrilaüberfällen sind, wie aus hohen Regierungskreisen in Kabul verlautete, in der vergangenen Woche in Afghanistan mindestens 17 Parteifunktionäre getötet worden. Die zunehmenden Überfälle hätten Staatschef Babrak Karmal veranlaßt, allen ranghohen Parteimitgliedern bewaffnete Leibwachen zu stellen. Unter Berufung auf einen Bericht des Innenministeriums sagte der Gewährsmann, in den letzten sechs Monaten seien 304 Parteimitglieder Attentaten zum Opfer gefallen.

Nach seinen Angaben haben sowjetische und afghanische Truppen einen großen Teil des Pandschir-Tales erobert. Die Widerstandskämpfer, die sich seit fünf Jahren in der Schlucht verschanzt und bereits sechs sowjetische Vorsöße zurückgeschlagen haben, wollten die Niederlage nicht hinnehmen und leisteten weiter Widerstand. Die afghanischen Regierungstruppen haben nach eigenen Angaben den Andarab-Paß genommen, der von den Mudschaheddin als Zugang zu dem umkämpften Tal benutzt wird.

China unterstützt Dreier-Gespräche

rtr. Peking

China hat sich für Verhandlungen zwischen Nordkorea, Südkorea und den Vereinigten Staaten mit dem Ziel einer Wiedervereinigung Koreas ausgesprochen. Der chinesische Parteichef Hu Yaobang sagte während seines Nordkoreabesuchs, einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge, die Idee eines Staatenbundes sei vernünftig und realistisch. Damit könnten die Spannungen auf der Halbinsel abgebaut und die Wiedervereinigung erreicht werden.

Hu, der am Freitag zu einem einwöchigen Besuch nach Nordkorea gekommen war, traf am Samstag mit Präsident Kim Il Sung zu einem Meinungsaustausch zusammen.

„Mißtrauen gegen die Demokratie“

S. HEYDECK, Königswinter

Die deutsche Demokratie zeigt nach den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung, Professor Klaus Scholder, nach 35 Jahren „gewisse Ermüdungserscheinungen“. Bei der offiziellen Eröffnung der neuen Zentrale der Stiftung in Königswinter wies Scholder auf ein inzwischen sichtbar gewordenes Mißtrauen hin. Dies zeige sich zum Beispiel in den teilweise leidenschaftlichen Debatten der „alternativen Gruppen“ über die direkte Demokratie, das imperative Mandat oder das Rotationssystem für Abgeordnete. Dabei dürfe dieses liberale Thema diesen „nicht einfach“ überlassen werden. Denn die Demokratie verkomme und die Freiheit sterbe, „wenn alle politische Betätigung im öffentlichen Bewußtsein ausschließlich mit Geld, Karrieren und Interessen verbunden“ würden.

Laut Scholder ist dem Liberalismus durch einen modernen Kulturpessimismus ein neuer Gegner entstanden. Dabei könne der Liberalismus als politische Haltung nicht ohne Optimismus leben. Sein Zukukunftswille würde aber erst glaubwürdig, wenn für die bedrängenden Probleme Lösungsvorschläge entwickelt würden. So dürfe sich in der Nachrüstungsfrage der deutsche Liberalismus nicht im „bloßen Warten“ auf die Rückkehr Moskaus an den Verhandlungstisch erschöpfen. Auch beim Umweltschutz dürfe es keine Beschränkung auf eine „Abwehrpolitik“ geben, die sich auf die Gefahrenminderung beschränke.

FDP weiter unsicher über Personalpolitik

Genschers Wiederwahl scheint sicher, aber Kritik wächst

STEFAN HEYDECK, Bonn

Innerhalb der Führung der Freien Demokraten herrschen nach wie vor Unruhe und Unsicherheit über die Zusammensetzung der FDP-Spitze, die in gut einem Monat auf dem Parteitag in Münster turnusgemäß neu gewählt werden muß. Das zeigte sich erneut auf der letzten Sitzung des 35köpfigen Parteivorstands in Königswinter bei Bonn. Bei den Beratungen galt zwar als sicher, daß Hans-Dietrich Genscher, der jetzt zehn Jahre an der Spitze der Liberalen steht, mit deutlicher Mehrheit von den 400 Delegierten als Vorsitzender bestätigt wird. Dagegen scheint immer noch ungewiß, ob Karl-Friedrich Brodeßer, den Genscher zum Nachfolger von Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer machen will, auf dem Münsteraner Kongreß die erforderliche Stimmenzahl erhält.

Genschers Konzept für die künftige Zusammensetzung des elf Mitglieder zählenden FDP-Präsidiums war auf einer Vorstandsklausur am 29. Januar zunächst ohne Widerspruch akzeptiert worden. Kurz darauf begann jedoch eine parteiinterne Kritik. Sie richtete sich einerseits gegen Genschers Führungsstil und andererseits gegen die nach der Satzung allein dem Parteichef zustehende Nominierung von Brodeßer. Denn bemängelt wurde, daß der ehemalige Staatssekretär im NRW-Innenministerium in weiten Teilen der FDP praktisch unbekannt sei.

Vor diesem Hintergrund hatte Genscher auch mit Blick auf den Parteitag auf der jüngsten Vorstandssitzung noch einmal das gesamte Personalkonzept zur Diskussion gestellt. Denn, so meinte ein Teilnehmer, der Kongreß Anfang Juni in Münster müsse „insgesamt ein Erfolg“ werden. Es gehe nicht, daß die CDU in dieser Woche in Stuttgart einen „Jubelparteitag“ um ihren Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, veranstaltet, die SPD eine Woche später in Essen erneut massiv Front gegen die FDP als ehemaligen Koalitionspartner macht, und die Freien Demokraten, noch dazu kurz vor der Europawahl, über sich selbst zu Gericht sitzen würde. Deshalb wurde gewarnt, „eine Art Stellvertreterkrieg“ um den Generalsekretärsposten zu führen.

Nach WELT-Informationen wurden für diesen Posten zwar unter anderen der bayerische FDP-Chef Manfred Brunner, der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt und der niedersächsische Fraktionschef Walter Hirche genannt. Darüber hinaus war der stellvertretende baden-württembergische Vorsitzende, der Bundestagsabgeordnete Helmut Haussmann, ins Gespräch gebracht worden. Die Jungen Liberalen schließlich setzten auf den ehemaligen Genscher-Sprecher Josef Gerwald. Außerdem gab es in der Führung Überlegungen, ob Irmgard Adam-Schwaetzer statt des für sie vorgesehenen Amts des Schatzmeisters für den nicht mehr kandidierenden Richard Wurbs dem Präsidium künftig als eine von drei Beisitzern angehören sollte.

Mehr Klarheit wird jetzt von einer gemeinsamen Sondersitzung von Vorstand und Bundestagsfraktion erwartet. Genscher will dort voraussichtlich am 23. Mai, eine Woche vor dem Parteitag, Brodeßer vorstellen. Möglicherweise wird sich der Kandidat aber auch schon vorher bei den Landesvorständen präsentieren. Eine Rundreise, so meinten unter anderem Baum und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, solle Brodeßer allerdings nur auf deren Wunsch hin vorher unternehmen.

Europarat feiert Geburtstag

Diskussion mit Schülern / Direkte Demokratie – zumindest im Stil

ULRICH LÜKE, Straßburg

Fünfunddreißig Jahre wurde der Europarat am Samstag alt. Doch eine Geburtstagsfeier wurde es nicht. 600 Schüler und Studenten aus 15 Ländern sagten den europäischen Parlamentariern in Straßburg ihre Meinung. Direkte Demokratie. Zumindest im Stil.

„Also irgendwie habe ich den Eindruck, daß das Ganze hier ein maßloser Bluff ist. Eigentlich sollten jetzt alle, die das genauso sehen, aufstehen und abreisen“. Donnernden Beifall erntete der junge Österreicher, der am Samstagvormittag im Straßburger Palais de l'Europe diese Parole ausgab. Gastgeber Karl Ahrens, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und deutscher Sozialdemokrat, ist perplex. Für kurze Zeit verschlägt es ihm die Sprache. Die gezielte Provokation hat gesessen.

Doch dabei bleibt es: Keiner der 600 Schüler und Studenten, die eingeladen waren, anläßlich des Europarats-Geburtstags zwei Tage lang über die Demokratie und Europa zu diskutieren, verläßt den Plenarsaal. Der junge Österreicher erklärt später, ihm tue der Satz leid, aber spontan habe er eben so empfunden. Karl Ahrens schüttelt noch Stunden später den Kopf: „Was ist das für ein Konzept von Demokratie, herauszugehen, wenn einem etwas nicht gefällt?“

Matthias und Kerstin, Schüler des Kehler Einstein-Gymnasiums, empfinden ein wenig wie der junge Österreicher. Sie sagen es nur – etwas – höflicher. Matthias: „Hier gibt es vor allem salbungsvolle Reden der Politiker. Spätestens nach fünf Minuten schläft ein Schüler da ein“. Kerstin: „Ich bin enttäuscht. Es ist eine Sauerei, wie manche Themen hier abgetan werden.“ Beide sagen aber auch, daß sie die Idee der Veranstaltung gut finden. Keine Streicher und Bläser zum Jubiläum, sondern eine harte Debatte. Über sechs Stunden haben die Jugendlichen Zeit, mit Politikern und Journalisten im Straßburger Plenumsrund zu diskutieren, ein Plenumsrund, das selten so lange und so gut besetzt war wie in diesen zwei Tagen. Doch was nach Vielzahl klingt, ist in Wahrheit schrecklich wenig. 600 Jugendliche über sechs Stunden – das machte für jeden gerade 40 Sekunden Redezeit, wenn kein Politiker ein Wort sagte. Doch die nutzten ihr Rederecht weidlich aus – zum Ärger der Jugendlichen. Wenn das, was sie über Europa, über Demokratie oder Arbeitslosigkeit sagen, in den Ohren der Schüler nicht wie „leere hohle Phrasen“ (Kerstin) klänge, dann wären sie vielleicht bereit, die langatmigen Beiträge zu akzeptieren. Karl Ahrens verteidigt sich nachher: „Wie soll ich in einem Satz antworten, wenn man mich fragt, was wir gegen die Arbeitslosigkeit tun?“

Und noch etwas stört die Schüler: „Sie sprechen mit viel zuwenig Gefühl“, sagt eine junge Liechtensteinerin. Karl Ahrens: „Dieser Vorwurf ist berechtigt.“

Studienrat Manfred Brunner, Geschichtslehrer von Kerstin und Matthias, versammelt seine Klasse eine Stunde vor Debattenende im Foyer zur Manöverkritik. Seine Bilanz: „Die Schüler argumentieren impulsiv, die Politiker reflektiv. Zwei Ebenen, zwischen denen es kaum Verständigung gibt.“

Europa kommt in den sechs Stunden von Straßburg kaum vor. Jedenfalls nicht das Europa der Institutionen, nicht das Europa des Europarats oder der Europäischen Gemeinschaft. Sie sind für die Mehrzahl so selbstverständlich wie der Friede zwischen den einstigen Feinden in Europa. Die Schüler, gleich welcher Nationalität, wollen wissen, was die Parlamentarier gegen die Arbeitslosigkeit, für die Menschenrechte, für den Tierschutz, für den Frieden tun. Ihnen will nicht in den Kopf, daß die Türkei im Europarat bleiben durfte, obwohl dort die Menschenrechte verletzt werden. Sie verstehen nicht, warum Liechtenstein Mitglied sein darf, ohne daß die Frauen dort das Wahlrecht haben. Ahrens' Antwort, nur so behalte der Europarat Einfluß auf die Entwicklung, kann die Schüler nicht überzeugen. Sie fordern Taten. Am liebsten hier und jetzt, auch wenn Matthias hinterher bemerkt: „Wir sind nicht mit der Illusion hergekommen, daß der Europarat in fünf Minuten die Arbeitslosigkeit abschafft.

Es hapert – durchgängig – am Wissen und wohl auch an der Bereitschaft, selbst etwas zu tun. „Wenn die Politik ehrlicher wäre, wenn die Parteien nicht so festgefügt wären, dann wären wir schon bereit, stärker mitzumachen“, meint eine junge Österreicherin. Und ihre deutsche Kameradin setzt hinzu: „Und wenn wir mehr wüßten.“

Die Iren haben vorher eine Umfrage gemacht. 46 Prozent halten Europarat und EG für identisch, 85 Prozent kennen nicht einen einzigen Namen aus der irischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung. Und 32 Prozent halten die Demokratie nicht für wichtig. Kein Wunder, in irischen Schulen gibt es keine politische Bildung. Ahrens verspricht, dazu schon in der nächsten Woche eine Europaratsinitiative zu starten – und im übrigen die Jugendlichen nicht erst in 35 Jahren wieder einzuladen.

Die Stimmung in Straßburg bleibt bis zuletzt gespalten. „Wie kann man uns noch Desinteresse an der Politik vorwerfen, wenn wir zwei Tage hier solche Parlamentarier erleben müssen?“

Ausreisewelle in den Westen beendet?

dpa/AP, Bonn

Das Kontingent der Ausreisewilligen, denen die „DDR“-Behörden den Wechsel in die Bundesrepublik gestatten wollten, ist offenbar erschöpft. Nach Berechnungen der zuständigen Stellen in Bonn waren bis zum 30. April 25 400 „DDR“-Bürger in den Westen gekommen. Hatten auf dem Höhepunkt der seit Beginn des Jahres beobachteten Übersiedlerwelle täglich zwischen 300 und 500 Mitteldeutsche die Grenze überschritten, so kamen am 1. Mai nur noch 50 bis 70 und am 3. Mai noch 43. Zu der Entwicklung sagte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Eduard Lintner, er glaube nicht, daß nun überhaupt keine Ausreisen mehr genehmigt werden würden.

Im Zusammenhang mit der Umsiedlung sprach „Bild am Sonntag“ in einem Bericht von einer Abkühlung des innerdeutschen Verhältnisses, die auf die Kritik des sowjetischen Außenministers Gromyko an den intensiven Westkontakten der „DDR“ und Ungarns zurückzuführen sei. In einer Stellungnahme erklärte Regierungssprecher Sudhoff, Bonn lägen keine Erkenntnisse darüber vor, daß Ost-Berlin oder Moskau an einer Abkühlung der Beziehungen interessiert seien.

Ehefrau Sacharows verhaftet?

fhn. Moskau

Die Frau des sowjetischen Atomphysikers und Bürgerrechtlers Sacharow, Jelena Bonner, soll verhaftet worden sein. Wie Freunde berichteten, sei sie in der vergangenen Woche nicht von einem Besuch im Verbannungsort ihres Mannes, Gorki, nach Moskau zurückgekehrt. Die Vermutung stützt sich auf einen Tass-Bericht, in dem die Frau des Bürgerrechtlers am Wochenende beschuldigt worden war, gemeinsam mit amerikanischen Diplomaten eine „weitreichende Operation“ vorbereitet zu haben. Diese Provokation sei von den zuständigen sowjetischen Organen vereitelt worden.

Die Koalition bleibt weiter beim Amnestiegesetz

■ Fortsetzung von Seite 1

stürzte Eile, mit der die Abgeordneten mit der Amnestiesache konfrontiert sind, war eine Zumutung für jeden frei gewählten Abgeordneten.“ Ihre Kritik, FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher habe die Fraktion mit der Vorlage unter Druck gesetzt, wurde auch von Teilnehmern der Sitzung ausdrücklich dementiert. Allerdings wurden auf der Konferenz des FDP-Bundesvorstands von etlichen Landesverbänden massive Vorbehalte angemeldet. So wurde die Befürchtung geäußert, daß auf dem Parteitag Anfang Juni in Münster sich die Delegierten gegen das Gesetz wenden könnten. Es wurde die Frage gestellt, wie sich dann die Bundestagsfraktion verhalten müßte. Das als politisch unklug bewertete Verhalten wurde damit begründet, daß es dafür in der Öffentlichkeit auch wegen der Flick-Affäre kein Verständnis gebe.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wandte sich in Kiel massiv gegen das Koalitionsvorhaben. Die Bundesregierung habe zwar Gerechtigkeit versprochen, „produziert aber am laufenden Band Ungerechtigkeiten“. An die Adresse von Bundeskanzler Helmut Kohl gerichtet, fragte Brandt, ob das Amnestiegesetz die „moralische Erneuerung“ sei. SPD-Sprecher Wolfgang Clement bekräftigte, daß die Sozialdemokraten „dem geplanten Coup der Kohl-Genscher-Koalition mit allen politischen Mitteln entgegentreten“ würden. Jetzt solle der „Wende-Preis“ an diejenigen nachentrichtet werden, die dem neuen Bonner Bündnis „in den Sattel geholfen“ hätten.

Nachdem die Ermittlungsbehörden eine große Zahl von Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet haben, spüren die Parteien einen deutlichen Rückgang von Spenden. So erhält die FDP in Nordrhein-Westfalen, die monatlich rund 120 000 Mark Kosten hat, zur Zeit praktisch nur 30 000 Mark an Mitgliedsbeiträgen.

Schule soll sich neuer Technologie stärker öffnen

DW. Schwerte

Die Schule muß nach Auffassung des westfälischen CDU-Vorsitzenden Prof. Kurt Biedenkopf die nachwachsende Generation „nicht nur fürs Leben, sondern für das Leben im elektronischen Zeitalter vorbereiten“. Auf einem bildungspolitischen Kongreß des von ihm geführten zweitstärksten CDU-Landesverbandes forderte Biedenkopf in Schwerte, „alte Schlachtfelder der Schulorganisation und der ideologischen Konfrontation zu räumen“. Im Zeitalter der Elektronik und neuen Technologien müsse der Bildungsauftrag der Schule „erweitert und damit auch neu bestimmt werden“. Der CDU-Politiker sagte voraus, die modernen Technologien, vor allem der elektronischen Datenverarbeitung und Kommunikation, würden nicht nur Produktion und Verwaltung „revolutionär verändern“. Die sprunghafte Ausweitung dieser Techniken werde „auch nachhaltige kulturelle und geisteswissenschaftliche Folgen“ haben.

Arbeitskampf rückt in greifbare Nähe

● Fortsetzung von Seite 1

gestimmt hätten, dann seien dies nur rund 40 Prozent der Beschäftigten.

Nach Ansicht von Blüm sind die Kompromißmöglichkeiten in dem Tarifkonflikt noch nicht ausgelotet. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten sich noch einmal zu Verhandlungen an einen Tisch setzen. Es sei besser, drei Tage zu lang zu verhandeln, als eine Stunde zu früh zu streiken, sagte Blüm am Samstag in Worms. Der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf sieht (in der „Welt am Sonntag“) trotz der Urabstimmungen noch Aussichten für eine Verständigung. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, erklärte, es sei nicht einzusehen, warum ein Weg aus der tarifpolitischen Sackgasse erst nach wochenlangem Streik und Aussperrung und nicht schon vorher gefunden werden könne.

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) meinte am Samstag auf einer CDU-Veranstaltung in Aachen, es sollte auch jetzt noch gelingen, eine Lösung der Vernunft zu finden. Die Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich lehnte der Kanzler aber nach wie vor ab. Sie müsse in der derzeitigen konjunkturellen Situation des beginnenden Aufschwungs schlimme Auswirkungen haben.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte am Samstag auf einer Veranstaltung seiner Partei in Hannover, ein Kompromiß zwischen den Tarifparteien sei vorzuziehen. Absicht der Bundesregierung sei es jedoch, die Gewerkschaften als Sündenbock für einen gewerkschaftlichen Rücktritt aufzubauen. Die Grünen haben die Entscheidung der IG-Metall-Mitglieder in Nordwürttemberg/Nordbaden für einen Streik begrüßt.

Die Gewerkschaften seien bereit, den Kampf aufzunehmen, auch wenn er mit Opfern verbunden sei.

Galinski warnt vor Lippenbekenntnissen

hrk. Berlin

Kritische Bemerkungen über die Politik der Bundesregierung gegenüber Israel hat der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, geäußert. Anläßlich einer Feierstunde zum 36. Jahrestag der Staatsgründung Israels sagte er: „Das Bekenntnis zu Israel darf nicht zur Scheinsolidarität, zum Lippenbekenntnis schrumpfen, sondern muß sich deutlicher als bisher in der außenpolitischen Realität der Bundesrepublik niederschlagen.“ Galinski betonte, es sei für Juden „unerträglich, wenn eine deutsche Regierung Waffen an arabische Staaten verkauft, die wiederum jüdisches Leben bedrohen“.

Fanatisierte Kinder sollen die Mullahs an der Macht halten



Die Kindersoldaten Khomeinis FOTO: ALFRED/STUDIO X

Von HARALD VOCKE

Jeder Iraner kennt die Szenen vom Tode Husseins. Alljährlich erinnern am zehnten Tag des Monats Mukharram Passionsspiele der schiitischen Moslems daran. Als Sohn von Ali, dem Schwiegersohn des Propheten und Fatima, einer Tochter Mohammeds, wird Hussein von frommen Moslems noch heute verehrt.

Bei Kerbela am Rande der Wüste, in Sichtweite des Euphrats, hatten Truppen des Kalifen Jazid den Prophetenenkel umstellt. Bis nach Kerbela waren Hussein, dem Haupt der „Gegenpartei“ (Schia) gegen den Kalifen, nur 72 Getreue gefolgt. Mit grausamem Realismus beschreiben arabische Historiker den qualvollen Tod der vom Durst gepeinigten Anhänger Husseins.

Der Pfeil eines Bogenschützen traf einen seiner kleinen Söhne, bald darauf ein weiterer Schuß einen anderen Sohn, der Qasim hieß. Hussein trug selbst die Leiche des zweiten Kindes in sein Zelt, das hinter den Kämpfenden stand. Kurz bevor ihn im letzten Gefecht ein Soldat mit einer Lanze durchbohrte, lief aus dem Zelt ein weiteres Kind auf ihn zu und schrie, es wollte mit dem Vater gemeinsam sterben. Ein Schwertstreich hieb dem Kind die Hand ab, Hussein preßte es an sich und rief: „Bald werde ich mit Dir bei dem Apostel Gottes sein.“

Für einen gläubigen schiitischen Moslem versteht es sich seither von selbst, daß es auch für Kinder verdienstvoll sein müsse, im Kampf für die Sache des Islam zu fallen. Die Diktatur der Mullahs mißbraucht die Gläubigkeit des iranischen Volkes. Sie wirbt für den Krieg gegen Irak schon Schulkinder an. Mit Entsetzen berichten iranische Eltern, die kritische Distanz gegenüber der Diktatur Khomeinis bewahren, von der Fanatisierung der Jugend.

„Mama, ich will an die Front, um als Märtyrer für den Islam zu sterben. Dann komme ich gleich ins Paradies“, sagt schon mancher Zehnjährige jeden Abend der Mutter vor dem Einschlafen. Berichte westlicher Korrespondenten über persische Kindersoldaten, die schon zu Hunderten im Golfkrieg gefallen seien, werden von verläßlichen iranischen Quellen bestätigt.

Auch für den letzten Imam in Jemen haben Kinder gekämpft. Im Abwehrkampf gegen ein ägyptisches Expeditionskorps waren 1962 bis 1969 im nordjemenitischen Bergland Mitglieder der Familie des Imams Mohammed al Badr die Heerführer der aus Bergbauern gebildeten Stammesarmeen. Wichtige Frontabschnitte, ja ganze Provinzen waren jugendlichen Prinzen unterstellt, von denen die jüngsten erst 14–16 Jahre alt waren. In der Zeit des Imamats war es nicht ungewöhnlich, daß schon ein vierzehn Jahre alte junger Mann heiratete. Durch ihren Mut und durch die Autorität, die sie bei den Bauern des Hochlands besaßen, haben die Kinderprinzen des Hauses Hamidudin auch westliche Kriegsberichterstatter beeindruckt. Vierzehnjährige, ja schon zwölfjährige Kinder lebten und kämpften in den Heerhaufen der Stammesarmeen.

Zu offenen Gefechten mit modernen Waffen kam es bei den Guerrilla-Operationen gegen die ägyptischen Truppen im jemenitischen Bergland freilich nur selten. Die Streitmacht des Imams stand noch ganz in der Tradition der alten Reiche des Orients. In den Feldlagern nahmen neben den islamischen Schriftgelehrten auch Dichter einen Ehrenplatz ein, die mit Spott- und Haßgedichten den Gegner angriffen. In den Feldlagern herrschte eine reine Männergesellschaft. Der Dienst von Frauen wäre auch in den Feldküchen undenkbar gewesen. Doch ganze Scharen von kleinen Jungen gehörten in den Lagern zum alltäglichen Bild.

In Israel leisten Frauen Wehrdienst, doch sie sollen nicht selber kämpfen. Im Untergrundkampf vor der Staatsgründung nahmen Frauen gelgentlich auch an militärischen Operationen teil, nicht jedoch Kinder. Für die Irgun-Untergrundkämpfer klebten Jungen nachts auf den Straßen Plakate, die zum Widerstand gegen die britische Kolonialmacht aufriefen. Doch trugen sie keine Waffen. Auf arabischer Seite hingegen haben auch in Palästina Kinder gekämpft.

Die gleiche Kluft, die in dieser Hinsicht Israel von seinen arabischen Nachbarn trennt, scheidet im libanesischen Krieg Christen und Moslems. In den Lagern der Palästinenser haben westliche Fernsehreporter oft Frauen beim Nahkampftraining gefilmt. Doch während des jetzt schon neunjährigen libanesischen Krieges haben die Christen an der Front nie kämpfende palästinensische Frauen gesehen. Die Kampfszenen in den Lagern waren nur zur Propaganda bestimmt. Unter den libanesischen Christen zeichneten sich an den Fronten in Beirut in den Stunden höchster Gefahr auch Frauen durch ungewöhnliche Tapferkeit aus. Kinder hingegen durften in den Milizen der Christen nicht kämpfen.

Daß Kinder Waffen tragen, ist ein altes Übel asiatischer Kriege. Doch im heutigen Iran wird die Jugend mit den modernsten Propagandamethoden des Zeitalters der Elektronik fanatisiert. Damit sich die iranischen Mullahs noch etwas länger an der ihnen langsam entgleitenden Macht halten können, müssen in den Schützengräben und Minenfeldern des Golfkriegs Kinder sterben. Wie lange noch?

„Krieg bis zum vollständigen Sieg“

DW. Bagdad

Der iranische Präsident Ali Khamenei hat betont, sein Land werde den Krieg gegen den Irak bis zum „vollständigen Sieg“ fortsetzen. „Wir wollen kein Land angreifen, aber wir werden auch keine Aggression dulden“, erklärte Khamenei nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur Irna vor zehntausenden von Menschen am sogenannten Pasdaran-Tag (dem Geburtstag des Imams Hussein) in Teheran.

Die Propagandisten in Ost und West behaupteten, die Islamische Republik Iran schicke Kinder an die Front. Dies entspreche nicht der Wahrheit. „Wir haben so viele junge und begeisterte Kämpfer, daß wir keine Kinder dazu brauchen“, meinte Khamenei, der auch Chef des Obersten Iranischen Verteidigungsrates ist.

Sowohl Teheran als auch Bagdad meldeten am Sonnabend in Militärkommuniques erneut heftige Kämpfe an verschiedenen Frontabschnitten, wobei der jeweilige Gegner diesen Verlautbarungen zufolge erhebliche Verluste an Menschen und Material hinnehmen mußte.

Behauptung der IG Druck untersagt

DW. Hamburg

Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat sich auf Aufforderung des Axel Springer Verlages in rechtlich verbindlicher Form verpflichtet, im Rahmen der Auseinandersetzung um die „Weißen Flecken“ in der Ausgabe der Bild-Zeitung vom 28. 4. 1984 folgende Behauptungen zu unterlassen:

1. In der Abteilung Montage sei nicht die Forderung erhoben worden, die betreffende Meldung nicht zu veröffentlichen.

2. Die Chefredaktion der Bild-Zeitung sei durch die Arbeitsniederlegung in Hannover veranlaßt worden, die „eingeplante“ Lücke wieder zu füllen, allerdings mit anderem Text.

Da die IG Druck und Papier die Aufstellung von zwei weiteren Behauptungen trotz Aufforderung nicht unterlassen wollte, setzte der Axel Springer Verlag beim Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen die IG Druck und Papier durch, wonach dieser verboten wurden zu behaupten:

Die Chefredaktion der Bild-Zeitung habe als gezielte Provokation geplant, die Ausgabe der Bild-Zeitung vom 28. April 1984 mit zwei weißen Flecken erscheinen zu lassen, die Chefredaktion habe damit vortäuschen wollen; technisches Personal habe in den redaktionellen Inhalt einzugreifen versucht. Die bundesweite Herausnahme des Artikels auf Anweisung der Chefredaktion der Bild-Zeitung mit dem Ziel, die Ausgabe der Bild-Zeitung vom 28. April 1984 mit weißen Flecken erscheinen zu lassen, sei der bisher dreisteste Versuch, die Öffentlichkeit hinter das Licht zu führen und die Arbeitskampfmaßnahme in der Druck-Industrie ins Zwielicht der Rechtswidrigkeit zu rücken.

Das Landgericht Hamburg setzte den Streitwert mit 200 000 Mark fest. Im Falle der Zuwiderhandlung kann der IG Druck und Papier ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark auferlegt werden.

Klarheit bei Thyssen

J. G. – Das grausame Spiel ist zu Ende. Die Führungskrise und die damit verbundenen Irritationen im laufenden Geschäft eines deutschen Weltkonzerns sind überwunden. Das ist das Resultat der Sondersitzung des Thyssen-Aufsichtsrates vom letzten Samstag. Die Entscheidung, spät aber auch um so nachdrücklicher getroffen, schafft Klarheit gleich für sieben Jahre. So sind die „Absichtserklärungen" des Aufsichtsrates zu interpretieren, seinen neu gewählten Vorsitzenden Vogelsang und den amtierenden Vorstandsvorsitzenden Spethmann nach Ablauf ihrer Amtsperiode ins gleiche Amt zu bestellen.

Das ist, kurz und grob formuliert, ein Sieg Spethmanns über seinen Amtsvorgänger Sohl, der auch im Olymp seines Ehrenvorsitzes das Mitregieren nicht lassen mochte und zumal bei seinem Altersgenossen Kühnen, dem nun in die Resignation entwichenen Aufsichtsratsvorsitzenden, den Mitstreiter gegen den Vorstandsvorsitzenden fand.

Alle Kräfte seien nun auf die Bewältigung der „schwierigen Aufgaben" des aktuellen Konzerngeschäfts zu konzentrieren, sagt der Aufsichtsrat in der Begründung seiner Entschlüsse. Da schwingt ein Vorbehalt mit. Vorstandschef Spethmann muß aus Bewältigung von Stahlkrise und Verlusten des amerikanischen Verarbeitungsbereichs bald bessere Zahlen liefern als den für 220 000 Aktionäre enttäuschenden Verlustabschluß des letzten Geschäftsjahres. Die Chance dafür hat er nicht nur wegen des im laufenden Jahr wohl um 15 Prozent auf gut 32 Milliarden DM steigenden Umsatzes. Auch die Fessel aus Mißtrauen oder auch nur Verzagtheit im eigenen Haus hat er nun vom Hals.

Maulkorb

J. Sch. (Paris) – An sich würde es die derzeitige Wirtschaftslage Frankreichs der Regierung erlauben, zumindestens den Unternehmen gegenüber die Devisenkontrolle aufzuheben, erklärte Wirtschafts- und Finanzminister Delors der verdutzten Nationalversammlung. Aber leider sei das nicht möglich, weil französische Unternehmenschefs und Bankiers sowie bedeutende Politiker im Ausland Schlechtes über Frankreich sagen. Delors verurteilte damit indirekt die vom oppositionellen Senat an den Internationalen Währungsfonds (IWF) gerichtete Anfrage um Auskunft über die wirkliche Höhe der französischen Auslandsschulden. Aber geht der Minister hier nicht etwas zu weit? Und was die Erklärungen französischer Staatsbürger im Ausland betrifft, so widerspricht sein Ansinnen dem Recht auf freie Meinungsäußerung. Durch Maulkörbe allein läßt sich der Franc nicht stabilisieren.

Hartnäckige Subventionen

Von HEINZ HECK

Ein Stichwort droht in der unvermeidlichen Auseinandersetzung um die Steuerreform gänzlich in Vergessenheit zu geraten: der Subventionsabbau im weitesten Sinne. Wer noch die Forderungen prominenter Unionspolitiker aus der Bonner Oppositionszeit im Ohr hat, kann sich nur wundern. Auch so entschiedene Gegner jeder Mehrwertsteuererhöhung (wie der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, CDU), denen das Verdienst gebührt, solche Forderungen in der Regierungszeit der SPD über das Veto im Bundesrat abgeblockt zu haben, scheinen sich an ihre damaligen – stichhaltigen – Argumente nicht mehr zu erinnern.

Müßte es heute nicht ein Kinderspiel sein, so mag sich ein unbefangener Beobachter fragen, daß sich zwei so exemplarische Ordnungspolitiker wie Gerhard Stoltenberg und Otto Graf Lambsdorff auf ein Programm zum Subventionsabbau einigen, das sich gewaschen hat? Bedenkt man noch dazu, daß sich die FDP, wie Lambsdorff rühmend hervorhebt, bereits 1977 „für einen glasklaren marktwirtschaftlichen Kurs entschieden" hat, so könnte dieses Programm zumindest in der FDP-Fraktion schon abgehakt sein, auch wenn es in der Volkspartei CDU/CSU mit ihren unterschiedlichen Flügeln hier und da vielleicht noch Schwierigkeiten gäbe.

Statt dessen kommt das Finanzierungsinstrument Mehrwertsteuererhöhung – gleich, ob halber oder ganzer Punkt – auch in den Koalitionsberatungen nicht aus der Diskussion. Den Abgeordneten der Bonner Koalition ist zu bescheinigen, daß sie die Mehrwertsteuererhöhung ablehnen, auch wenn sie sich nicht so beherzt ans Streichen von Vergünstigungen heranmachen, wie man es bei der oben geschilderten Traumkonstellation erwarten könnte.

Doch der Widerstand von zumindest fünf CDU-geführten Landesregierungen gegen diese „reine" Lösung ist ungebrochen. Da über allem das Damoklesschwert hängt, daß die vier SPD-geführten Länder die Steuerreform 1986 überhaupt noch nicht wollen, ist dieser Widerstand sehr ernst zu nehmen.

Hier geht es auch um einen Streit zwischen der Legislative (in Bonn) und der Exekutive (in den Ländern). Es gilt, die heimlichen Steuererhöhungen wenn schon nicht zu beseitigen, so doch zumindest spürbar zu verringern. Alfred Dregger, Chef der Bonner Unionsfraktion, hat diese Steuererhöhungen treffend mit dem Hinweis charakterisiert, daß das Parlament sie nie beschlossen habe. Daher rührt diese Frage ans Selbstverständnis des Parlaments, das sich seine Funktionen nicht von der Exekutive entwinden lassen sollte.

Denkbar natürlich auch, daß die Länder lediglich nach Teppichhändler-Manier eine Teilkompensation für ihre und die Einnahmeausfälle der Gemeinden vom Bund kassieren wollen, zumal da dieser mit stolzen Bundesbankgewinnen seine eigene Rechnung aufbessern kann (auch wenn Bonn in den nächsten Jahren zusätzliche Haushaltsrisiken, vor allem aus Brüssel, drohen).

Dennoch ist es erstaunlich und zugleich besorgniserregend, daß der Abbau der Subventionen zunehmend aus dem Visier gerät. An wissenschaftlichem Rat fehlt es den Politikern keineswegs. So hat der angesehene Finanzwissenschaftler Professor Fritz Neumark dazu erklärt: „Würden auch nur die wichtigsten Ausnahmen von der Steuerpflicht beseitigt, so würde allein dadurch ein erheblicher Teil der aus der Tarifsenkung resultierenden Mindereinnahmen kompensiert werden. Daß die Landwirtschaft so gut wie überall nicht zu den nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuerten Gruppen gehört, ist bekannt. Das gleiche gilt für die Angehörigen der freien Berufe. In jedem Fall verdient der Weg, mit einer Verbreiterung der Besteuerungsbasis die Voraussetzungen für eine Belastungskorrektur zu schaffen, den Vorzug vor einer Finanzierung solcher Entlastungen bei der Einkommensteuer durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer. Im übrigen ist gerade bei der Mehrwertsteuer zu beobachten gewesen, daß mit zunehmender Höhe des Steuersatzes die Neigung zu Steuerhinterziehungen überproportional wächst."

Neumark macht nicht nur deutlich, daß beide Koalitionspartner ihrer Klientel zu Leibe rücken müßten. Zugleich räumt er mit den Illusionen über eine Umschichtung des Steuersystems (von direkten zu indirekten Steuern) auf, zumindest was die Mehrwertsteuer anlangt.

Den Regierenden bleibt der Härtetest nicht erspart: Mit Ausgabendisziplin und Subventionsabbau müssen sie ihre politische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen, die sie früher der SPD – oft zu Recht – abgesprochen haben.

BAUFINANZIERUNGSKOSTEN / Vom Zinstrend in den USA nicht unabhängig

Vorerst ist kein genereller Anstieg der Hypothekenzinsen in Sicht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die von der Deutschen Pfandbriefanstalt, der größten öffentlich-rechtlichen Hypothekenbank, in der vorigen Woche bekanntgegebene Verteuerung der Baufinanzierung ist kein Signal dafür, daß die Hypothekenzinsen allgemein nach oben in Bewegung geraten. Das ergab eine Umfrage der WELT bei führenden Instituten der Branche. Voraussetzung für stabile Hypothekenzinsen auf dem derzeitigen Niveau ist freilich, daß die Zinsen am Rentenmarkt nicht weiter anziehen.

Mit Prognosen zur allgemeinen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt sind die Bankiers jedoch vorsichtig, weil nur schwer abzuschätzen ist, ob und wie stark die Zinsen in den USA steigen werden und inwieweit der US-Zinstrend auch die Zinstendenz in der Bundesrepublik beeinflußt. In den beiden letzten Monaten erwies sich der deutsche Kapitalmarkt als bemerkenswert resistent gegen die Zinseskalation in den USA, wo die Kapitalmarktzinsen um rund ⅞ Prozentpunkte auf knapp unter 13 Prozent und die Geldmarktzinsen um einen vollen Prozentpunkt geklettert sind; in der Bundesrepublik dagegen stiegen die Renditen am Kapitalmarkt im fünfjährigen Laufzeitenbereich nur um einen Viertelprozentpunkt und bei zehnjährigen Laufzeiten sogar lediglich um ⅛ Prozentpunkt. Die Ausweitung der Zinsvorsprünge der USA wurde durch den kräftigen Anstieg des Dollarkurses „aufgefangen".

Für die weitere Entwicklung der deutschen Kapitalmarktzinsen, an denen sich die Baufinanzierungskosten orientieren, spielt auch eine Rolle, ob die Bundesbank die Vergrößerung der Zinsdifferenz zwischen Dollar und D-Mark und den Anstieg des Dollarkurses weiterhin gelassen hinnimmt. Eine Leitzinserhöhung würde, so meint man im Kreditgewerbe, mit Sicherheit auch die Kapitalmarktzinsen steigen lassen und damit die Baufinanzierung verteuern. Nicht zuletzt entscheidet der Ausgang des Tarifkonflikts über den weiteren Weg auch der Hypothekenzinsen. Käme es zu einer volkswirtschaftlich vertretbaren Lösung, könnte nach Auffassung vieler Experten die D-Mark ebenso wie deutsche Rentenwerte an Attraktivität gewinnen, so daß sogar eine Zinssenkung am Kapitalmarkt denkbar wäre.

Dieser Datenkranz wird in den nächsten Wochen die Zinspolitik der in der Baufinanzierung tätigen Institute bestimmen, die ihre Zinskonditionen während der letzten Wochen überwiegend stabil gehalten haben. Die Verteuerung der Refinanzierungskosten um ⅛ bis ¼ Prozent seit Anfang März wurde meist schon im März zum Anlaß genommen, die Hypothekenzinsen etwas zu erhöhen. Die Deutsche Pfandbriefanstalt begründete ihre jetzt vorgenommene Zinserhöhung durch Senkung der Auszahlungskurse mit einer späten Anpassung an die Marktverhältnisse.

Zur Zeit bewegen sich die Auszahlungskurse für Hypotheken mit 7,5 Prozent Nominalzins bei fünfjähriger Zinsfestschreibung zwischen 94½ und 98 Prozent und bei achtprozentigem Nominalzins zwischen 96½ und 98¼ Prozent. Bei zehnjähriger Zinsfestschreibung liegen die Auszahlungskurse 7,5prozentiger Hypotheken zwischen 90½ und 92¼ Prozent und für achtprozentige Darlehen zwischen 94 und 95¾ Prozent. Für zinsvariable Sparkassenhypotheken mit 7,5 Prozent Nominalzins liegen die Auszahlungskurse in der Nähe der Marke von 98 Prozent.

Nicht selten werden auch Hypotheken zu günstiger erscheinenden Konditionen angeboten; doch dabei fallen oft „verdeckte" Kosten an, zum Beispiel Abschlußgebühren für eine Lebensversicherung oder andere Gebühren. Als Bauernfängerei entpuppen sich häufig die zu ganz besonders niedrigen Zinsen angebotenen „Sonderkontingente". Zur Vorsicht wird auch geraten, wenn Bauträger Finanzierungen zu Vorzugskonditionen anbieten. Die angeblichen Finanzierungsvorteile zahlt der Bauherr in der Regel aus seiner eigenen Tasche über einen höheren Preis für das Objekt, so warnen Finanzierungsfachleute aus dem Realkreditgewerbe.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Graf Lambsdorff kritisiert CDU- und SPD-Programme

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) reklamiert für seine Partei, sich bereits 1977 „mit den Kieler Thesen für einen glasklaren marktwirtschaftlichen Kurs entschieden" zu haben. Zugleich übt er mit Blick auf die bevorstehenden Parteitage von CDU und SPD in der Mai-Ausgabe der „neuen Bonner Depesche" Kritik an deren Wirtschafftsprogrammen.

Dem unter Leitung von Herbert Ehrenberg formulierten Programm bescheinigt er, die SPD wolle „auf den Markenartikel 'Marktwirtschaft' nicht ganz verzichten". Dennoch könne mit der SPD die Rückkehr zu mehr Markt und mehr Freiheit in unserer Wirtschaftsordnung nicht erreicht werden.

Dies gelte um so mehr, als die jetzt beginnende Diskussion innerhalb der SPD zeige, „daß sozialistische Vorstellungen wie Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (so die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD und die Jusos) wieder auf dem Vormarsch sind". Konservativer und weniger liberal könne man 1984 Wirtschaftspolitik kaum formulieren. Das Zutrauen der SPD in die arbeitsplatzschaffende Wirkung staatlicher Wirtschaftspolitik sei „seit der Bonner Wende eher noch gewachsen. Die Fehler der Vergangenheit werden nicht durch tätige Reue ausgemerzt. Vielmehr will sich die SPD immer tiefer in den Teufelskreis von staatlichen Interventionen und höherer Verschuldung begeben". Jedenfalls sei der Katalog von Maßnahmen, die dem Staat eine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik zumessen, noch erweitert worden, obwohl es in der gegenwärtigen Lage „eher einer Eindämmung der Staatstätigkeit bedarf".

Aber auch der Bonner Koalitionspartner CDU kommt mit seinem von Heiner Geißler vorgelegten Programm-Entwurf („Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation") nicht ungeschoren davon. Der CDU-Leitantrag weist sich, so Lambsdorff, „schon im Titel als flauschiges, nach allen Seiten hin orientiertes Papier aus".

Zwar würden schon in der Präambel die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft ausdrücklich anerkannt und als Leitmaxime künftiger CDU-Politik festgeschrieben. Lambsdorff kritisiert jedoch, daß dieser „begrüßenswerte 'Nachweis' marktwirtschaftlicher Denkweise" in Einzelfragen allzu oft nicht mehr erkennbar sei.

Der politische Maßnahmen-Katalog im CDU-Papier erfasse zwar alle Felder der Diskussion und biete populäre Thesen an, enthalte jedoch wenig konkrete Festlegungen „und schon gar keine Prioritätensetzungen im Einzelnen". Immerhin tröstlich für den liberalen Wirtschaftsminister, daß alle vorgeschlagenen Maßnahmen, die die öffentlichen Haushalte berühren, unter dem Finanzierungsvorbehalt stehen.

AUF EIN WORT



„Die deutsche Chemie könnte durch gezielte Marketingführung ihre erheblichen Ressourcen noch wesentlich besser nutzen und ihre Position auf den Weltmärkten verbessern – es sei denn, man glaubt, im Marketing schon perfekt zu sein."

Dr. Eberhard Meyer-Galow, Vorstandsmitglied der Th. Goldschmidt AG, Essen. FOTO: DIE WELT

Shultz warnt vor Handelskonflikten

AP, Washington

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat vor Handelskonflikten im Zusammenhang mit Fragen der juristischen Zuständigkeit gewarnt, die die Zusammenarbeit zwischen westlichen Industrienationen zu gefährden drohten. In einer Rede vor der Anwaltskammer von South Carolina sagte Shultz, die US-Regierung beharre auf ihrem Recht, ihre Jurisdiktion über im Ausland tätige US-Firmen und deren geschäftliche Transaktionen „in bestimmten Situationen" geltend zu machen. Man werde von diesem Recht jedoch mit Umsicht und Zurückhaltung Gebrauch machen. Als Beispeil eines größeren Streits nannte Schultz die Auseinandersetzungen, die sich ergaben, als die US-Regierung versuchte, Sanktionen und Kontrollen über die europäischen Tochterfirmen amerikanischer Gesellschaften zu verhängen.

STEUERREFORM

Die Finanzierungsfrage wird weiter kontrovers diskutiert

HEINZ HECK, Bonn

Nach dem jetzigen Beratungsstand in der Bonner Regierungs-Koalition sieht Finanzminister Stoltenberg in der unverändert kontroversen Finanzierungsfrage drei Lösungsmöglichkeiten für eine Steuerreform im Jahre 1986:

1. Eine Mehrwertsteuererhöhung um einen Punkt (Regelsatz) auf 15 Prozent mit Mehreinnahmen für Bund und Länder 1986 von etwa 9,2 Milliarden Mark.

2. Eine Mehrwertsteuererhöhung um einen halben Punkt, was zusätzlichen Einnahmen von etwa 4,6 Milliarden Mark entspräche und Ausgleichsmaßnahmen durch Subventionsabbau, die allerdings beim Koalitionsgespräch am Donnerstag überwiegend noch umstritten waren. Mit diesen beiden Finanzierungsmodellen ließe sich die „große Lösung", also Reformvolumen von 20,6 Milliarden Mark, bestreiten. Bei dem ersten Modell mit einem Punkt Mehrwertsteuer sieht Stoltenberg sogar die Chance einer stärkeren Tarifentlastung.

3. Bei der „kleinen Lösung" mit einem Entlastungsvolumen im Jahre 1986 von nur 13 bis 14 Milliarden Mark könne auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer verzichtet werden, da in diesem Fall lediglich ein Einnahmeausfall von zwei bis drei Milliarden Mark zu kompensieren wäre.

Ungeachtet der deutlich verbesserten Haushaltslage des Bundes in diesem und im kommenden Jahr (gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung) sind die Aussichten gering, der Ländermehrheit im Bundesrat ein Entlastungsvolumen von netto über zehn Milliarden Mark für 1986 abzutrotzen. Da die Zustimmung der Länderkammer in jedem Fall erforderlich ist, kommt die Bundesregierung an den Vorstellungen der Bundesländer zur Steuerreform nicht vorbei.

US-AKTIENMÄRKTE

Neue Zinsprognose beendete freundliche Börsenwoche

DW. New York

Das internationale Börsenklima gestaltete sich in der abgelaufenen Woche insgesamt freundlich. Die Wall Street konnte sich von dem im April erlittenen Zinsschock weiter erholen. Der Dow-Jones-Index für 30 Standardwerte beschloß die Woche mit einem Minus von 3,76 Punkten auf 1165,31. Der umfassende börsenamtliche NYSE-Index gab um 0,19 Punkte auf 91,75 nach. Der tägliche Durchschnittsumsatz belief sich auf 95,57 Millionen Stücke gegenüber 86,04 Millionen in der Vorwoche.

Zu einer deutlichen Kurskorrektur kam es dann aber zum Wochenschluß. Ausgelöst wurden die Verluste auf breiter Front durch eine Zinsprognose Henry Kaufmans. Der Chefvolkswirt von Salomon Brothers erwartet für 1985 einen „spektakulären" Zinsanstieg. Der Dow-Jones-Index fiel im Anschluß an diese Vorhersage kontinuierlich und wies am Ende ein Tages-Minus von 16,22 Punkten auf. Als die Vorhersage von Henry Kaufman im Vormittagshandel bekanntgegeben wurde, war der Markt im Begriff, zu einer Aufwärtsbewegung anzusetzen.

Dabei entwickelt sich die Konjunktur in den USA weiter gut. Die Arbeitslosenrate hat im April unverändert bei 7,8 Prozent gelegen. Die Zahl der Arbeitsplätze stieg gegenüber dem Vormonat um 260 000 und erreichte den Rekordstand von 104,4 Millionen. Infolge des gleichzeitigen leichten Anstiegs der Zahl der Beschäftigungslosen blieb die Arbeitslosenquote jedoch unverändert. Einem Bericht der renommierten Fachvereinigung der Einkaufsleiter zufolge hat sich die Konjunktur in den USA im April „spektakulär" verbessert. Alle Wirtschaftsindikatoren – vor allem die Auftragseingänge, die Produktionsentwicklung und die Lagerbestände – waren dem Monatsbericht der Vereinigung zufolge im April besser als im Vormonat März.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Minister beraten

Brüssel (dpa/VWD) – Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft kommen heute in Brüssel zusammen, um über finanzielle Hilfen der EG zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturpolitik zu beraten. Die EG-Kommission hat vorgeschlagen, den Bauern zur Modernisierung der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen in den nächsten fünf Jahren 16,8 Mrd. DM zur Verfügung zu stellen.

Weg der Kurse

	4.5.84	27.4.84
Boeing	38,125	38,50
Chrysler	23,375	23,375
Citicorp	34	34,125
Coca-Cola	56,375	54,75
Exxon	42,625	42,75
Ford Motors	35,375	35,75
IBM	112,875	114
PanAm	5,75	5,75
US Steel	29,875	29,375
Woolworth	37,75	31

Keine Erhöhung

Wien (rtr) – Der Marktüberwachungsausschuß der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) hat gestern Beratungen über die Lage am Weltölmarkt aufgenommen. Die vier Ölminister würden aber voraussichtlich keine Änderungen der Preise oder der Fördermengen empfehlen, sagte der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Nana Said al Oteiba, vor dem Treffen.

Diskontsatz gesenkt

Rom (dpa/VWD) – In Italien ist der Diskontsatz von bisher 16 auf 15,50 Prozent herabgesetzt worden. Die Maßnahme wurde mit einem etwas günstigeren Verlauf der Preisentwicklung begründet, obwohl die Inflationsrate immer noch über zehn Prozent liegt.

Siemens in China

München (VWD) – Die Regierung der Volksrepublik China ist an einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Siemens AG auf den Gebieten der Kraftwerks- und Energietechnik, der Kommunikation und Datenverarbeitung sowie in der Medizintechnik interessiert. Das teilte Siemens am Ende eines achttätigen China-Aufenthalts einer Unternehmensdelegation unter Leitung von Vorstandschef Karlheinz Kaske mit. Siemens will seine ständige Repräsentanz in Peking ausbauen. 1982/83 hat Siemens für 50 Mill. DM Fernschreiber und verschiedene andere Geräte an die Volksrepublik geliefert. Der Auftragseingang betrug bereits 100 Mill. DM.

„Weiser" scheidet aus

Wiesbaden (VWD) – Das Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Professor Kurt Schmidt (Universität Mainz), hat sein Amt niedergelegt. Das teilte der Vorsitzende der „fünf Weisen", Professor Olaf Sievert, mit. Schmidt habe Bundespräsident Karl Carstens mitgeteilt, daß er nach den zehn Jahren seiner Mitgliedschaft, die zwei vollen Amtsperioden entsprächen, einen Wechsel für geboten halte.

Zahlungssituation besser

Berlin (dpa/VWD) – Die Zahlungssituation der sozialistischen Länder hat sich nach östlicher Darstellung wesentlich gebessert. In einem jetzt in Ost-Berlin nachgedruckten Beitrag aus der sowjetischen Fachpresse wird eingeräumt, daß bei den Ländern der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft (RGW) Anfang der 80er Jahre „gewisse Komplikationen bei Begleichung ihrer Auslandsverbindlichkeiten" auftraten. Heute könne jedoch insgesamt von einer Verminderung dieser Schwierigkeiten gesprochen werden, heißt es. Die Nettoverbindlichkeiten der RGW-Länder gegenüber westlichen Regierungen und Geschäftsbanken seien bis Ende 1983 auf 57 bis 59 Mrd. Dollar zurückgegangen. Als „ernstes Problem" werden in dem Beitrag die Verbindlichkeiten Polens gegenüber dem Westen bezeichnet.

Londoner Kassapreise

	4.5.84	27.4.84
Kupfer(£/t)	1038	1136,5
Blei(£/t)	330,75	335,5
Zink(£/t)	688,25	700,5
Zinn(£/t)	8982,5	8972,5
Gold($/Unze)	376,75	378
Silber(p/Unze)	640,80	648,05
Kakao[1](£/t)	1954,5	1902,5
Kaffee[2](£/t)	2130	2114
Zucker(£/t)	108	113,5
Kautschuk(p/kg)	72	71
Wolle(p/kg)	473	470
Baumwolle[3](cts/lb)	89,45	89,65

[1])Abladung Juli; [2])Abladung Juli; [3])A-Index-Preis Liverpool

JAPAN / 900 000 besuchten deutsche Leistungsschau

„Überwältigender Erfolg“

dpa/VWD, **Tokio**

Die „Deutsche Leistungsschau“ in Tokio, die gestern nach 14tägiger Dauer zu Ende ging, hat mit rund 900 000 Besuchern alle Erwartungen übertroffen. Die bisher größte Industrie- und Technologie-Messe der Bundesrepublik im Ausland war nach den Worten von Organisatoren und Ausstellern ein „überwältigender Erfolg“. Über 500 Firmen hatten seit Ostermontag aus der Taufe gehoben wurde, den Fachbesuchern und dem allgemeinen Publikum von der lasergesteuerten Werkzeugmaschine bis zum Plüschtier die ganze Bandbreite deutscher Produkte vorgeführt.

Etwa 130 Mill. DM kostete die Image-Messe, die sich im Ausstellungsgelände von Harumi auf 25 000 Quadratmetern präsentierte und die die japanischen Medien zu freundlichen Kommentaren veranlaßte, nachdem zeitweise die „deutsche Krankheit“ unter den Schlagworten Arbeitslosigkeit, Konkurse und allgemeiner Niedergang, die Zeitungsspalten beherrscht hatte.

Die deutschen Aussteller gehen von dieser Messe mit dem Gefühl nach Hause, „daß die Japaner sehr gut sind, wir aber auch“, meint der Geschäftsführer des Ausstellungs- und Messe-Ausschusses der deutschen Wirtschaft (Auma), Friedhelm Sartoris. „Unsere Absicht, den Japanern zu zeigen, daß die Deutschen leistungsfähig sind, daß sie Spitzenqualität bieten können und Produkte haben, die man in Japan verkaufen kann, ist voll gelungen.“

Viele Aussteller hätten nach den Gesprächen mit den „sehr gut informierten“ rund 100 000 Fachbesuchern festgestellt, daß sie in der Lage seien, den Japanern für deren spezifische Probleme und Wünsche die passenden Produkte sowie Dienstleistungen liefern zu können. Der Geschäfsführer Auslandsbereich der Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea, Franz Zeithammer, betonte, die deutschen Aussteller hätten einerseits mehr Selbstvertrauen in die eigene Wirtschaftskraft gefunden und andererseits vielfach ein Vertrauensverhältnis zu den Japanern herstellen können.

VW-Verkaufsdirektor Harry Bausch äußerte sich „überrascht über den Zuspruch“ und die relativ guten Abschlüsse, „trotz gewisser Bedenken vor der Ausstellung“. Dieter Brämer, Generalmanager von Siemens in Tokio, erklärte, sein Konzern sei mit dem Verlauf der Messe außerordentlich zufrieden. Nicht nur die Fachbesucher, sondern vor allem auch junge Gäste hätten den ausgestellten Produkten „sehr viel Interesse“ entgegengebracht. Fast alle großen Aussteller waren angetan von der Qualität der Fachbesucher. Nicht nur kleine japanische Firmen seien gekommen, sondern auch Repräsentanten der drei großen japanischen „M“: Marubeni, Mitsui und Mitsubishi, die Bereitschaft gezeigt hätten, deutsche Produkte zu vertreten. Nach Angaben von Thyssen wurden viele neue Geschäftsbeziehungen geknüpft.

Das deutsche Handelsdefizit mit Japan in Höhe von 9,2 Mrd. DM wird nach Meinung von Wirtschaftsfachleuten durch die Leistungsschau „nicht einfach verschwinden“. Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff war sich mit dem japanischen Minister für Internationalen Handel und Industrie (MITI), Hikosaburo Okonogi, einig, daß intensive Nacharbeit der deutschen Wirtschaft notwendig sei.

DAIMLER BENZ AG / Seminar über Herausforderungen und Chancen von morgen

„Abrupte Wende ist nicht möglich“

G. BRÜGGEMANN, **Timmendorf**

„Die wichtigste Gruppe für das Wohlergehen und den Reichtum einer Gesellschaft sind die Führungskräfte. Die Frage ist aber, ob unsere Gesellschaft genug fähige junge Menschen für Führungsaufgaben herausbildet.“ Henning Günther, Pädagogikprofessor an der Universität Köln stellte sie auf einem Seminar, das die Daimler Benz AG in der vergangenen Woche in Timmendorfer Strand veranstaltete. Zu dem Thema „Herausforderungen Heute - Chancen von Morgen“ hatte das Unternehmen eine Reihe von Referenten versammelt, die sich mit historischen, gesellschaftspolitischen, ökonomischen und verkehrswirtschaftlichen Aspekten beschäftigten.

Prof. Günther stellte fest, daß der Generationswechsel auf den Führungspositionen bis heute gelungen sei. Ob solcher Wechsel auch künftig möglich sein werde, mochte er jedoch nicht mit gleicher Sicherheit voraussagen. Zwar änderten sich gegenwärtig die gesellschaftlichen Vorurteile wieder in Richtung auf die Leitwerte von Verantwortung und Eigeninitiative.Man könne aber nicht sagen, daß ein Umschwung schon erreicht sei.

In ähnlicher Weise äußerte sich der Kasseler Professor Ludwig Bress, der über gesellschaftspolitische Folgerungen aus den technologischen Umstrukturierungsprozessen in der Gegenwart sprach. Wir seien gegenwärtig vermutlich Zeugen der endgültigen Abrechnung mit drei großen sozialen Phantasien, daß nämlich 1. die staatliche Organisation der Wirtschaft das allgemeine Glück der Menschheit fördere, daß 2. eine hohe bürokratische Regelungsdichte die Kreativität und Vitalität von Gesellschaften sichere und daß 3. die Selbstbestimmung der Menschen ohne anerzogene Selbstkontrolle zu haben sei. Abrupte Wendemanöver in der Bundesrepublik hält Bress nicht für möglich: „Der Umschwung in der Gesellschaftspolitik kann zunächst nur ein atmosphärischer sein, der signalisiert, daß die Einlösung von Anrechten eine materielle Deckung erfordert, die durch Leistung aufzubringen ist.“

Über das Thema „Chancen der Krise, wirtschaftshistorische Anmerkungen zur Beurteilung der gegenwärtigen Situation“ referierte der Bonner Professor Hans Pohl. Er fand am Ende seines Überblickes „positive Tendenzen“. Die Krise heute böte die Chance zur Beseitigung überholter Strukturen, zur Anpassung an veränderte Standortbedingungen und Energiepreise, zu intensiverem Einsatz von technischem Fortschritt, zum Aufbau rentabler Produktionsanlagen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Mit den automobilnäheren Fragen des Straßengüterverkehrs befaßten sich neben einem hervorragend besetzten Panel die Professoren Walter Hamm und Hellmuth Seidenfuß. Hamm wies in seinem Referat besonders auf die für die Verkehrsnachfrage erhebliche Bedeutung hin, die die ungebrochene Tendenz zu einer weiträumigen internationalen Arbeitsteilung besitzt.

Schon im vergangenen Jahrzehnt sei die Außenhandelsverflechtung der deutschen Wirtschaft beträchtlich gestiegen. Der Anteil der Importe an der Inlandsversorgung erhöhte sich von 16 Prozent 1970 auf rund 28 Prozent 1982. Ein Drittel der Inlandsproduktion werde inzwischen exportiert. Diese Entwicklung werde sich aller Voraussicht nach fortsetzen. Mit anderen Worten: Der grenzüberschreitende Verkehr gehöre zu den Transportmärkten mit den besten Wachstumschancen. Daß die Grenzabfertigung selbst in der Europäischen Gemeinschaft unverändert restriktiv und bürokratisch erfolge, „gehört zu den besonders bedauerlichen und unverständlichen Fehlleistungen politischer Organe.“

GROSSBRITANNIEN / Streik zeigt Wirkung

Stromerzeugung erschwert

WILHELM FURLER, **London**

Die seit Anfang März andauernden heftigen Auseinandersetzungen im britischen Steinkohlebergbau und die damit verbundene, streikbedingte Schließung des größten Teiles der Zechen zeigen jetzt erste negative Auswirkungen auf Teile der britischen Wirtschaft. So mußten zwei große kohlebetriebene Elektrizitätswerke in der Nähe von Oxford und in Süd-Wales ihre Stromerzeugung einstellen, weil die Kohlereserven der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft schwinden. In den meisten anderen E-Werken des Landes, die auf Kohle-Basis arbeiten, ist die Stromerzeugung drastisch eingeschränkt worden.

Das bedeutet, daß etwa im Süden Großbritanniens nahezu die gesamte Stromerzeugung mit dem um rund die Hälfte teureren Öl oder mit Kernenergie aufrechterhalten wird. Die Elektrizitätsgesellschaft versichert allerdings, daß Engpässe in der britischen Stromversorgung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind, weil Kohlekraftwerke in den streikfreien Kohlerevieren – etwa Nottinghamshire – zusätzlich Strom in das nationale Netz einspeisen.

Dagegen verdüstert sich die Lage für die britische Stahlindustrie zusehends. Bereits zwei große Stahlwerke, Ravenscraig in Schottland und Llanwern in Süd-Wales, stehen vor der Schließung, falls die benötigte Lieferung von Kokskohle nicht sichergestellt werden kann. In Ravenscraig ist es daher in den letzten Tagen zu Auseinandersetzungen zwischen militanten Bergleuten und Stahlarbeitern gekommen.

Hier verhindern die schottischen Bergleute inzwischen sogar die ursprünglich zugesagte tägliche Anlieferung von einer Zugladung Kokskohle, die gerade ausreicht, um die Stahlöfen unter permanenter Hitze zu halten. Ein Auskühlen würde sie für immer untauglich machen. Die Stahlarbeiter unterstützen die Anlieferung der Kohle durch Lkw-Konvois, was Hunderte „fliegender“ Bergleute-Streikposten zu verhindern versuchen.

Die Streikaktionen der Bergleute zeigen inzwischen auch negative Auswirkungen auf die eigenen Arbeitsplätze. So sah sich die staatliche Kohlegesellschaft gezwungen, die schottische Zeche Bogside wegen Überflutung für immer zu schließen. Von der Stillegung wegen Wassereinbruchs, Gasentwicklung oder geologischem Druck aufgrund der streikbedingten Einstellung notwendiger Wartungsarbeiten sind nach Auskunft des Coal Board weitere 25 Gruben direkt bedroht.

ELBSCHLOSS-BRAUEREI / Wieder Absatzeinbußen

Von der Tochter profitiert

JAN BRECH, **Hamburg**

Die kleinste der drei Hamburger Brauereien, die Elbschloß-Brauerei AG, hat im Berichtsjahr 1983 zum dritten Mal in Folge Absatzeinbußen hinnehmen müssen. Wie dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, der den freien Aktionären neben dem nackten Zahlenwerk kaum weitere Einblicke in den Gang der Geschäfte gibt, sank der Gesamtausstoß um 4,7 Prozent. Er dürfte mit rund 398 000 hl erstmals wieder unter die 400 000-hl-Grenze zurückgefallen sein. Der Rückgang wird mit bewußtem Verzicht auf ertragsschwaches Geschäft mit Dosenbier und Einwegflaschen begründet. Im höherpreisigen Markt-Segment sei die Entwicklung besser gewesen.

Die Umsätze gingen ebenfalls um drei Prozent auf 67,9 Mill. DM zurück. Der Jahresüberschuß ist mit 0,88 Mill. DM auf die unveränderte Dividende von elf Prozent zugeschnitten. Am Grundkapital von 8 Mill. DM sind die DUB-Schultheiss-Gruppe mit 56 Prozent, die Münchener Rück mit 26 Prozent und freie Aktionäre mit 16 Prozent beteiligt. Im Ergebnis profitierte Elbschloß auch 1983 ganz wesentlich von ihrer 75,8 Prozent Beteiligung an der Einbecker Brauhaus AG, die für das Geschäftsjahr 1983 wieder stolze 20 Prozent Dividende sowie zusätzlich drei Prozent Bonus ausschüttet. Dadurch fließen Elbschloß 1,96 Mill. DM an Beteiligungserträgen zu, ohne die die eigene Dividende vermutlich nicht zu zahlen gewesen wäre. Die Tochter Einbeck ist gemessen am Umsatz und Absatz größer als die Hamburger Mutter.

Die Aussichten für dieses Jahr werden zurückhaltend beurteilt. Zur Absicherung der Ertragslage seien Rationalisierungsmaßnahmen notwendig. Elbschloß beschäftigte 1983 insgesamt noch 347 Mitarbeiter.

Shell erschließt Nordsee-Gasfelder

fu, **London**

Der Ölkonzern Shell hat von der Regierung in London grünes Licht für die Entwicklung zweier Gasfelder im britischen Nordsee-Sektor vor der Küste von Norfolk erhalten. Die Kosten für die Entwicklung der Gasfelder der Nord- und Süd-Sean werden bei 550 Mill. Pfund (knapp 2,1 Mrd. DM) liegen. Beteiligt an den Feldern sind neben dem Projektführer Shell die Konzerne Esso, Britoil und Union Texas Petroleum, alle zu jeweils 25 Prozent.

Nord- und Süd-Sean wurden bereits 1969 entdeckt. Doch erst mit der rapiden Preiserhöhung für neue Gaslieferungen wird die Ausbeutung der Vorkommen rentabel. Beide Felder werden Gas nur zu Spitzen-Verbrauchszeiten im Winter liefern, was doppelt so hohe Entwicklungskosten wie gewöhnlich bedingt. Mit der ersten Lieferung über eine eigene Pipeline wird für Herbst 1986 gerechnet.

RENTENMARKT / Zum Schluß freundlich

Impulse aus dem Ausland

Trotz steigender amerikanischer Zinsen setzte sich eine freundlichere Stimmung durch, so daß die Renditen zurückgingen. Dies ist vor allem einer zunehmenden Auslandsnachfrage zu verdanken, die sich auf DM-Auslandsanleihen konzentrierte, aber auch auf die jüngsten zweijährigen U-Schätze des Bundes mit 6,78 Prozent Rendite, bei deren Zuteilung wegen starker Nachfrage scharf repartiert werden mußte. Offensichtlich hat die Abschwächung des D-Mark-Kurses das Auslandsinteresse für die deutsche Währung belebt. Diese fundamental gerechtfertigte „Abkoppelung“ vom Dollar regte an. (cd)

Emissionen	4.5. 84	27.4. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,41	7,41	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,50	7,47	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,50	7,49	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,75	7,78	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,44	7,45	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,11	7,11	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,08	8,07	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,45	7,45	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,78	7,31	8,08	8,45	10,32

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Sprunghaftes Wachstum

München (dpa/VWD) – Ein weiterhin sprunghaftes Wachstum verzeichnet der Markt für Bürokommunikation und Computertechnik. Nach vorläufigen Schätzungen hat sich das Inlandsangebot 1983 um 21,6 Prozent auf 12,4 Mrd. DM erhöht. Der Importanteil stieg um 16,2 Prozent auf 9,2 Mrd. DM. Von der Inlandsproduktion von über 12 Mrd. DM (plus 17,7 Prozent) gingen Waren im Werte von 9,2 Mrd. DM ins Ausland. Diese Zahlen nannte der Geschäftsführer der Münchner Messe-Gesellschaft, Gerd vom Hövel, in München anläßlich der bevorstehenden 12. Fachausstellung „Büro 84“ (8. bis 11. Mai).

Obag zahlt Bonus

Regensburg (sz.) – Zusätzlich zur unveränderten Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie wird die zum Bayernwerk-Konzern gehörende Energieversorgung Ostbayern AG (Obag), Regensburg, für ihr 75. Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) einen Bonus von 1 DM auf das Grundkapital von 154 Mill. DM aus dem Jahresüberschuß von 19,8 (18,4) Mill. DM ausschütten. Bei einem um 3,7 Prozent auf 7,4 Mrd. kWh gestiegenen Stromabsatz wurde ein Umsatz von 1,33 Mrd. DM (minus 7,6 Prozent) erzielt. Investiert wurden 212 (150) Mill. DM bei Abschreibungen und Anlageabgängen von 142 (126) Mill. DM.

Streit geht weiter

Köln (dpa/VWD) – Die Auseinandersetzung zwischen der Otto Wolff-Gruppe in Köln und der Dortmunder Hoesch AG um die Beteiligung an dem Maschinenbauunternehmen PHB Weserhütte-AG, Köln, geht weiter. Die Otto Wolff-Gruppe hat erklärt, daß sie keine Grundlage für Verhandlungen über eine unternehmerische Zusammenarbeit mit Hoesch bei PHB sehe. Das Kölner Unternehmen wird den in Luxemburg anhängigen Rechtsstreit fortsetzen, der darauf abzielt, die Aktientransaktion zwischen der Arbed-Gruppe und Hoesch rückgängig zu machen.

Herrenmode startet früher

Düsseldorf (Py.) – Die Internationale Herren-Mode-Woche und die Internationale Jeans-Messe Köln werden ab 1985 früher starten als bisher. Auf Beschluß des Messe-Fachbeirats sind die beiden Veranstaltungen des Jahres 1985 auf 15. bis 17. Februar, bzw. auf 16. bis 18. August terminiert. Unter dem Namen „Jobtex“ – Internationale Fachausstellung für Berufsbekleidung, Uniformen und Trachten soll vom kommenden April an alle zwei Jahre eine neue Fachmesse stattfinden.

IRI / Nach langer Verlustphase wieder Gewinn in Sicht – Personalabbau bei Stahl

Problem ist hohe Fremdverschuldung

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die italienische Staatsholding IRI (Istituto per la Ricostruzione Industriale) wird nach langer Verlustphase im Jahre 1986 wieder mit einem konsolidierten Gewinn abschließen. Wie IRI-Präsident Romano Prodi in einem WELT-Gespräch erklärte, wird der Stahlbereich dabei weiter einen „leichten“ Verlust aufweisen, der aber durch die erheblichen Erlössteigerungen in den meisten anderen Bereichen einen Ausgleich finden wird. Im Jahre 1983 belief sich der konsolidierte Konzernverlust der Holding auf 3253 Milliarden Lire. Davon entfielen 2133 Milliarden Lire auf die Verluste der von der Bereichsholding Finsider kontrollierten Stahlunternehmen und 513 Milliarden Lire auf den Maschinen- und Fahrzeugbau. Stärkste Verlustbringer waren in diesem Fall das Elektroanlagebau-Unternehmen Ansaldo und die Automobilgesellschaft Alfa Romeo. Die Schulden beliefen sich am Jahresende auf 37 390 Milliarden Lire.

Die IRI-Gruppe stellt Italiens größtes Unternehmenskonglomerat mit rund einer halben Million Beschäftigten und 1000 kontrollierten Firmen dar. Von diesen Konzerngesellschaften bringt die Hälfte etwa 97 Prozent des Konzernumsatzes.

Größte Probleme der Staatsholding sind die hohe Fremdverschuldung und die Verluste in der Stahlindustrie. Im Stahlbereich hat IRI im Laufe vorigen Jahres mit dem Abbau des Personalbestandes begonnen, der in diesem und im kommenden Jahr weiter fortgesetzt werden soll. Das bis spätestens Ende Mai erwartete Gesetz, das die vorzeitige Pensionierung in der Stahlindustrie ermöglicht, setzt IRI in die Lage, alle Maßnahmen durchzuführen, die zur Sanierung und Umstrukturierung des Stahlbereichs vorgesehen sind.

Für IRI-Präsident Prodi reichen diese Bemühungen trotzdem nicht aus, um eine dauerhafte Sanierung des Stahlbereichs in Italien und in den anderen westeuropäischen Produzentenländern herbeizuführen. „Der Widersinn von Dumpinglieferungen jeder gegen jeden muß aufhören. Wir können schrumpfen und umstrukturieren soviel wir wollen – wenn wir die Preise nicht in den Griff bekommen, werden wir nie zu einer Lösung unserer Ertragsprobleme gelangen.“ Allein mit einem Preisabkommen wird es Romano Prodi zufolge möglich sein, für die Stahlindustrie marktwirtschaftliche Verhältnisse zu sichern bzw. wiederherzustellen.

Parallel mit der Sanierung der Stahlindustrie wird IRI in den nächsten Jahren den Auf- und Ausbau der strategischen und technologisch besonders anspruchsvollen Bereiche weiter vorantreiben, während marginale Konzernbereiche und -betriebe ausgeschieden werden sollen. „Strategisch“ sind für den IRI-Präsidenten die Elektronik und die Nachrichtentechnik, die Stahlindustrie, die Werften, die Luftfahrtindustrie, der Betrieb der Autobahnen und die gesamten Dienstleistungsbereiche (Fernmeldewesen und Kommunikation, Rundfunk und Fernsehen, Banken). Die Automobilindustrie fehlt in dieser Liste.

Noch weiter verbessern will Romano Prodi das Eigen-Fremdmittel-Verhältnis vor allem durch den Gang auf die Aktienmärkte und die Erweiterung der Publikumsanteile an den von der Holding kontrollierten Gesellschaften. Im Falle der Banken ist vorgesehen, die über 51 Prozent hinausgehenden IRI-Anteile abzutreten.

In den High-Technology-Bereichen sucht IRI nicht nur Kapitalgeber, sondern auch Know-how-Spender. Das betrifft vor allem die Elektronik und die Nachrichtentechnik. Dabei soll der Grundsatz eingehalten werden, daß „wir die Führung und die Aktienmehrheit bewahren“. Als Partner zieht IRI die Europäer vor, „wenn sie technologisch auf gleichem Niveau stehen wie die Amerikaner und Japaner“. Interesse besteht in diesem Zusammenhang unter anderem an Siemens, was Bau und Entwicklung der großen Telefonvermittlungszentralen anbelangt. Im Vordergrund aller Kooperationsprojekte steht der wirtschaftliche Nutzen: Ein Grund, wie Prodi gegenüber der WELT erklärte, weshalb beispielsweise sich die IRI-Tochter Aeritalia nicht an dem europäischen Airbus-Programm beteiligte, sondern weiter der Zusammenarbeit mit der US-Firma Boeing den Vorzug gab.

THYSSEN / Aufsichtsrat beendet Führungskrise

Votum für Spethmann

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die seit einem halben Jahr auch publizistisch offenkundig gewordene Führungskrise an der Spitze eines deutschen Weltkonzerns hat der Aufsichtsrat der Thyssen AG, Duisburg, am letzten Samstag auf einer außerordentlichen Sitzung beendet. Was zumal der Sprecher der (auch im Aufsichtsrat vertretenen) Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz auf der dramatischen Thyssen-Hauptversammlung am 30. März („Machen Sie dem Spuk ein Ende!") noch vergeblich vom bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden, dem Kölner Privatbankier Harald Kühnen (Sal. Oppenheim), forderte, erfüllt der Aufsichtsrat nun mit zwei Entscheidungen.

Erstens bekundet er dem Vorstand und seinem Vorsitzenden Dieter Spethmann klar sein Vertrauen und dies mit der „Absichtserklärung", den noch bis zum Ende des Geschäftsjahres 1984/85 (30. 9.) laufenden Anstellungsvertrag Spethmanns um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Zweitens hat der Aufsichtsrat für den nun „auf eigenen Wunsch" ausgeschiedenen Kühnen sein Mitglied Günter Vogelsang zum neuen Vorsitzenden gewählt und die „Absichtserklärung" hinzugefügt, Vogelsang „im Sinne der Kontinuität des Aufsichtsratsvorsitzes" auch für die 1988 beginnende neue Amtszeit des Aufsichtsrates zur Wahl vorzuschlagen. Kühnens Mandat im Aufsichtsrat soll Will Marx, gleichfalls Mitinhaber von Sal. Oppenheim, übernehmen.

Im Nachsatz der „Presseerklärung" zu dieser denkwürdigen Sitzung des Aufsichtsrates klingt versöhnlich der Grund der nun beendeten Führungsquerelen an: Aufsichtsrat und Vorstand „würdigten die großen Verdienste", die sich der Ehrenvorsitzende der Gesellschaft, Hans-Günther Sohl (78), um die Neugründung des Unternehmens (1953) und seine Fortentwicklung erworben habe. Die Reverenz signalisiert das Ende einer Ära, in der Sohl aus seinem Ehrenamt über den Aufsichtsrat noch in das Konzerngeschäft hineinwirkte und Opposition gegen Spethmann betrieb. Die darob ausgebrochene Thyssen-Führungskrise ist zu Ende.

RINGFOTO / „Mit dem Fotohandel allein stehen wir in drei Jahren mit dem Rücken an der Wand"

Zuwachs in erster Linie aus der Elektronik

JOACHIM WEBER, Nürnberg

Ferdinand Eder, Geschäftsführer der Fotohandels-Einkaufsorganisation Ringfoto GmbH & Co., Alfo Marketing KG, Nürnberg, ist zufrieden: „In den ersten vier Monaten 1984 haben wir unseren Umsatz um runde 20 Prozent gesteigert – der Zuwachs kam in erster Linie aus der Elektronik." Damit hat sich schon nach kurzer Zeit die erst im vergangenen Jahr eingeschlagene Strategie als richtig erwiesen, nach den Video-Geräten auch die Heimcomputer forciert ins Sortiment zu bringen.

Rund 60 der gut 200 Ringfoto-Händler-Gesellschafter (die zusammen allerdings bereits 60 Prozent des Gesamtumsatzes der Formation bedeuten) haben sich bislang zum Einstieg ins Geschäft mit bits und Bytes für Amateure entschlosen. Mit beträchtlichem Erfolg: Seit dem Start im Oktober 1983 verkauften sie 10 000 Computer, 10 000 Peripheriegeräte (Speicher, Drucker usw.) und 65 000 Ergänzungsartikel (Software, Disketten, Spielzubehör).

Eder sieht das frühe Engagement im – nur auf den ersten Blick – branchenfremden Markt als rechtzeitige Defensiv-Maßnahme: „Der Fotohandel allein bringt's nicht mehr. Damit stehen wir in drei Jahren mit dem Rücken an der Wand." Und sein Verwaltungsratsvorsitzender Bernd Sauter, selbst Fotohändler, sieht in gar nicht mehr allzu großer Ferne ohnhin die Ablösung der „chemischen" Fotografie:

„Der Fotomarkt entwickelt sich hin zur elektromagnetischen Aufzeichnung. Der Fernsehschirm ist der Dia- und Filmprojektor von morgen. Dann wird der Filmamateur am Bildschirm schneiden und seine Titel mit dem Heimcomputer schreiben." Logische Folge: „All die Elektronik, die dazugehört, muß unser Sortiment von morgen sein."

Das Jahr 1983 hat die Schwäche des konventionellen Amateurfotomarkts einmal mehr deutlich gemacht. Sein Gesamtumsatz ging um vier – Eder: „Möglicherweise sogar fünf bis sechs – Prozent auf 4,6 Mrd. DM zurück. Während der Bildermarkt sich mit einem leichten Zuwachs von ein bis zwei Prozent sogar stabilisierte, gingen sowohl der Filmabsatz um neun Prozent auf 93 (102) Mill. Stück als auch der Verkauf von Fotoapparaten um 13 Prozent auf 2,65 (3,04) Millionen Stück zurück.

Am schlimmsten sah es am Laufbildmarkt aus. Mit 66 000 Schmalfilmkameras und 62 000 Projektoren hat er sich nochmals etwa halbiert. Über vier Jahre gesehen, bedeutet das einen Rutsch um rund drei Viertel des einstigen Volumens. Hier wird die elektronische Ablösung auch schon greifbar: Trotz hoher Preise haben die Video-Kameras mit einem Absatz von etwa 80 000 Stück 1983 erstmals die Super-8-Konkurrenz überholt.

Im Vergleich zum Markt schnitten die 550 Ringfoto-Geschäfte noch relativ gut ab. Ein Umsatzrückgang um knapp sechs Prozent auf 353 (374) Mill. DM kam lediglich durch das Ausscheiden von zwei umsatzstarken Händlern und durch eine „bewußt durchgeführte Bereinigung im Mitgliederbestand" zustande. Bereinigt um diese Einflüsse ergibt sich ein Zuwachs von zwei Prozent.

Auch das Geschäft der Ringfoto-Zentrale litt unter der Abschmelzung. Zwar stieg der Umsatz mit dem eigenen Lager um 6,5 Prozent, doch ein Rückgang im Streckengeschäft (Belieferung durch Hersteller, Abrechnung über Zentrale) sorgte dafür, daß der Gesamtumsatz mit 73 Mill. DM um knapp drei Prozent unter Vorjahreswert blieb. Immerhin: Nach einem ausgeglichenen Abschluß 1982 wurde 1983 wieder ein Betriebsergebnis von 1,25 Mill. DM verdient.

Für 1984 zeichnet sich nun endlich auch für den Fotomarkt wieder eine leichte Erholung ab. Preiserhöhungen um insgesamt rund zehn Prozent konnten in den ersten Monaten von den Herstellern, wenn auch noch nicht beim Endverbraucher, durchgesetzt werden. Für den Handel ist das Kamera-Geschäft ohnehin wenig attraktiv: „Bei den Kameras leben die Händler heute vom Skonto", bedauert Eder und weist auch hier den Gegenkurs: „Wir werden sehr stark ins Zubehör-Geschäft gehen – da wird das Geld verdient, das wir zur Subventionierung der Spiegelreflexkameras benötigen."

ZENTGENO

Vorsichtige Zuversicht

hg. Bonn

„Wir hoffen für dieses Jahr auf ein zartes Plus." Hans-Jürgen Klußmann, Vorstandsvorsitzender im Zentralverband der genossenschaftlichen Großhandels- und Dienstleistungsunternehmen (Zentgeno), ist zuversichtlich, daß es den in verschiedenen Sparten des Einzelhandels und des Handwerks tätigen Zentgeno-Mitgliedern gelingen wird, zumindest die Preissteigerungsrate „einzuspielen". Er glaube nicht, daß die Rate der Preiserhöhungen vor allem im Lebensmittelbereich über drei Prozent liegen werde, sagte Klußmann in Bonn.

Im vergangenen Jahr konnten die Zentgeno-Genossenschaften eine „insgesamt befriedigende Entwicklung" verzeichnen. Ihr Umsatz wuchs nominal um 3,7 Prozent auf 39,6 Mrd. DM. Klußmann, gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Edeka Zentrale AG, Hamburg, gab indes zu bedenken, daß diese Zahlen die Entwicklung nur „sehr pauschaliert" wiedergeben: So habe der genossenschaftliche Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln wesentlich schlechter abgeschnitten (plus 0,9 Prozent) als beispielsweise die Genossenschaften des Bau- und Ausbaugewerbes (plus 6,2 Prozent).

Zum Gesamtumsatz von annähernd 40 Mrd. DM haben rund 157 000 Einzelhändler und Handwerker beigetragen, berichtete der Vorstandsvorsitzende weiter. Die Gesamtzahl der den 450 genossenschaftlichen Großhandelsunternehmen angeschlossenen Einzelhändler und Handwerker habe sich 1983 um rund 1000 verringert. Diese „Abschmelzungsrate" nannte Klußmann niedrig; das sei den „wettbewerbsgerechten Sortimenten und den umfassenden Serviceleistungen" der Genossenschaften zu verdanken.

Nachdrücklich forderte er, die Belastungen des Lebensmittelhandels durch den Verbraucherschutz in sinnvollen Grenzen zu halten. Es gehe nicht an, daß ein Händler dafür verantwortlich gemacht werde, daß die vom Hersteller qua Gesetz beizufügende Zutatenliste korrekt sei.

SCHNEIDER & MÜNZING / Bemüht um Mittelstand

Vergangenheit bewältigt

DANKWARD SEITZ, München

Noch stärker als bisher will das Münchner Privat-Bankhaus Schneider & Münzing, dem im Herbst 1981 vor der Übernahme durch die chinesische Familie Chiu aus Hongkong wegen Verstoßes gegen das Kreditwesengesetz durch seine früheren Inhaber die Schließung drohte, sich künftig „um den Kirchturm herum" um mittelständische Firmen und private Kunden bemühen. Mit einer auf „solides und qualitatives Wachstum" ausgerichteten Geschäftspolitik hoffen die beiden persönlich haftenden Gesellschafter Emil Hemmer und Johann W. von Mallinckrodt die Vergangenheit des Instituts möglichst bald endgültig vergessen zu machen.

Bereits im Geschäftsjahr 1983 konnte, wie bei der Vorlage der Bilanz mitgeteilt wurde, nach zwei Jahren bewußter Zurückhaltung das Kreditgeschäft wieder etwas forciert werden. Buch- und Wechselkredite nahmen um 10,2 Prozent auf 313 Mill. DM zu. Weil dabei Wert auf ein „gesundes" Geschäft gelegt wurde, mußte in Kauf genommen werden, so Mallinckrodt, daß die Zinsmarge von „nahe 4 Prozent auf noch gut über 3 Prozent" abgesunken ist. Auf der Passivseite erhöhten sich die Einlagen von Banken um 15 Prozent auf 75,5 Mill. DM und die Kundeneinlagen um 8,9 Prozent auf 362,4 Mill. DM wobei erstmals wieder ein nennenswerter Zuwachs bei den Spareinlagen um 5,2 Prozent auf 24,7 Mill. DM verzeichnet werden konnte.

Insgesamt sei das „gute" Betriebsergebnis des Vorjahres, so Hemmer, bei einem Zinsüberschuß von 18,9 (18,5) Mill. DM und Provisionseinnahmen von 3,7 (2,7) Mill. DM nochmals „leicht" verbessert worden. Eine Gewinn- und Verlustrechnung legt die Privatbank nicht vor. Der Gewinn liege allerdings „nur geringfügig" über dem des Vorjahres. Mallinckrodt führte dies unter anderem auf „manche Ohrfeige" zurück, die man bei alten Kreditengagements habe hinnehmen müssen.

Mit etwas Stolz vemerkte Mallinckrodt, daß es der Bank im ersten Quartal 1984 gelungen ist, ihre Bilanzsumme, die 1983 um 9,9 Prozent auf 485 Mill. DM zugenommen hatte, auf über 500 Mill. DM auszuweiten und mit einem Geschäftsvolumen von über 600 Mill. DM in das obere Drittel der deutschen Privatbanken vorzustoßen. Keine Notwendigkeit bestehe in der nächsten Zeit das Kapital von 30 Mill. DM aufzustocken, das inzwischen zu 100 Prozent von der zur Chiu-Gruppe gehörenden Wainford Ltd., London, gehalten wird.

„Mineralöl-Anteil nicht weiter senken"

adh. Frankfurt

„So schnell wie möglich" eine vierte Fortschreibung des Bundesenergieprogramms ist nach Ansicht von Herbert C. Lewinsky, Vorstandsvorsitzender der Mobil Oil AG, unerläßlich. Vor dem Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten erinnerte Lewinsky daran, daß das energiepolitische Ziel der Bundesregierung, den Anteil des Mineralöls am Primärenergiebedarf bis 1990 auf 40 Prozent zu drücken, längst erreicht sei: Bereits 1983 habe der Anteil nur noch 43 Prozent betragen und sei im ersten Quartal dieses Jahres unter 40 Prozent gerutscht.

„Viele, die heute noch die Parole 'Weg vom Öl' benutzen, übersehen, daß wir unter Umständen schon zu weit auf diesem Weg gegangen sind", sagte Lewinsky, der befürchtet, daß man eine (Energie-)Abhängigkeit gegen die andere eintausche. In diesem Zusammenhang sei zu berücksichtigen, daß inzwischen mehr als ein Drittel der deutschen Rohölversorgung aus westeuropäischen Quellen stamme.

Hintergrund für die Forderung Lewinskys ist die Lage der Mineralölindustrie in der Bundesrepublik. Das weltweite Überangebot hat den freien deutschen Markt zur „Müllkippe der Mineralölindustrie in der Welt" werden lassen und den deutschen Mineralölunternehmen in den letzten drei Jahren rund 15 Mrd. DM Verluste beschert. Weltweit ist der auch von Lewinsky für notwendig gehaltene Kpaazitätsabbau in Gang gekommen. – In Deutschland schrumpften die Raffineriekapazitäten von 139 Mill. t (1978) auf 114 Mill. t Ende 1983, aber diese Kapazitäten seien im Durchschnitt nur zu 60 Prozent ausgelastet.

Schneider-Optik mit positiver Bilanz

dpa/VWD, Bad Kreuznach

Bereits im ersten Jahr nach dem Konkurs der Optischen Werke Jos. Schneider, Bad Kreuznach, kann der Hersteller hochwertiger Objektive für 1983 eine positive Unternehmensbilanz vorlegen. Das Unternehmen erzielte einen Umsatz von 38 Mill. DM, berichtete Geschäftsführer Heinrich Manderman in Bad Kreuznach. Der Netto-Gewinn liege bei mehr als 10 Prozent des Umsatzes. Rücklagen wurden nach Angaben Mandermans 1983 in zweistelliger Millionenhöhe gebildet. Seit April hat das Unternehmen die Herstellung von Rezept-Brillengläsern in sein Programm aufgenommen. Die Belegschaft ist 1984 um 25 Prozent auf etwa 430 Mitarbeiter gewachsen, der Auftragsbestand hat um 20 Prozent zugenommen. Etwa 80 Prozent der Produkte gehen in den Export.

WÖLBERNBANK / Auf Konsolidierung eingerichtet

Das Kreditgeschäft wächst

JAN BRECH, Hamburg

Das Hamburger Bankhaus Wölbern & Co. hat im Berichtsjahr 1983 das Kreditgeschäft weiter stark ausgebaut. Das Volumen stieg um 27,2 Prozent auf 312 Mill. DM, wobei das Schwergewicht auf kurzfristigen Finanzierungen für die mittelständische Kundschaft lag. In diesem Jahr, so erklären die persönlich haftenden Gesellschafter Ove Franz, Joachim Kebschull und Albert Jäger, laufe das Geschäft weiterhin erfreulich, auch wenn sich das Bankhaus auf eine Konsolidierung eingerichtet habe.

Das höhere Volumen, das sich in einer Ausweitung der Bilanzsumme um 15,2 Prozent auf 301 Mill. DM niederschlägt, brachte im zinsabhängigen Geschäft ein gutes Ergebnis. Da auch die Erträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft stiegen, verbesserte sich das Betriebsergebnis nach Angaben von Franz um 20 Prozent. Als Jahresüberschuß weist die Bank, die als einzige Hamburger Privatbank eine Gewinn- und Verlustrechnung vorlegt, 2,3 (i. V. 0,9) Mill. DM aus. In dem wesentlich höheren Überschuß drückt sich die nunmehr endgültige Bereinigung des kostspieligen Engagements bei dem Komplex Korf-Hamburger Stahlwerke aus.

Der Bilanzgewinn entspricht einer durchschnittlichen Verzinsung von 13,1 Prozent des im Berichtsjahr von 15 auf 20 Mill. DM erhöhten Kommanditkapitals. An dem Kapital ist die Credit Lyonais, Paris, über ihre holländische Tochter zu 87,5 Prozent beteiligt. Die Funktion der Mutter bezeichnet Kebschull als „Schutzschild". Ansonsten arbeite Wölbern wie eine Privatbank.

BETHMANN BANK / Spuren des Wechsels

1983 war kein normales Jahr

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das Bankhaus Gebrüder Bethmann, seit Mitte letzten Jahres hundertprozentig Tochter der Bayerischen Vereinsbank, berichtet über ein „insgesamt befriedigendes" Geschäftsjahr 1983. Das Ausscheiden des persönlich haftenden Gesellschafters Freiherr von Bethmann habe die Aktivitäten im laufenden Geschäft nicht beeinträchtigt, und die Bank werde mit der gleichen Geschäftsstruktur weitergeführt, betonte Wilhelm Pigorsch, persönlich haftender Gesellschafter des Privatbankhauses, der ebenso wie seine beiden Kollegen Walter Schorr und Mathias von Oppen von der Bayerischen Vereinsbank kommt.

Bemerkbar gemacht hat sich der Gesellschafterwechsel allerdings in der nicht veröffentlichten Ertragsrechnung der Bank, vor allem durch eine Pensionsrückstellung von rund drei Mill. DM für den Baron, die den Personalaufwand um 22 Prozent auf 19,5 Mill. DM steigen ließ. Deswegen bezeichnet die Geschäftsleitung das Ergebnis auch als noch nicht normal. Der Zinsüberschuß, der sich um gut fünf Prozent erhöht hat, deckt nach Angaben der Geschäftsleitung nur knapp den Personal- und Sachaufwand (ohne Berücksichtigung der außerplanmäßigen Zuführung zu den Pensionsrückstellungen). Für das Betriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft, das zu zwei Dritteln aus dem Zinsüberschuß und zu einem Drittel aus dem um 21 Prozent gestiegenen Provisionsüberschuß stammt, wurde eine Steigerung um 24 Prozent (ohne die Pensionsrückstellung) genannt.

Gut entwickelt habe sich besonders wieder das Wertpapiergeschäft, das weiter ausgebaut werden soll. Das Kreditgeschäft, in dem ein um ein Prozent auf 583 Mill. DM abgebröckeltes Kundenkreditvolumen ausgewiesen wurde, bewegte sich auf dem Vorjahresniveau. Auch jetzt zeichnet sich noch keine verstärkte Inanspruchnahme ab. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 2¼ Prozent auf 875 Mill. DM.

NAMEN

Dr. Jürgen Brand, Generalbevollmächtigter der Degussa AG, Frankfurt, und für Auf- und Ausbau der Pharmaktivitäen des Konzerns zuständig, tritt mit dem Ende des Geschäftsjahres in den Ruhestand.

Fritz Stemmer (59), für den Verkauf zuständiges Vorstandsmitglied der Krupp Stahl AG, Bochum, tritt am 28. Juni in den Ruhestand. Als sein Nachfolger wurde bereits jetzt der bisherige Verkaufsdirektor **Fritz Fischer** (47) in den Vorstand berufen.

Dr. Alfred Hetzel, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, wird am 11. Juli wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Er tritt dann in den Aufsichtsrat anstelle des altershalber ausscheidenden Dr. **Karl Klasen** über.

ECKES / Rohstoff für Orangensaft drastisch verteuert – Abgabepreise erhöht

Bei Weinbrand weiter an der Spitze

INGE ADHAM, Frankfurt

Rund 65 Prozent mehr als vor einem Jahr müssen die deutschen Safthersteller derzeit für Orangensaftkonzentrat bezahlen. Schuld daran ist der ungewöhnlich heftige Frost um die Weihnachtszeit im amerikanischen Bundesstaat Florida, neben Brasilien der größte Orangenkonzentratanbieter am Weltmarkt. Die unerwartete Kälteperiode brachte einen Ausfall von rund 30 bis 40 Prozent des Angebots. Experten schätzen, daß zehn Prozent der Bäume erfroren sind, was auch mittelfristig ein knappes und teures Konzentratangebot verheißt. Denn nach der Neupflanzung dauert es immerhin acht Jahre, bis die jungen Bäume Ertrag bringen.

Daß die Deutschen dennoch vorerst noch nicht deutlich tiefer für ihren Orangensaft in die Tasche greifen müssen, liegt am scharfen Wettbewerb am deutschen Saftmarkt. So hat zwar der Marktführer Peter Eckes, Nieder-Olm, der seinen Absatz (Hohes C) im vergangenen Jahr nochmals um 36 Prozent auf 68 Millionen Flaschen steigerte, die Abgabepreise an den Handel zu Jahresbeginn um 8,5 Prozent angehoben, aber die Wettbewerber warten offenbar noch ab. Dahinter steht vermutlich auch die Hoffnung, durch deutliche Preisunterschiede am 24-Prozent-Marktanteil (dem Wert nach 34 Prozent) von Eckes zu knabbern.

Für weitere Unruhe am nach wie vor wachsenden Saftmarkt sorgen derzeit Gerüchte über mögliche Pläne des amerikanischen Waschmittel-Riesen Proctor und Gamble, der mit rund 100 Millionen Dollar Werbeaufwand vehement in den amerikanischen Orangensaftmarkt eingedrungen ist und dem man ähnliche Pläne am deutschen Markt nachsagt. Für Reinold M. Fries, Vorsitzender des Vorstandes der Firmengruppe Peter Eckes, heißt die Antwort darauf bisher noch „abwarten". Er vermutet, daß die Rohstoffverteuerung nicht ohne Auswirkung auf die Proctor & Gamble-Pläne bleiben dürfte.

Eckes hat im vergangenen Jahr bei einer Umsatzsteigerung um 11,6 Prozent auf 193 Mill. DM mit Saft wieder viel Freude gehabt; der Absatz stieg auf 110 (i. V. 100) Mill. Flaschen. Bei den Spirituosen dagegen sank der Absatz um 4,1 Prozent (Branche: minus 5,1 Prozent) auf knapp 60 Mill. Flaschen, darunter 22,8 Mill. Flaschen „Mariacron", der damit seine Spitzenposition unter den deutschen Weinbränden hielt. Der Spirituosenumsatz blieb mit 650 Mill. DM um 4,6 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Der Gesamtumsatz der Gruppe unterschritt mit 1,04 (1,09) Mrd. DM den Vorjahreswert nur knapp. Davon entfallen 921 (939) Mill. DM auf das Inland (inkl. 427 (393) Mill. DM Steuern). Im Ausland hat Eckes auf Konsolidierung umgeschaltet (u. a. wurde die Schweizer Tochter verkauft), im Inland sorgte ein straffes „Ergebnis-Sicherungs-Programm" dafür, daß das Jahr 1983 mit einem „deutlich verbesserten" Betriebsergebnis zu Ende ging, das überwiegend zur Eliminierung von Bilanzrisiken bei Auslandstöchtern und zur kräftigen Aufstockung (plus 2,6 Mill. DM) verwendet wurde. Die Mitarbeiterzahl im Inland sank auf 1362 (1445), ein weiterer Rückgang ist mit Ausnahme der noch 55 Beschäftigten im Berliner Betrieb nicht geplant.

FINANZANZEIGEN

Hoechst

Bezugsangebot

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dem genehmigten Kapital Gebrauch gemacht und das Grundkapital von DM 2353386550,— um DM 173500000,— auf DM 2526886550,— unter teilweisem Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre erhöht. Die neuen Aktien, eingeteilt in Stück 3470000 zu je DM 50,—, sind mit voller Gewinnberechtigung für das Geschäftsjahr 1984 ausgestattet. Ein Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank AG hat DM 173125800,— neue Aktien mit der Verpflichtung übernommen, diese den Aktionären im Verhältnis 15 : 1, den Inhabern von Optionsscheinen aus der £-Optionsanleihe von 1975 der Hoechst Finance Ltd., London, im Verhältnis 75 : 5 und den Inhabern von Optionsscheinen aus den US-$-Optionsanleihen von 1979 und 1983 der Hoechst Finance N.V., Amsterdam, im Verhältnis 15 : 1 zum Ausgabebetrag von DM 140,— je Aktie im Nennbetrag von DM 50,— zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre sowie die Inhaber unserer Optionsscheine, ihr Bezugsrecht auf die neuen Aktien zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 11. Mai bis 25. Mai 1984 einschließlich

bei einer der nachstehenden Banken und ihren Niederlassungen während der üblichen Schalterstunden auszuüben.

Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank — Girozentrale —
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Landesbank Saar Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Belgien:
Banque Bruxelles Lambert S.A.

Frankreich:
Crédit du Nord
Banque Paribas
Crédit Lyonnais
Société Générale
MM. Lazard Frères & Cie.
L'Européenne de Banque
Banque Nationale de Paris
Crédit Commercial de France

Großbritannien:
S. G. Warburg & Co. Ltd.

Luxemburg:
Banque Paribas (Luxembourg) S.A.
Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG — Dresdner Bank International —

Niederlande:
Algemene Bank Nederland N. V.
Amsterdam-Rotterdam Bank N. V.
Bank Mees & Hope NV

Österreich:
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft
Creditanstalt-Bankverein

Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerischer Bankverein
Schweizerische Bankgesellschaft

Zum Ausgabebetrag von DM 140,— je Aktie zu DM 50,— können jeweils — ohne Börsenumsatzsteuer — bezogen werden:

Aktienbezugsrecht (15 : 1)

Auf 15 Aktien zu je DM 50,— eine neue Aktie zu DM 50,— — gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 45 —

Bezugsrecht Optionsscheine 1979 und 1983 (15 : 1)

Auf Optionsscheine zum Erwerb von 15 Aktien zu je DM 50,— eine neue Aktie zu DM 50,— — gegen Einreichung des Legitimationsscheins C der Optionsscheine von 1979 bzw. des Legitimationsscheins A der Optionsscheine von 1983 —

Bezugsrecht Optionsscheine 1975 (75 : 5)

Auf Optionsscheine zum Erwerb von 75 Aktien zu je DM 50,— fünf neue Aktien zu je DM 50,— bzw. auf Optionsscheine zum Erwerb von 15 Aktien zu je DM 50,— eine neue Aktie zu DM 50,— — gegen Einreichung des Legitimationsscheins C —

Die Bezugsrechte aus Aktien und Optionsscheinen können auch **gemeinsam** verwendet werden. Wer Aktien sowie Optionsscheine besitzt, muß daher zunächst die Bezugsrechte zusammenzählen. Danach ist festzustellen, wieviel Bezugsrechte gegebenenfalls noch hinzugekauft werden müssen, um die gewünschte Zahl von neuen Aktien zu beziehen.

Unabhängig von dem Besitz von Aktien oder Optionsscheinen können auch Bezugsrechte an der Börse gekauft und dann zum Bezug von neuen Aktien verwendet werden, wie auch eine Veräußerung von Bezugsrechten möglich ist.

Einzelheiten wird Ihnen Ihr Kreditinstitut mitteilen.

Der Bezugspreis ist spätestens am 25. Mai 1984 zu zahlen.

Die Bezugsrechte werden vom 11. Mai bis 23. Mai 1984 einschließlich an den Börsen Frankfurt am Main, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart gehandelt und amtlich notiert. Es wird lediglich das Bezugsrecht aus den Aktien notiert. Die Bezugsrechte aus den Optionsscheinen werden aus dem Bezugsrecht der Aktien abgeleitet.

Für den Bezug wird die bankübliche Provision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung der genannten Bezugsrechtsausweise am Schalter einer Bezugsstelle ausgeübt wird und ein Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 47 bis 60 und Erneuerungsschein ausgestattet und werden bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in einer Globalurkunde verbrieft. Der Stückedruck ist eingeleitet. Die neuen Aktien haben die Wertpapier-Kenn-Nr. 575802.

Die neuen Aktien sollen so bald wie möglich an sämtlichen inländischen Wertpapierbörsen sowie an den Börsen in Amsterdam, Antwerpen, Basel, Brüssel, Genf, London, Luxemburg, Paris, Wien und Zürich amtlich eingeführt werden.

Frankfurt am Main, im Mai 1984

Hoechst Aktiengesellschaft

Herausgeber
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheiba (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Metallgesellschaft



Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

Bilanz der Metallgesellschaft AG zum 30. September 1983 (30. 9. 82) – Kurzfassung in TDM –

Aktiva	30. 9. 83	30. 9. 82
Sachanlagen	215466	237545
Beteiligungen	686672	566208
Lang- und mittelfristige Forderungen	313930	172561
Vorräte	711815	880870
Kurzfristige Forderungen	555097	598155
Forderungen an verbundene Unternehmen	256168	252230
Flüssige Mittel	559997	506443
Sonstige Vermögensgegenstände sowie Rechnungsabgrenzung	144294	162049
Bilanzverlust	—	16760
	3443439	3392821

Passiva	30. 9. 83	30. 9. 82
Grundkapital	240000	240000
Rücklagen	325300	325300
Sonderposten mit Rücklageanteil	48678	21518
Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	12100	13000
Pensionsrückstellungen	217793	209148
Andere Rückstellungen	327731	315499
Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	267070	194133
Erhaltene Anzahlungen	919998	975739
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	229720	228144
Andere kurzfristige Verbindlichkeiten	855049	870340
Bilanzgewinn	—	—
	3443439	3392821

Konzern-Bilanz der Metallgesellschaft AG zum 30. September 1983 (30. 9. 82) – Kurzfassung in TDM –

Aktiva	30. 9. 83	30. 9. 82
Sachanlagen	620570	700101
Beteiligungen	488321	359279
Lang- und mittelfristige Forderungen	436217	314966
Vorräte	1110250	1366201
Kurzfristige Forderungen	1095965	1103712
Flüssige Mittel	773879	656657
Übrige Aktiva	175758	185353
Konzernverlust	—	14625
	4700960	4700894

Passiva	30. 9. 83	30. 9. 82
Grundkapital	240000	240000
Rücklagen	325300	325300
Rücklagen aus Konsolidierung	60077	91757
Anteile in Fremdbesitz	9163	13590
Sonderposten mit Rücklageanteil	71788	34673
Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	21027	22329
Pensionsrückstellungen	329735	319356
Andere Rückstellungen	449673	462666
Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	685216	641515
Erhaltene Anzahlungen	932383	989782
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1572762	1559936
Konzerngewinn	3836	—
	4700960	4700894

Gewinn- und Verlustrechnung 1982/83 (1981/82) der Metallgesellschaft AG – Kurzfassung in TDM –

	1982/83	1981/82
Umsatzerlöse	7649865	7845018
Bestandsveränderungen	– 56666	– 234625
	7793199	7610393
Andere aktivierte Eigenleistungen	+ 7745	+ 10575
Gesamtleistung	7800944	7620968
Materialeinsatz	6563466	6352683
Rohertrag	1237478	1268285
Erträge aus Beteiligungen	60198	78301
Übrige Erträge	288312	302943
Gesamterträge	1585988	1649529
Personalaufwendungen	702568	697989
Abschreibungen	76850	67733
Zinsaufwendungen	65513	62777
Steuer vom EEV	20563	20414
Sonstige Steuern	1729	1191
Aufwendungen aus Verlustübernahme	20119	88008
Übrige Aufwendungen	681886	728177
Summe der Aufwendungen	1569228	1666289
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	16760	– 16760
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in freie Rücklagen	—	—
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	—	– 16760

Der vollständige Jahresabschluß per 30. September 1983 erscheint im Bundesanzeiger und trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers. Geschäftsberichte stehen auf Anforderung zur Verfügung.

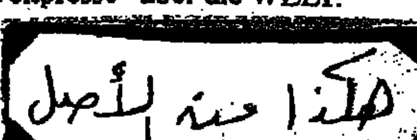
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 1982/83 (1981/82) der Metallgesellschaft AG – Kurzfassung in TDM –

	1982/83	1981/82
Umsatzerlöse	9790682	9741386
nicht gesondert ausgewiesene Aufwendungen nach Verrechnung mit Bestandsänderungen und Eigenleistungen	7697331	7475142
Rohertrag	2093351	2266244
Erträge aus Beteiligungen	64321	70905
Übrige Erträge	339637	326730
Gesamterträge	2497309	2663879
Personalaufwendungen	1282562	1410085
Abschreibungen	194458	214691
Zinsaufwand	113135	134547
Steuern vom Einkommen, Ertrag und vom Vermögen	33431	34636
Sonstige Steuern	3470	4106
Übrige Aufwendungen	845291	884847
Gesamtaufwendungen	2472347	2682912
Jahresüberschuß (i. V. Fehlbetrag)	24962	– 19033
Verlustvortrag (im Vorjahr Gewinnvortrag) einschl. vereinnahmte Vorjahresgewinne von konsolidierten Unternehmen	– 15770	+ 9165
	9192	– 9868
Einstellung in offene Rücklagen	– 4620	– 3215
	4572	– 13083
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Gewinn (saldiert mit Verlust)	– 736	– 1542
Konzerngewinn (i. V. Verlust)	3836	– 14625

Aufsichtsrat:
Dr. Wilfried Guth, Königstein, Vorsitzender; Rudolf Joppen, Frankfurt am Main, stellv. Vorsitzender*); Prof. Dipl.-Ing. Werner Breitschwerdt, Stuttgart; Dr. Rolf-J. Freyberg, Frankfurt am Main*); Dr. Hans Friderichs, Mainz; Abdulmalik M. Gharabally, Kuweit; Prof. Dr. Herbert Grünewald, Leverkusen; Dr. Dr. h. c. Klaus Kuhn, Essen-Bredeney; Karl Lichtenstein, Laatzen*); Dr. Eike von der Linden, Dreieich*); Horst Meusch, Bonn*); Dr. Heribald Närger, Grünwald; Karl Gustaf Ratjen, Königstein; Waldemar Rudewig, Altena*); Dr. Roland Schelling, Stuttgart; Dr. Wolfgang Schieren, München; Lothar Schlünkes, Duisburg*); Herrmann Schnepple, Untereisesheim*); Dr. Manfred Schumann, Frankfurt am Main*); Otto Trautvetter, Bremen*).

Vorstand:
Dr. Dietrich Natus, Vorsitzender; Dr. Otto W. Asbeck, Werner Busch, Dr. Dietrich Ertl; Dr. Heinrich Götz; Dr. Horst Günther Karus, Dr. Heinz Schimmelbusch; Dr. Hans Rudolf Wüthrich

*) Vertreter der Arbeitnehmer





BAYERISCHE VEREINSBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

MÜNCHEN

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1983

AKTIVSEITE

Posten	Vermerk	DM	DM	DM
1. Kassenbestand				174 492 367,23
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				1 471 667 830,29
3. Postscheckguthaben				13 795 534,70
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere				218 333 326,13
5. Wechsel				524 094 717,25
darunter: a) bundesbankfähig	DM 289 468 073,58			
b) eigene Ziehungen	DM 2 899 921,73			
6. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			1 726 834 242,09	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		1 029 607 000,57		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		1 910 929 405,92		
bc) vier Jahren oder länger		1 337 339 616,70	4 277 876 023,19	6 004 710 265,28
als Deckung verwendet	DM —,—			
7. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder			1 603 460 173,69	
b) sonstige			—,—	1 603 460 173,69
als Deckung verwendet	DM 613 318 030,37			
8. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder		1 053 217 044,65		
ab) von Kreditinstituten		1 089 905 269,12		
ac) sonstige		54 822 237,51	2 197 944 551,28	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 1 779 149 589,24			
als Deckung verwendet	DM —,—			
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und der Länder		486 937 983,74		
bb) von Kreditinstituten		929 375 197,15		
bc) sonstige		43 815 550,56	1 460 128 731,45	3 658 073 282,73
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	DM 1 305 827 966,38			
als Deckung verwendet	DM —,—			
9. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile			660 587 004,34	
b) sonstige Wertpapiere			31 187 948,72	691 774 953,06
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen	DM 187 756 911,03			
10. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren			11 117 342 031,27	
b) vier Jahren oder länger			9 722 560 175,41	20 839 902 206,68
darunter: ba) durch Grundpfandrechte gesichert	DM 2 084 811 041,27			
bb) Kommunaldarlehen	DM 1 482 809 487,17			
11. Ausleihungen im Hypothekenbankgeschäft mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger				
a) Hypotheken			9 142 221 525,67	
als Deckung verwendet	DM 7 930 597 246,95			
b) Kommunaldarlehen			18 308 699 818,06	
als Deckung verwendet	DM 18 207 727 182,63			
c) sonstige			8 054 593,25	27 458 975 936,98
darunter: an Kreditinstitute	DM 1 491 693 410,04			
12. Täglich fällige Forderungen im Hypothekenbankgeschäft und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren				
a) an Kreditinstitute			15 111,62	
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	DM —,—			
als Deckung verwendet	DM —,—			
b) an sonstige			178 615 388,75	178 630 500,37
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	DM —,—			
als Deckung verwendet	DM 168 265 625,—			
13. Zinsen für langfristige Ausleihungen im Hypothekenbankgeschäft				
a) anteilige Zinsen			583 824 730,68	
b) nach dem 31. Oktober 1983 und am 2. Januar 1984 fällige Zinsen			83 801 558,95	
c) rückständige Zinsen		3 196 543,69		
Abbuchung		– 3 196 543,69	—,—	667 626 289,63
14. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand				85 960 977,01
als Deckung verwendet	DM 43 996 051,93			
15. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				15 141 267,95
16. Beteiligungen				691 257 023,75
darunter: an Kreditinstituten	DM 608 635 521,81			
17. Grundstücke und Gebäude				358 111 521,20
darunter im Hypothekenbankgeschäft übernommen	DM 1 496 000,—			
auf Gebäude eingetragen als Deckung verwendete Eigentümergrundschulden	DM 12 030 000,—			
18. Betriebs- und Geschäftsausstattung				198 597 533,51
19. Eigene Aktien				—,—
Nennbetrag	DM —,—			
20. Eigene Schuldverschreibungen				206 952 714,92
Nennbetrag	DM 216 190 750,—			
21. Sonstige Vermögensgegenstände				80 196 591,84
22. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Unterschiedsbetrag gem. § 156 Abs. 3, S. 2 AktG			100 027 802,84	
b) sonstige			53 147 961,49	153 175 764,33
Summe der Aktiven				65 294 930 778,53
23. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				
a) Forderungen an verbundene Unternehmen				1 012 961 274,09
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden				344 827 791,67

PASSIVSEITE

Posten	Vermerk	DM	DM	DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			2 017 655 485,18	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		1 781 449 663,62		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		2 061 449 143,02		
bc) vier Jahren oder länger		2 391 018 674,99	6 233 917 481,63	
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 1 454 222 839,14			
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			77 644 783,13	8 329 217 749,94
2. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig			3 735 845 205,08	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		8 183 845 388,06		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		1 470 859 703,99		
bc) vier Jahren oder länger		2 490 769 205,74	12 145 474 295,79	
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 2 289 581 858,62			
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		4 370 030 557,57		
cb) sonstige		2 477 668 768,50	6 847 699 326,07	22 729 018 826,94
3. Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von				
a) bis zu vier Jahren			1 428 266 947,57	
b) mehr als vier Jahren			1 652 597 536,67	3 080 864 484,24
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 845 726 754,96			
4. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				129 828 125,40
5. Begebene Schuldverschreibungen				
a) Hypothekenpfandbriefe			7 879 536 455,74	
darunter Namenspfandbriefe	DM 1 654 819 255,74			
b) Kommunalschuldverschreibungen			17 994 203 442,67	
darunter Namenskommunalschuldverschreibungen	DM 2 658 818 942,67			
c) sonstige Schuldverschreibungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 c HBG			198 500 000,—	
d) verloste und gekündigte Stücke			151 424 750,—	26 223 664 648,41
darunter vor Ablauf von vier Jahren fällig oder zurückzunehmen	DM 13 457 331 922,66			
ferner zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Namenspfandbriefe	DM 161 864 204,05			
und Namenskommunalschuldverschreibungen	DM 280 496 155,13			
6. Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen				109 063 600,—
7. Aufgenommene Darlehen im Hypothekenbankgeschäft mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				
a) bei Kreditinstituten			298 352 299,78	
b) sonstige			211 890 772,13	510 244 071,91
darunter: mit Teilhaftung	DM —,—			
vor Ablauf von vier Jahren fällig	DM 200 599 965,08			
8. Täglich fällige Verbindlichkeiten im Hypothekenbankgeschäft und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren				
a) gegenüber Kreditinstituten oder sonstigen Kapitalsammelstellen			5 000 000,—	
b) sonstige			—,—	5 000 000,—
darunter mit Teilhaftung	DM —,—			
9. Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen im Hypothekenbankgeschäft				
a) anteilige Zinsen			1 029 994 285,62	
b) fällige Zinsen einschließlich der am 2. Januar 1984 fällig werdenden			133 611 378,60	1 163 605 664,22
10. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				15 141 267,95
11. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen			334 311 008,—	
b) andere Rückstellungen			169 765 200,01	504 076 208,01
12. Wertberichtigungen				
a) Einzelwertberichtigungen			—,—	
b) vorgeschriebene Sammelwertberichtigung			—,—	—,—
13. Sonstige Verbindlichkeiten				139 789 873,06
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) Abgrenzungsposten nach § 25 HBG			123 543 977,01	
b) sonstige			248 012 254,95	371 556 231,96
15. Sonderposten mit Rücklageanteil				
a) gemäß § 6 b EStG			56 217 896,70	
b) gemäß § 52 Abs. 5 EStG			11 932 544,79	68 150 441,49
16. Grundkapital				
a) Stammaktien			420 950 000,—	
b) Vorzugsaktien			31 300 000,—	452 250 000,—
17. Offene Rücklagen				
a) gesetzliche Rücklage Stand: 31. 12. 1982		986 435 576,—		
Einstellung aus Agio		12 600 000,—	999 035 576,—	
b) andere Rücklagen Stand: 31. 12. 1982		345 000 000,—		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß		20 000 000,—	365 000 000,—	1 364 035 576,—
18. Bilanzgewinn				100 434 000,—
Summe der Passiven				65 294 930 778,53
19. Eigene Ziehungen im Umlauf				17 460 193,58
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet	DM 17 460 193,58			
20. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln				691 454 045,60
21. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen				3 907 407 556,63
22. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind				114 425 786,22
23. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				—,—
24. Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz				58 324 310,75
25. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten unter 19 bis 23) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten				776 021 963,07

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1983

AUFWENDUNGEN

Posten	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		1 727 257 704,65
2. Zinsen für		
a) Hypothekenpfandbriefe	563 111 068,90	
b) Kommunalschuldverschreibungen	1 386 631 386,95	
c) Sonstige Schuldverschreibungen nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 c HBG	26 797 590,47	
d) aufgenommene Darlehen	46 207 035,28	2 022 747 081,60
3. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		19 201 427,18
4. Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft im Hypothekenbankgeschäft		48 451 038,94
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		268 105 087,97
6. Gehälter und Löhne		518 038 946,73
7. Soziale Abgaben		75 864 638,60
8. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		72 939 305,89
9. Sachaufwand für das Bankgeschäft		226 479 653,39
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		60 146 963,29
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen		—,—
12. Steuern		
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	193 169 419,63	
b) sonstige	2 667 981,97	195 837 401,60
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—
14. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		5 960 973,10
15. Sonstige Aufwendungen		39 182 879,43
16. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		—,—
17. Jahresüberschuß		120 434 000,—
Summe der Aufwendungen		5 400 647 102,37

Posten	DM	DM
1. Jahresüberschuß		120 434 000,—
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		—,—
3. Entnahmen aus offenen Rücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—,—	
b) aus anderen Rücklagen	—,—	—,—
4. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	—,—	
b) in andere Rücklagen	20 000 000,—	20 000 000,—
5. Bilanzgewinn		100 434 000,—

Im Geschäftsjahr wurden DM 33 265 669,41 Pensionszahlungen einschließlich Zahlungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen geleistet. Die in jedem der folgenden 5 Jahre voraussichtlich zu leistenden Zahlungen betragen 106%, 113%, 119%, 126%, 133% der vorgenannten Zahlungen

ERTRÄGE

Posten	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		2 474 129 949,48
2. Laufende Erträge aus		
a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	286 085 296,48	
b) anderen Wertpapieren	41 231 264,21	
c) Beteiligungen	44 891 821,99	372 208 382,68
3. Zinsen aus		
a) Hypotheken	682 585 393,47	
b) Kommunaldarlehen	1 468 237 233,80	2 150 822 627,27
4. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		246 955 369,32
5. Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft im Hypothekenbankgeschäft		76 654 083,34
6. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		71 844 698,61
7. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		259 445,28
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 6 auszuweisen sind		647 851,91
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		7 124 694,48
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—
11. Jahresfehlbetrag		—,—
Summe der Erträge		5 400 647 102,37

München, den 21. Februar 1984

BAYERISCHE VEREINSBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Der Vorstand

Baur Hackl Kollhofer Pfeiffer Puhlmann
Reimpell Schmidt Schonmann Scholz Trautner
Diehm (stellv.) Prasch (stellv.)

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

München, den 5. März 1984

DEUTSCHE TREUHAND-GESELLSCHAFT AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Clemm, Wirtschaftsprüfer — Plato, Wirtschaftsprüfer

Dividendenbekanntmachung

– Wertpapier-Kenn-Nr. 802 200 –

Die ordentliche Hauptversammlung vom 4. Mai 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von 100 434 000,– DM zur Verteilung eines Vorausgewinnanteils von 1,50 DM je stimmrechtslose Vorzugsaktie im Nennwert von 50,– DM und einer Dividende von 11,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM zu verwenden. Gewinnberechtigt sind nom. 420 950 000,– DM Stammaktien und nom. 31 300 000,– DM stimmrechtslose Vorzugsaktien. Die Dividende wird ab 7. Mai 1984 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 45 ausgezahlt.

Zahlstellen sind
die Bayerische Vereinsbank AG in München und Nürnberg sowie ihre sämtlichen Niederlassungen,
ferner die folgenden Kreditinstitute
Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart
Bankhaus H. Aufhäuser, München, Frankfurt am Main
Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt am Main
Bankhaus Max Flessa & Co., München
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Stuttgart
Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg, Frankfurt am Main
Berliner Bank AG, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München, Stuttgart
Berliner Commerzbank AG, Berlin
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Berlin, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Commerzbank AG, Düsseldorf, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt am Main, Berlin
Effectenbank-Warburg AG, Frankfurt am Main
Fürst Thurn und Taxis Bank Albert Fürst von Thurn und Taxis, München
Merck, Finck & Co., München, Düsseldorf, Frankfurt am Main
B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt am Main
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln, Frankfurt am Main
Reuschel & Co., München
Schwäbische Bank AG, Stuttgart
Simonbank AG, Düsseldorf
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, München, Stuttgart
Vereins- und Westbank AG, Hamburg, Hannover
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg
Westfalenbank AG, Bochum, Düsseldorf
in Österreich
Creditanstalt-Bankverein, Wien
Österreichische Länderbank AG, Wien

Nach näherer Maßgabe der Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ist mit der Dividende ein anrechenbares oder zu vergütendes Steuerguthaben in Höhe von 6,19 DM je Stammaktie im Nennwert von 50,– DM verbunden.

Die Aktionäre erhalten von den die Dividende auszahlenden Stellen eine Bescheinigung, aus der sich das Steuerguthaben und die abgezogene Kapitalertragsteuer ergeben.

Liegt der Depotbank eine Bescheinigung des Finanzamtes gemäß § 36 b Abs. 2 EStG vor, so zahlt sie die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich Steuerguthaben aus.

München, im Mai 1984 DER VORSTAND

Aufsichtsrat: Dr. Werner Premauer, Vorsitzender; Herbert Betz, stellv. Vorsitzender; Dr. h. c. Rudolf Eberhard, stellv. Vorsitzender; Winfried Göpfert; Heinz-Georg Harbauer, Renate Haunreiter, Gerd Hüttner, Eberhard von Kuenheim, Lothar Kulzer, Dr. Werner Lamby, Helmut Loos, Professor Dr. Reimar Lüst, Erwin Peter, Dr. h. c. Franz Josef Strauß, Johannes Fürst von Thurn und Taxis, Dipl.-Ing. Otto Voisard.
Vorstand: Dr. Rudolf Baur, Dr. Maximilian Hackl, Dr. Dietrich Kollhofer, Dr. Ferdinand Pfeiffer, Dr. Arno Puhlmann, Peter Reimpell, Dr. Albrecht Schmidt, Dr. Hans Günther Schonmann, Dr. Helmut Scholz, Dr. Richard Trautner, stellv.: Hubert Diehm, Dr. Elmar Prasch

Selbstversorgung: Schadstoffe machen auch vor Minigärten nicht halt

Nachrichten aus der Permakultur

Endet die Umweltverschmutzung vor dem eigenen Balkonkasten? Wird der Kleingarten im Hinterhof oder die Tomatenpflanzung auf dem Dachstuhl eine echte Alternative zum gegen Schädlinge gespritzten Gemüse, wie es unsere Märkte überschwemmt?

Der Film „Die Welt, in der wir wohnen" von Jürgen Schneider und Peter Nicolay stellt sich uns als ein „Plädoyer für Selbstversorgung in Stadt und Land" vor. „Erneut diesseits von Eden" – so der Titel – sei aber nicht der Versuch, eine Wiederaufforstung des Gartens Eden zu betreiben, so die Autoren. Ihnen geht es um andere Werte. Zum Beispiel darum, daß es uns doch endlich möglich sein müßte, unsere Erde als einen Garten zu begreifen. Einen Garten, der uns auf ganz natürliche Weise ernähren könnte, wenn wir endlich aufhörten, ihn sinnlos auszubeuten. Bio selbstgestrickt, ist die Vision. Ohne Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel ganz einfach so auf heimischer Krume gepflanzt. Da gibt es den Balkonkasten und die Terrasse oder auch im Hinterhof einen Grünplatz oder das Abstandsgrün zwischen den Wohnblöcken. Vor allem aber ist da der Mietgarten, den vor Jahrzehnten Dr. Schreber aus Leipzig erfand und der sich seitdem zu Recht als Schrebergarten einen Namen gemacht hat. Pilzfarming ist eine weitere zeitgemäße Variante dieser Selbstversorgung. Die Champignonzucht im eigenen Keller wird im übrigen ja schon seit geraumer Zeit von Großgärtnereien als interessantes Hobby in den Katalogen angeboten. Schließlich ist auch die Wurmkompostierung im eigenen Garten ein Weg zur Selbstversorgung. Angler wissen seit langem, wie so etwas gemacht wird.

Die Welt, in der wir wohnen. ZDF, 22.10 Uhr

So plaudert der Film denn von Biomodellen, die mit dem auskommen, was die Natur zu bieten hat ohne allen Zusatz. Es sind Modelle für den Hausgebrauch in Stadt und Land, heißt es, wie etwa die hierzulande noch wenig bekannte „Permakultur".

Ein Film für den Selbstversorger, der gewillt ist, im Einklang mit der Natur zu leben. Dies zumindest soll der Streifen verdeutlichen. Möglichkeiten, wie dies zu machen sein könnte, will das Filmfeature vorstellen. Dabei wollen die Autoren mit ihren durchaus gekonnt in Szene gesetzten Bildern keineswegs einem modernen Aussteigertum das Wort reden, wie sie versichern. Warum teures Gemüse kaufen, wenn man es daheim sehr viel preiswerter selbst produzieren kann? Darum geht es. Ganz nebenbei wird dann noch der Schon-Effekt Natur erzielt. Kleinbewirtschaftung bedarf keiner Schädlingsbekämpfungsmittel, die kommt mit der heilen Gartenkrume aus: Von der Natur lebend, ohne ihre Ressourcen zu verschwenden. Eine Absage also an moderne Agrarsysteme.

Nun ist unbestreitbar, daß Monokulturen – Drittländer sind hierfür ein Beispiel –, ein Übermaß an Chemikalien und Düngemitteln sowie die von Großvermarktern hier und dort verordneten Spritzkuren zur Gemüsefrischhaltung weder dem Menschen noch der Natur dienlich sind. Im Gegenteil: Sie schädigen erheblich, und wo dies nachzuweisen ist, tut Abhilfe not. Wenn erforderlich, auch durch Gesetzeskraft. Aber deswegen ganze Agrarsysteme in Frage zu stellen, dürfte wohl kaum der rechte Weg sein.

Hinterhofgärten und Abstandsgrünflächen können sie gewiß nicht ersetzen oder überflüssig machen. Wer sich seine Tomaten und seinen Schnittlauch selbst ziehen möchte, dem sei dies empfohlen. Schließlich schont es auch den Geldbeutel. Aber Schadstoffe machen auch vor solchen Minigärten nicht halt. Wer dies glaubt, ist im Irrtum. Man denke nur, um bei einem Beispiel zu bleiben, an die Belastung von Abstandsgrünflächen und Hinterhofgärten durch Autoabgase. Und der saure Regen erreicht selbst Balkonkästen. Fazit: Mit all den kleinen Gemüsegärtchen vor den Häusern lassen sich Stadt und Land nicht ernähren. Insoweit läßt der Film „Diesseits von Eden" doch eine ganze Reihe von Fragen offen.

SIEGFRIED IHLE

Man muß nicht gleich ein Aussteiger werden, wenn man von Fremd- auf Selbstversorgung umsteigt FOTO: TELEBUNK

KRITIK

Frisches Paperlapop

Das alte Lied: Nicht jene polyglotten Songs und Sänger, die den schlimmen Rauch des Trallalas aus deutschem Naturschnulzpark in die verdiente Fast-Vergessenheit zurückstießen, standen am Showstart-Punkt zu Luxembourg, weder Nena noch Trio, sondern Mary Roos. Die gediente Altgardistin des gebalzten Schlagerschmuses versuchte sich gottlob vergebens mit einem Hinz- und Kunz-Vers. Der zwölfte Platz beim **Grand Prix Eurovison** war dafür noch zu gut. Die Schweden siegten mit ihrem kinderliedhaften frischen Paperlapop zu Recht. Die Stockholmer Showschneider gingen ebenso wie die Briten, Irländer und Luxembourger professionell an den Grand Prix Petit: Sie schusterten ihre Schlager über die Geschmacksleisten von Radio-Redakteuren, die entscheiden, was dann den Zuschauern zur Entscheidung vorgelegt wird. Was aber soll der Fernsehteilnehmer entscheiden, wenn ihm nur Mittelmaß vorliegt?

REGINALD RUDORF

Angst vor dem Klempner

Die Ureinwohner seiner Heimat glauben an die Realität von Träumen und an die Macht von Visionen. Peter Weir, inzwischen Australiens berühmtester junger Regisseur, hat einiges von den Aporigenes gelernt und in seine Filme übernommen. Alpträume werden Wirklichkeit und Angstzustände Teil des Alltags. In **„Wenn der Klempner kommt"** (ARD), der 1979 entstanden ist, dringt ein junger Mann in die Wohnung einer nicht mehr ganz jungen Frau ein und gibt vor, er sei der Klempner. Doch bald wird aus dem Jäger der Gejagte. Die Frau nämlich dreht den Spieß, nachdem sie ihre Angst überwunden hat, kurzerhand um. Das war kein Horrorfilm üblicher Machart. Hier spiegelte sich der Horror, die Angst in der Hilflosigkeit der Menschen. Selbst dieser kleine Fim wies Peter Weir als talentierten Gefolgsmann Alfred Hitchcocks aus.

M. v. SCHWARZKOPF

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Die Flut bricht los
Amerikanischer Spielfilm (1976)
11.40 Umschau
11.55 Tagebuch
Aus der evangel. Welt
12.10 Natur – neu gesehen
Alexander von Humboldt – zum 125. Todestag des Naturforschers
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau

16.10 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
Heute u.a. Ein Schüler auf den Spuren von Elvis Presley / Siebzigjährige wünscht sich Hubschrauberflug / Schülerin besucht ein Kloster / Schüler Franz Schwarz möchte bei einem „Impressionsfilm" Regie führen / Komiker Emil Steinberger als Türgast / Urige Musik macht die Band „Rolls Noise"

17.20 Per Anhalter durch die Galaxis (2)
Englische TV-Serie in sechs Teilen nach den Büchern von Douglas Adams

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Vor dem Sturm (2)
Theodor Fontane
Fernsehfilm von Franz-Peter Wirth nach einem Drehbuch von Herbert Asmodi
Nachdem Bernd von Vietzewitz' erster Feldzug gegen die verhaßten Franzosen erfolglos abgebrochen werden mußte, setzt er große Hoffnungen in eine Audienz beim Kanzler Hardenberg.

21.15 Rüstung
Von Winfried Scharlau und Jürgen Bertram
Arme Welt – reiche Welt
Knapp 600 Millionen Menschen sind derzeit in der Dritten Welt unterernährt, doch die Rüstung wächst in den Entwicklungsländern noch schneller als in den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes.

22.00 Solo für Spaßvögel
Mit Piano-Paul
Regie: Arno Imhoff

22.30 Tagesthemen

23.00 Besuch aus dem Jenseits
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Buch, Regie: Anna Thomas
Auf einem schottischen Herrensitz gerät ein junges Mädchen zu Beginn unseres Jahrhunderts in den Bann eines unheimlichen Geschehens. Ein gespenstischer Jüngling gewinnt Macht über sie; als ihre ältere Schwester den beängstigenden Vorgängen im Schloß nachforscht, kommt sie einem düsteren Familiengeheimnis auf die Spur.

0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Lernen ist menschlich
5. Folge: Wir sprechen türkisch

16.18 Elternsache: Grundschule
5. Folge: Hausaufgaben
Anna erhofft sich Hilfe von ihrer Mutter. Sie hat oft Probleme mit ihren Hausaufgaben. Das Mädchen ist kein Einzelfall, so wie ihr geht es vielen Kindern. Die Eltern wissen aber oft nicht ,wie sie sich verhalten sollen, ob sie überhaupt helfen dürfen und, wenn ja, wie weit die Hilfe gehen darf. Der Beitrag zeigt, was man tun kann.
anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Lassies Abenteuer
In Weevers Creek

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Konstantin Wecker, Egon Müller

17.50 Ein Colt für alle Fälle
dazw. heute-Schlagzeilen

19.00 heute

19.30 Asylanten
Aus einem Sammellager berichtet Jürgen Roth
So lange es Kriege, Revolutionen, wirtschaftliche Katastrophen und Hunger auf der Welt gibt, so lange gibt es auch Menschen, die ihre Heimat verlassen und in anderen Ländern um Asyl bitten. Sie werden nirgendwo freundlich begrüßt, sondern fast immer als unliebsame Belastung empfunden.

20.15 Der Haustyrann
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Heinz Erhardt
Der Besitzer eines schlechtgehenden Cafés, Paul Perlacher, tyrannisiert seine gesamte Umgebung. Am meisten hat darunter seine Schwester Trude zu leiden, die dem cholerischen Perlacher und seinen beiden Kindern Inge und Alex seit Jahren den Haushalt führt.

21.45 heute-journal
anschl. Politbarometer

22.10 Die Welt, in der wir wohnen
Diesseits von Eden
Plädoyer für biologische Selbstversorgung in Stadt und Land
Ein Film von Jürgen Schneider

22.55 Hambacher Frühling
Auslese – Beispielhafte Fernsehspiele
Von Helmut Pigge

0.25 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Deutsch (57)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Über die Hobby- und Sammlerbörse aus Viersen
21.45 Martha Mödl
Doppelgast in Aachen
Studiogespräch mit der Kammersängerin, die seit 1953 Mitglied des Württembergischen Staatstheaters ist
22.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Ein Vater bedrängt Frau und Tochter mit Ordnungs- und Hygiene-Vorschriften
anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme: Ich laß dich nicht im Stich
Aus dem Alltag der Bewährungshilfe
21.00 Das Montagsthema
Voraussichtliches Thema: Tempo 100
22.00 Der Richter von Colorado
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Regie: Henry Levin
1865: Obwohl der amerikanische Bürgerkrieg zuende ist, gibt der Nordstaaten-Colonel Devereaux den Befehl, eine Südstaateneinheit zusammenzuschießen

SÜDWEST

19.30 Bonanza
20.20 Breakout – Tanz aus dem Getto
21.10 Mad Movies
22.25 Jazz am Montagabend

HESSEN

19.00 Rockpalast
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
Brandstifter und Biedermänner
22.35 Das Porträt: Horst Janssen

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 „... daß Jahrtausende nicht spurlos vergehen"
Neue Ausgrabungen und Ergebnisse der Landesarchäologie in Bayern
22.50 Captain Paris
Der Mann, den es nicht gab
Kriminalfilm
Regie: Bruce Paltrow
23.35 Rundschau

Heinz Sehnert

geb. 2. 6. 1908

gest. 23. 4. 1984

Die Beisetzung hat bereits stattgefunden.

Bitte keine Beileidsbekundungen.

Braunschweig, im Mai 1984

BEKANNTMACHUNGEN

Zwangsversteigerung
eines Winkelbungalows in 2251 Tating/Eiderstedt

– 5 K 65/83 – Am 29. Mai 1984, 13.30 Uhr, versteigert das Amtsgericht Husum im Amtsgerichtsgebäude, Theodor-Storm-Straße 5, Saal 3, das im Grundbuch von Tating Blatt 215 eingetragene 961 m² große Hausgrundstück. Beschreibung: Winkelbungalow, Baujahr 1981 (Optimal-Bausatz-Haus), Mahagonifenster isolierverglast, Ölzentralheizung mit 6000-l-Erdtank; Wohn- und Nutzfläche: ca. 142 m². Eigentümer: Witt, Tating; Lage: Möhlenberg 5, 2251 Tating, ca. 8 km von St. Peter-Ording entfernt; Verkehrswert: 300 000,– DM. Auf die Veröffentlichung in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen wird hingewiesen. Bietungsinteressenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß u. U. Sicherheit zu leisten ist. Nähere Auskünfte erteilt das Gericht. Die Schätzungsunterlagen können bei Gericht eingesehen werden.

Amtsgericht Husum — Ost, Rechtspfleger

Aus dem Hebräischen übersetzt

Im Bezirksgericht von Tel Aviv-Jaffa

Koordinierte Zivilakten 1919/79, 2123/79, 2130/79, 2536/79, mit Beschleunigung verbunden 136/82, Akte f. beschleunigtes Verfahren 8209/83; vor dem Richter Charisch verhandelt.

Berufungskläger: ITZHAK HALALI, wohnhaft in Tel Aviv, Gordonstr. 24, vertreten durch Bevollmächtigten RA Arnon Gal aus Tel Aviv, Helsinkistr. 19,

gegen

Berufungsbeklagte: 1. Nachlaß des verstorbenen Gad (Gerd-Egon) BIRINGER, 2. Zvi BIRINGER (wohnhaft in Deutschland – ausgewiesen durch Reisepaß Nr. F 4013005), 3. Maria-Gabriela Mitschka-BIRINGER (wohnhaft in Deutschland – ausgewiesen durch deutschen Reisepaß).

Treuhänderin: UNITED BANK MIZRACHI LTD. (formelle Berufungsbeklagte), Tel Aviv, Lilienblumstr. 48

Aufforderung zum Antrag auf Verfügungserlaß

An die Berufungsbeklagten: Es wird hiermit bekanntgegeben, daß am 10. 6. 1984, um 8.30 Uhr oder kurz danach, der Gerichtshof ersucht wird, die Auszahlung des Betrages von DM 100 000,– an den Berufungskläger zu verfügen.
Diese Summe wurde beschlagnahmt und in Übereinstimmung bei der United Bank Mizrachi Ltd. hinterlegt, als Sicherheit zur Einhaltung der Verpflichtungen, die die Berufungsbeklagten eingingen, gemäß dem mit dem Berufungskläger übereingekommenen Vergleich, der im Gerichtshof lt. Verfügungen vom 12. 1. 1982 und 15. 2. 1982 rechtsgültig wurde.

Ferner wird der Gerichtshof darum ersucht, die Berufungsbeklagten zur Zahlung der Berufungskosten und des Anwaltshonorars, einschließlich Mehrwertsteuer, zu verpflichten.

Es wird hiermit bekanntgegeben, daß, falls Sie am oben genannten Tag nicht erscheinen, der Gerichtshof befugt ist, in Ihrer Abwesenheit nach dessen Gutdünken eine Verfügung zu erlassen und ein Urteil zu fällen.

Pankraz, J. Reemtsma und die goldene Farce

Kopfschütteln hat in Hamburg der Entschluß des Reemtsma-Erben Jan Philipp ausgelöst, sein Unternehmen sausen zu lassen und mit den vielen Millionen der Verkaufssumme ein „Institut für Sozialforschung" zu gründen und in Gang zu halten. Das Unternehmen ist wirklich kurios, eine richtige Schnapsidee. Es gibt ja bereits seit vielen Jahrzehnten ein „Institut für Sozialforschung", das in Frankfurt, und dieses Institut ist auch nicht erfolglos, so daß ihm auf die Sprünge geholfen werden müßte, im Gegenteil, es blüht und gedeiht, seine Angehörigen, die „Frankfurter Schule", haben Wissenschaftsgeschichte gemacht, verwalten wichtige Lehrstühle überall im Lande, prägen den Denkstil von Tausenden von Studenten, Dutzenden von Feuilletonredakteuren.

Wenn die Ideen der „Frankfurter Schule" trotzdem nicht so reüssierten, wie das ihre Gründer erhofften, so liegt das sicher nicht an mangelndem Geld. Geld war immer genug da, aber die damit finanzierte, teils marxistisch-autoritäre, teils psychoanalytisch-antiautoritäre „Kulturrevolution" hat sich totgelaufen. Ihr Paradigma ist verschlissen, die Geistesgeschichte ist über sie hinweggeschritten. Daß jetzt ein reicher Jüngling kommt und mit Hellern und Batzen um sich wirft, damit alles noch einmal von vorn losgeht, bestätigt voll das bekannte Diktum von Marx, wonach viele Dinge zweimal passieren: einmal als Tragödie, das zweite Mal als Farce.

Tatsächlich wirkt das neue Hamburger „Institut für Sozialforschung" wie eine Riesenfarce, wie eine Karikatur des alten in Frankfurt. Auch in Hamburg will man, wie Jan Philipp Reemtsma verlauten ließ, „autoritäre und faschistische Tendenzen erforschen". Doch man weiß bereits genau, was man herausbekommen wird: daß es nämlich das „kapitalistische System" ist, das die Menschen kaputtmacht, die Frauen in Abhängigkeit hält und „neue Armut" schafft. Während die Gründer des Frankfurter Instituts größten Wert darauf legten, im Rahmen der Universität zu verbleiben und solide Forschungsmethoden zu entwickeln, siedeln die Reemtsmas lieber im Sub-Milieu des Hamburger „Quartier Latin", und zum „Forschungsbeirat" des neuen Instituts gehören neben der Akademikerin und Nachlaßverwalterin Margarete Mitscherlich der IG Metall-Redakteur Jakob Moneta, die Feministin Alice Schwarzer und der unverbesserliche Uralt-Trotzkist Ernest Mandel. Mitmachen kann jeder, der in den Augen dieser Koryphäen Gnade findet, so daß ein hinreichend fideler „Forschungsablauf" von vornherein garantiert zu sein scheint.

Das viele Reemtsma-Geld in Verbindung mit den leichten Eingangsbedingungen wird eine Menge kleiner Schmarotzer und Maulhelden anziehen, es wird eine Menge eilig zusammengeschmierter Politbroschüren und sonstiger Makulatur geben, aber Wissenschaftsgeschichte machen wie das alte wird das neue „Institut für Sozialforschung" bestimmt nicht. Vielleicht wird es jedoch bald selber zum Forschungsgegenstand für ernsthafte Wissenschaftler, die an seinem Beispiel darlegen, wie Söhne reicher, erfolgreicher Väter ihr Erbe durchbringen. Es hätte dann ganz unabsichtlich einen wichtigen Beitrag zur Familiensoziologie geliefert, einer Disziplin, die noch in den Kinderschuhen steckt.

Amerikanische Forscher haben immerhin schon herausgefunden, daß die industrielle Sphäre für den Aufbau bedeutender, über viele Generationen sich hinstreckender Familienunternehmen nicht günstig ist. Während Landbesitz, auch solcher von größten Dimensionen, meist für Jahrzehnte, ja, für Jahrhunderte in der Verfügungsgewalt ein und derselben Familie oder Sippe bleibt, beträgt die entsprechende Indexzahl bei Industrieunternehmen gerade anderthalb Generationen. Das heißt, sie umspannt den Gründer, der aus kleinen Handwerker- oder Ingenieurverhältnissen aufsteigt und durch persönliche Tüchtigkeit einen großen Betrieb zusammenbringt, und dann nur noch knapp fünfzig Prozent der nachfolgenden Generation. Nur der Hälfte der großen Unternehmer gelingt es, ihre Söhne für eine erfolgreiche Übernahme des Betriebes zu interessieren und zu motivieren; spätestens in der zweiten Generationen sind so gut wie sämtliche Familienbetriebe in überpersönliche Gesellschaften umgewandelt.

Die Rede von der Oligarchie im Kapitalismus, von der „Herrschaft der hundert Familien", von „Dallas" und „Denver", läßt sich also nicht belegen. Richtig ist dagegen das Bild von der „jeunesse dorée", von der „Bright-Youth-Generation", den Söhnen und Töchtern tüchtiger Unternehmer, die auf das Angebot zur Übernahme des Betriebs mit Nullbock reagieren, auf das Geld, das der Betrieb bringt, aber nicht verzichten wollen. Diese „jeunesse dorée" ist psychologisch außerordentlich gefährdet, sie ist fast nicht in der Lage, Verantwortung zu übernehmen, da der Entschluß, auf die Verantwortung für das väterliche Erbe zu verzichten, eine Aversion gegen Verantwortung überhaupt nahelegt. So tändelt man herum und macht das Leben zum bloßen Spiel.

Auch der Entschluß des Jan Philipp Reemtsma, mit dem Geld aus dem väterlichen Erbe ein „Institut für Sozialforschung" zu finanzieren, trägt deutlich die spielerischen Züge einer typischen „jeunesse dorée". Es fehlt ihm jede Kreativität. Als Student bewunderte Reemtsma das Frankfurter Institut, weil es der Gegenwurf zur verhaßten Welt der Väter zu sein schien und außerdem ungeheuer „in" war. Wie schön müßte es sein, auch einmal so etwas zu haben! Nun, heute „hat" er es. Stein für Stein baut er das bewunderte Vorbild nach, doch wenn der Bau fertig ist, wird er nicht funktionieren. Er hat keine Seele, er ist nichts weiter als die Ausgeburt kindlicher Verantwortungsscheu, und die Broschüren, die er ausspeit, werden genau das widerspiegeln. Man wird auf sie verzichten können.

Pankraz

Die Avantgarde läßt die Muskeln spielen: 31 Kölner Galerien zeigen ihre spektakulären „Premieren"

Die Trends werden im Tollhaus gesetzt

An diesem Abend gibt es mehr Bilder als Parkplätze in Köln. Auf einen Knall eröffnen 31 Galerien ihre neuen Ausstellungen. Das schlägt, im engeren Planquadrat des Kunsthandels zwischen Wallraf-Richartz-Museum und Neumarkt, durch bis auf die Straße. Gesetzte Sammler mischen sich mit schrillem Jungvolk. Tous Cologne ist unterwegs.

Nicht nur Kölner. Die „Premieren", zum vierten Male veranstaltet, haben sich neben dem Kunstmarkt als wichtigstes Avantgarde-Schaufenster der Kunsthandelsmetropole am Rhein etabliert. Sie sind eine private Initiative, eine Initiative des Handels. Die Stadt gibt einen Druckkostenzuschuß zum Gemeinschaftskatolag (Preis: 10 Mark) und steckt sich den Lorbeer an den Hut.

Premieren, das heißt nicht einfach: Eröffnungen. Nur wenige Galerien nutzen den Anlaß, in neuer Verpackung zu präsentieren, was sie eine Weile im Keller hatten. Die „Premieren" wollen Debüts zumindest für den rheinischen Großraum bieten, wollen spektakuläre Ausgrabungen.

Paul Maenz, im schweren Ruf des Trendsetters, seit er mit den Neuen Wilden die Gruppe „Mülheimer Freiheit" in die Hochlagen des Kunsthandels hinaufzog, zeigt erstmals in Deutschland Keith Haring aus New York. Haring ist in der Domstadt unübersehbar. Ein Tag reichte ihm, auf Straßen und Plätzen seine Spuren zu hinterlassen, Menschen in seine T-Shirts zu stecken und ihnen seine Buttons anzuheften. Überall zwinkern einem an diesem Abend seine Hieroglyphen entgegen.

Maenz' Galerieräume: ein Tollhaus. Menschen über Menschen, laut die Discomusik. Zwischen den Bildern ist immer noch Platz: Haring hat ihn mit eckigem, rotem Pinselstrich gefüllt. Er hat die Säulenpostamente ummalt, er setzt ironische Miniaturen über die Steckdosen. Daß nun die Wände voll sind, macht nichts. Dafür sind ja Menschen da. Keith Haring bemalt Gino, auf dessen rasierter Haut sich rote, gelbe und schwarze Linien zu schlingen beginnen.

Dabei ist Haring alles andere als ein Aktionist. Er will nichts als malen. Also malt er. Auch auf Leinwände, muß man beinahe hinzufügen. Manches sieht auf den ersten Blick aus wie Karikaturen in Acryl. Ein Mann trägt einen Computerterminal, wo andere Menschen den Kopf tragen, aber auf dem Bildschirm des Terminals ist das Gehirn zu sehen. Eine andere Figur trägt den Fernseher als Kopf. Und drumherum schwirrt, was über die Mattscheibe flimmert: Westernhüte, Düsenjäger, fliegende Untertassen. Eine schwangere Frau sieht ahnungsvoll ihr Baby: auf dem Fernsehschirm natürlich, der über ihrem Kopf schwebt.



Ein zartes Mal-Monster namens Rosalie: „Klavier für 1, 2. und meine rote Badeente" (1984), aus der Ausstellung in der Galerie Orangerie-Reinz FOTO: KATALOG

Haring bildet unsere Welt in radikal verkürzter Zeichensprache ab. Auf den ersten Blick ähneln seine Bilder den amerikanischen Graffiti, aber Haring sprayt nicht, er malt mit penibler Sorgfalt, wenn auch kaum mehr als die Umrißkonturen. Er entwickelt Chiffren und vereinigt sie auf manchen Bildern zu kaum entwirrbarer Dichte: potenzierte Comics in neuer Dimension.

In Amerika und Ostasien gilt Haring gleichsam als Warhols Erbe. Er hat den zweiten Schub der Pop-art gestartet. Die kultische Verehrung, die die Pop-Väter in ihren Images den Erscheinungsformen unserer Zivilisation entgegenbrachten, ist nun 'raus. Alles ist, wie es ist. Es ist wertfrei und zweckfrei. Es kann gefährlich sein oder auch einfach nur lustig.

Szenenwechsel: Sie heißt bürgerlich Gudrun Müller. Sie kam zu Jürgen Rose in die Bühnenbildklasse und stellte sich vor. Rose: „Gudrun Müller heißt man nicht in diesem Beruf. Du bist für mich Rosalie." Ein Scherz mit Folgen: Rosalie ist immer noch Rosalie. Sie malt auf Papier, denn sie ist zu ungeduldig, um Leinwände zu spannen. Aber sie ist nicht zu ungeduldig, um selbst ins Theater zu gehen und dort ihre Bühnenbildprospekte mit eigener Hand zu malen – und die natürlich auf Leinwand.

Die Galerie Orangerie-Reinz vermittelt die Begegnung mit diesem zarten Mal-Monster namens Rosalie. Der Völle ihrer Bilder nach mußte sie Tag und Nacht gemalt haben. Ihr wird alles zu Bild, alle Gedanken, Gefühle, Anblicke. Die Umsetzung geschieht spontan und sofort. Die Titel suggerieren Flüchtigkeit: „Luftsprünge", „Zauberei", „Du bist ein Stern", „Bunte Lust", „Guten Morgen".

Rosalie schöpft aus dem Vollen, in der Farbpalette ebenso wie in der Maltechnik. Aber bei aller Spontaneität kann von Flüchtigkeit keine Rede sein. Die Bild-Komposition stimmt, und das auf Anhieb. Es ist wohl bloß der lästige, falsche Skrupel, den dieses überschäumende Maltemperament nicht kennt. Und daher teilt es sich mit, wie es ist: unverstörter Optimismus, ein einziges Ja auf hundert Bildern.

Der Scirocco bläst bis nach Köln. Weil er in Venedig das Wasser in der Lagune zurückstaut, kommen die Bote mit den großen Containern nicht unter den Brücken hindurch. Zwirner bekommt seine hochkarätigen Surrealisten, Magritte und Tanguy namentlich, nicht von der Händlermesse im Palazzo Grassi weg. Am Premierenmorgen hängt nichts bei ihm, am Abend ist eine neue, glänzend improvisierte Ausstellung parat: Baselitz, Polke, Kiefer mit zentralen, nicht unbedingt neuen Arbeiten. Man ahnt durch solche Zufälligkeit, was der Kölner Handel zu leisten imstande ist.

Man sieht es bei Borgmann, der mit Lust und Glück Blätter von Baselitz aus über zwanzig Jahren gesammelt hat und nun zu einer Retrospektive vereinigt, die man im galeristischen Rahmen für unmöglich gehalten hätte. Man sieht es bei Stolz, der die Trouvaillen aus dem Nachlaß von Rudolf Jahns gehoben hat und eine Werkschau von schierer Museumsqualität bieten kann. Man sieht es bei Wentzel, der erstmals in Europa das Werk von Adolph Gottlieb präsentiert, des außenseiterischen Mitstreiters von Pollock und Rothko.

Keine Premiere ohne Feier. Maenz hat eine Disco gemietet, und die Musik ist mit der Kunst aus New York eingeflogen. Der Laden kocht noch morgens um vier. Ein Stück Soho unter den Domtürmen. Es gibt keinen aufregenderen Kunstplatz in Europa. Köln weiß und handelt danach. (Wir kommen auf die „Premieren" im WELT-Kunstmarkt zurück.)

REINHARD BEUTH

Maifestspiele Wiesbaden: Triumphaler Einstand der Staatsoper Posen mit Puccini und Szymanowski

Aufmarsch der Stimmen auf dem Scheiterhaufen

Der Überraschungssieger der gerade erst anlaufenden Festspiel-Saison steht schon fest. Es ist die Staatsoper Posen, die mit drei Werken im Rahmen der Wiesbadener Maifestspiele gastierte, alle drei nicht gerade Landläufigkeiten im internationalen Opernbetrieb.

Die Provinz-Polen eröffneten mit Puccinis staunenerregend gesungener „Turandot" und zeigten anschließend eine überaus würdige, glutvoll in Szene gesetzte Aufführung des Stabat mater von Karol Szymanowski, gefolgt von Honeggers und Claudels Oratorium „Johanna auf dem Scheiterhaufen" in einer alle künstlerischen Kräfte herausfordernden Bühnengestalt.

Die Gäste aus Polen schließen sich offensichtlich zu einem Ensemble des gemeinsamen künstlerischen Zieles zusammen. Sie decken auf, daß auf lokaler Ebene das beinahe familiäre Streben nach künstlerischer Vollkommenheit noch durchaus seine Früchte trägt. Sie schwelgen nicht mit dem Glanz kostspieliger Produktionen, sondern gewinnen durch musikalische Vortrefflichkeit Autorität.

Am überraschendsten gelang ihnen Szymanowskis viel zu selten aufgeführter, herrlicher Stabat mater, in dem sich Volkston, Kunstmusik und tiefe Gläubigkeit auf feingliedrige Art verschränken. Andrzej Sadowski hat dazu auf der Bühne einen reich geschnitzten goldenen Schrein errichtet, ein Altarbild aus Leibern, aus Stimmen, aus Klängen.

Und in mächtigen Anrufungen der Schmerzensmutter treten unter dem Schnitzwerk die Chormassen der Anbetung immer wieder hervor: ein ganzes Volk, angeführt von Heiligen und Kirchenfürsten bis hinab zu dem Frackträger mit der silbrigen Löwenmähne, in dem man wohl Artur Rubinstein erkennen darf, den frühen Förderer und Bewunderer Szymanowskis, seines komponierenden Landsmannes.

Aber auch mit Honeggers und Claudels fromm-rhetorischem Welttheater, dem Mysterienspiel vom Tod der Jeanne d'Arc auf dem Scheiterhaufen von Rouen, kamen die Polen glänzend zurecht. Dabei hat Honeggers aufwendiges Oratorium nach der Schlichtheit des Stabat mater wegen seiner Künstlichkeit einen vergleichsweise schweren Stand. Es ruft die musikalischen Überlieferungen auf, um sich mit ihnen wie mit einem geliehenen Heiligenschein zu bekrönen, den Honegger überdies mit den scharfen kompositorischen Mitteln der 30er Jahre voller Emsigkeit putzt.

Aber wieder haben Ryszard Peryt, der Regisseur, und Sadowski, der Bühnenbildner, eine ausgezeichnete Idee. Sie stellen Johanna am Pfahl hoch hinauf auf einen singenden Schädelberg, den Scheiterhaufen aus Stimmen, der aufglüht allein durch die Intensität der Diktion, umkreist von den tollen Spielen der Mächtigen, denen am Ende Johanna zum Opfer fällt: der schweinischen, der eselhaften Quadrille der Henker. In Tiermasken zieht das Tribunal zu Gericht. Die Königshöfe von England und Frankreich reichen sich, einander bekämpfend, dennoch die Hand. Die Welt ist unwirklich, und wirklich ist nur der Himmel. Ihm stirbt Johanna entgegen.

Wieder zeigte sich der Posener Opernchor seiner Aufgabe glänzend gewachsen, wie schon tags zuvor in Puccinis „Turandot", die zudem mit der Doppelüberraschung aufwarten konnte, in Krystyna Kujawinski eine frischstimmige Interpretin der halsbrecherischen Titelpartie zu besitzen, die gleichzeitig über erstaunliche Singenergien verfügte, und in Jozef Kolesinski einen Kalaf vorstellte von müheloser stimmlicher Großartigkeit.

KLAUS GEITEL

Gießen: Joplins „Treemonisha" erstmals in Europa

Über Baumwollfelder

Scott Joplin, Ragtime-Apostel, Autodidakt und Selfmademan, wollte zeitlebens eine richtige Oper schreiben. Er träumte von einer Synthese aus afroamerikanischen Souvenirs und europäischer Tradition. Doch als Joplin 1915 starb, hatte er seine „Treemonisha" lediglich in einer katastrophalen konzertanten Aufführung mit Klavierbegleitung gesehen. Erst sechzig Jahre später konnte Gunther Schuller das von ihm vollständig instrumentierte Stück an der Houston Grand Opera durchsetzen. Damit war der Bann gebrochen.

Es wäre so unfair wie unsinnig, wollte man die jetzt in Gießen für Europa erstaufgeführte „Treemonisha" gegen die traditionelle Oper des 19. oder frühen 20. Jahrhunderts ausspielen. Joplins „Treemonisha" ist eine musikalisch bestechende Mischform, ein origineller Verschnitt mit allem, was anno 1910 in der amerikanischen Popularmusik als gut und teuer galt, ein Stück, das, so wie es vorliegt, nur in Amerika entstehen konnte.

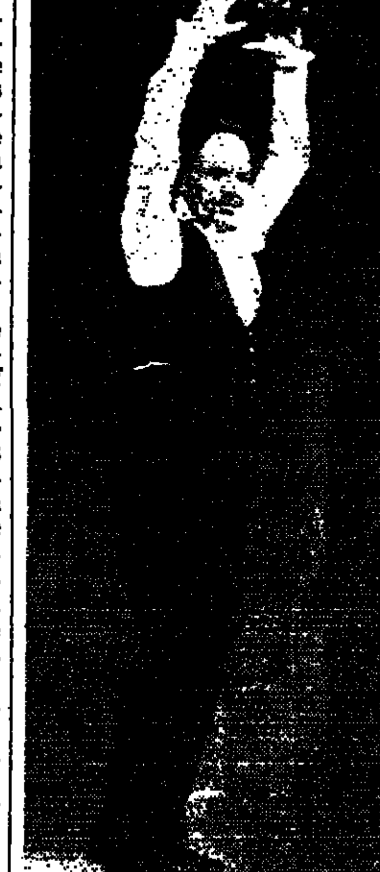
Fast zuviel Harmonie liegt über dem Ganzen, zuviel Gospel-Ergebenheit und Summertime-Stimmung auch. Und Joplins Libretto ist kläglich. Man glaubt es kaum, daß die Story unter Baumwollpflückern nur wenige Jahre nach der Sklavenbefreiung spielt. Es geht um die Abschaffung der Rituale von Zauberei und Aberglaube, um Aufklärung und Versöhnung. Doch dem Botschafter der Versöhnung gerät zuviel rhetorischer Leerlauf in die selbstverfaßte Message.

Wolfgang Lachnitz, der das schlichte und gerade noch abendfüllende Stück inszenierte, weicht dann auch folgerichtig vor Women's Lib ebenso zurück wie vor der Black Power, nimmt die Parabel vom Sieg des Guten wörtlich. Seine Aktualisierungsversuche, die reichlich naiv vorgebrachten Warnungen vor Aberglaube und Unwissenheit, stoßen jedoch ins Leere, weil sie historische Voraussetzungen und Couleur locale beiseite schieben, profitieren aber von dem Umstand, daß die Akteure – besonders Rosanne Duncombe als Treemonisha und Erwin Stephan in der Boyfriend-Rolle – erstaunlich gut singen und spielen, auch mit dem Englischen kaum Mühe haben.

Der zündend und zügig leitende Herbert Gietzen besteht auf gedecktem Sound und hält das auch auf ungewohntem Terrain professionell spielende Orchesterchen zu durchgehendem Andantino-Tempo an. Es kommt der eigentümlichen Faszination dieser Musik zustatten. Joplin liebt nun einmal die weichen, nie übermäßig synkopierten Ragtime-Rhythmen und den mododischen Lyrismus europäischer Provenienz. Manchmal klingt seine Musik wie skelettierter Dvořák, wie Tschaikowski ohne monströsen Überbau, dann wieder nach Salonmusik, Balkanoperette und dem amerikanischen Vaudeville der Jahrhundertwende.

Und ganz zum Schluß, wenn heftig getanzt wird und das Happy-End droht, wenn die „Treemonisha" ihre Zweischneidigkeit zwischen Folk-Musical und Oper verliert, kann man mit gutem Recht jubilieren: That's entertainment. Und das brauchen unsere Theater auch.

HEINZ LUDWIG



Will über seine Natur hinaus: Heinz Bennent als Hans Christian Andersen, in der Inszenierung am Münchener Residenztheater FOTO: RABANUS

München: Bergman inszeniert Enquists „Aus dem Leben der Regenwürmer"

Einsam des Nachts unter Sternen

Ich habe die Regenwürmer gewaschen, sorgsam, liebevoll. Ja, ich habe sogar die Regenwürmer mehrmals mit Wasser gespült, bis sie vollkommen rein waren." Mit diesem Satz endet das Stück „Aus dem Leben der Regenwürmer" des schwedischen Autors Per Olov Enquist. Sein Landsmann Ingmar Bergman hat in seiner Münchener Inszenierung diesen Satz leitmotivisch vorangestellt. Die Metapher umreißt eine verstellte Perspektive: „Ein vom Schmutz des Daseins gereinigtes Leben".

Enquists Menschen sind geprägt von einem tiefen Identitätsverlust. Weder leben sie nach ihren Bedürfnissen, noch bekennen sie sich zu ihrer Biographie. Da ist der Dichter Hans Christian Andersen, der geniale Märchendichter aus kleinen Verhältnissen. Statt sich zu seinem Talent zu bekennen, ist er bestrebt, ein großer Dramatiker zu sein, weil nur das literarischen Ruhm legitimiere. Und er verleugnet auch seine Biographie, weil sie nicht den Normen der von ihm angebeteten höfischen Gesellschaft entspricht.

Da ist zweitens die berühmte Schauspielerin Johanne Luise Heiberg, gleichfalls aus kleinen Verhältnissen stammend, die zwar fast perfekt dem biedermeierlichen Bildungsideal angenähert ist, darüber aber längst ihre Natur verloren hat. Auch ihr Mann Johan Ludvig, führender Schriftsteller und Theaterdirektor Dänemarks in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, ist solchen Deformationen nicht entkommen. Seine eigenen Theorien über den sogenannten guten Geschmack haben ihn um seine Natur gebracht. Einsam sitzt er des Nachts am Fenster und schaut den Sternen zu, die in ihrer Unerreichbarkeit und Kälte seinem eigenen Schicksal entsprechen.

Enquist läßt seine Figuren und die von anti-jüdischen Pogromen geistig und körperlich vernichtete Mutter der Schauspielerin aufeinander los: In einer Art Manege bewegen sich dressierte Tiere, die einander lieben und zerfleischen möchten, aber weder das eine noch das andere zu tun vermögen. Ingmar Bergman hat diese Tragödie der verlorenen Identität zu einer Pathologie Kafkascher Prägung verschärft. Die denaturierten Zellen sind Krebsgeschwulste geworden, unheilbar, schrecklich, abstoßend. Heinz Bennent, der den Andersen spielt, erinnert manchmal an Kafkas monströsen Käfer, der grotesk und bedrohlich zugleich das entartete Ich widerspiegelt. Er zappelt, liegt auf dem Rücken, kriecht auf dem Boden herum, tanzt und jammert, wie die elende Karikatur eines Opportunisten, der sich vor sich selbst verneigt. Aber er ist auch eine Bedrohung für die anderen, weil sich in diesem Zerrbild die ganze Lächerlichkeit der geforderten Normen enthüllt.

Frau Heiberg (Christine Buchegger) ist in Bergmans Inszenierung die domestizierte Form dieses Käfers. Sie hat Stil und Distanz zu ihrer Rolle. Doch wenn sie die Ruine ihres Egos offenbart, bekommt sie eine beklemmende Ähnlichkeit mit dem Dichter: ein entartetes Geschöpf, das die typischen Merkmale der Überzüchtung aufweist – Unberechenbarkeit und gefährliche Raserei. Ihr Mann (Horst Sachtleben) erleidet bei Bergman das Schicksal der Dompteure. Er ist der Dressur ebenso unterworfen wie seine Geschöpfe.

Das hat manchmal schreckliche Züge. Vor allem Bennent gelingt es in der totalen Erfüllung der Dressur, diese selbst ad absurdum zu führen. Er und Christine Buchegger sind die aussätzigen Opfer einer gesellschaftlichen Pathologie, deren furchtbarstes Ergebnis die zerstörte Mutter (Monika John) darstellt. Aber Bergmans Inszenierung leidet auch unter ihren Überzeichnungen. Man lacht zu oft, ohne das Tödliche dieses Lachens zu spüren zu bekommen. Es ist Bergmans Schicksal auf deutschen Bühnen: Seine Abgründe sind gruselige Geisterbahnen, in denen das Fürchten ein Programm ist.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Hilfe für „DDR"-Künstler in der Bundesrepublik

dpa, Paderborn

Die Selbsthilfeorganisation „Hilferufe von Drüben" hat in Paderborn eine Bundesstiftung angeregt, die umgesiedelten Kulturschaffenden beim Aufbau einer neuen Existenz in der Bundesrepublik helfen soll. Der Aktionsvorsitzende, der 50jährige Autor Claus-Peter Clausen aus Lippstadt, meinte, das Kulturforum könne seinen Platz in Berlin finden. Den Vorschlag, ein sogenanntes Berliner Forum ins Leben zu rufen, hat die Hilfsorganisation nach Angaben von Clausen bereits dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), unterbreitet.

Internationaler PEN tagt in Japan

AFP, Tokio

Rund 820 Autoren aus aller Welt treffen vom 14. bis 19. Mai zur 47. Tagung des PEN Club International in Tokio zusammen. Die Eröffnungsveranstaltung hat das Thema „Literatur im Atomzeitalter – warum wir schreiben". Ehrengäste des Schriftstellerkongresses sind der Schwede Per Wastberg, die Amerikaner Kurt Vonnegut und William Styron, der sowjetische Exil-Schriftsteller Wassili Aksenow, die Briten Francis King und Alan Sillitoe, der Chinese Ba Jin und der Franzose Alain Robbe-Grillet.

Preis für konkrete konstruktive Kunst

PHG. Berlin

Das Kartonverpackungs-Unternehmen Tetra Pak hat in der Berliner Nationalgalerie zum zweiten Mal seinen Preis für konkret-konstruktive Kunst verliehen. Der Hauptpreis (25 000 Mark) ging an den in Berlin lebenden Frank Badur, der Anerkennungspreis (5000 Mark) an den Bochumer Willi Otremba. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen würdigte als Schirmherr das Engagement der Tetra-Pak-Gruppe für die Kunst und betonte die Notwendigkeit, auch im Bundestag über Erleichterung von Mäzenatentum in Deutschland „nachzudenken".

„Woche des Buches" in 200 Städten

dpa, Mainz

Mehr als 200 Städte und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet beteiligen sich an der ersten „Woche des Buches". Dabei finden nach Angaben der Deutschen Lesegesellschaft (Mainz) bis zum 12. Mai von Westerland (Sylt) über Berlin bis Starnberg vielfältige Aktivitäten rund um das Buch und das Lesen statt. Das Veranstaltungsspektrum reicht von Autorenlesungen über Bücherbasare, Ausstellungen, Theateraufführungen, Vorleseaktionen bis hin zu Quiz und Wettbewerben.

Rothko-Sammlung geht nach Washington

AFP, Washington

285 Bilder von Mark Rothko werden der National Gallery of Arts in Washington von der Rothko-Stiftung vermacht. Das beschenkte Museum lehnte es ab, den Wert der Sammlung zu schätzen. Sie dürfte in die Millionen gehen. Weitere Gemälde wurden der Tate Gallery in London zugedacht, ferner dem Stedelijk Museum in Amsterdam, dem Louisiana Museum in Humlebaek (Dänemark) sowie dem Israel Museum in Jerusalem und dem Tel Aviv Museum.

Fotowettbewerb „Frau mit Hut"

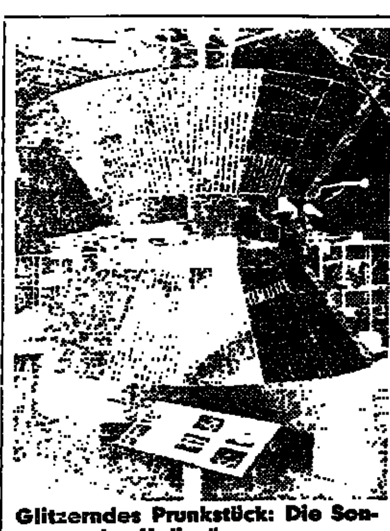
DW. Neuss

Eine originelle Idee, die Kunstförderung mit Werbung für das eigene Produkt verbindet, ließ sich die Neusser Hutmanufaktur H. Th. Becker einfallen. Sie schrieb zu ihrem 75jährigen Jubiläum einen Fotowettbewerb unter dem Thema „Frau mit Hut – Zeitgeist – Persönlichkeit – Mode" aus. Er ist offen für Berufsfotografen und Künstler, die sich der Fotografie als schöpferischem Ausdrucksmittel bedienen. Der erste Preis beträgt 3000 Mark. Einsendeschluß ist der 25. August (Unterlagen: H. T. B., Postfach 40, 4040 Neuss).

Gustave Singier †

AFP, Paris

Der Maler Gustave Singier, ein Mitbegründer der Pariser Schule, ist am Wochenende gestorben. Singier, der mit Alfred Manessier und Bazaine zur Gruppe der „Peintres de tradition française" gehörte, war einer der großen Vertreter der nichtfigurativen französischen Malerei vor der eigentlichen Abstraktion eines Hartung oder Soulages. Der 1909 im belgischen Warneton geborene Künstler schuf nicht nur seine in blauen und roten Dominanten gehaltenen Ölbilder, sondern auch großflächige Wandmalereien, Fenster sowie Bühnenbilder, Buchillustrationen und Entwürfe für Wandteppiche. Außerdem hinterläßt Singier ein umfangreiches lithographisches Werk.



Glitzerndes Prunkstück: Die Sonnensonde „Helios"

Auch wenn es eng zugeht in der neuen Luftfahrthalle – für die JU 52 reichte es zu einem Ehrenplatz FOTOS: CLAUS HAMPEL

Spärlicher Raum für eine lange Geschichte

Von PETER SCHMALZ

„Mit großen Flügeln", ahnte Leonardo da Vinci vor einem halben Jahrtausend, „wird der Mensch, indem er gegen die widerstrebende Luft Kraft erzeugt, siegreich die Luft unterwerfen und sich auf ihr erheben." Es sollten noch Jahrhunderte vergehen, ehe der Mensch der Schwerkraft und der Luft ein Schnippchen schlagen und des weitsichtigen Italieners Prophezeiung in die Tat umsetzen konnte. In der gestern feierlich eröffneten Luft- und Raumfahrthalle des deutschen Museums, die damit die Nachfolge des im Krieg zerstörten Berliner Luftfahrtmuseums antritt, kann der Besucher nun – wie Festredner Franz Josef Strauß meinte – „unmittelbar miterleben, wie steinig, unterschiedlich steil, reich an Umleitungen und zuweilen auch in die Irre leitend" der Weg von den wachsverklebten Flügeln des Ikarus bis zum freischwebenden Menschen im Weltraum war.

Nun genügt den Machern des Münchener Museums die bloße Ausstellung imposanter Exponate bei weitem nicht. Bei ihnen soll der Besucher erstaunen und zugleich spielerisch mit neuem Wissen beladen werden. Der Anspruch macht Mühe. Das Modell der Montgolfier, mit dem sich vor nun 201 Jahren die Brüder gleichen Namens in die Pariser Luft erhoben haben, muß nach dem Münchener Selbstverständnis bis in den letzten Knoten und die feinste Farbnuance dem Original gleichen. Doch das existiert längst nicht mehr, Nachforschungen in Paris ergaben, daß man sich dort noch nie solch detaillierte Gedanken gemacht hatte, weshalb die Münchener Bastler selbst forschten und Luftabteilungsleiter Walter Rathjen gestern beim Rundgang mit Bundeskanzler Kohl den staunenden Gästen erklären konnte, daß sie hier vor der einzigen korrekten Darstellung des ersten Flugs der Menschheit stünden.

Die ersten erfolgreichen Versuche des dynamischen Flugs gelangen dem Berliner Otto Lilienthal, der sich dafür in Lichterfelde für 7000 Goldmark einen 15 Meter hohen Sprunghügel hatte aufschütten lassen, der ihm am 10. August 1896 zum tödlichen Schicksal werden sollte. Schon acht Jahre später kaufte Oskar von Miller, der Gründer des wegen Kriegswirren erst zwei Jahrzehnte später eröffneten deutschen Museums, einen Doppeldecker-Gleiter Lilienthals. Der fragile Flugapparat ist heute das älteste Originalstück der Münchener Sammlung.



Zwei Stücke aus der Pionierzeit der Luftfahrt: Eine „Wolf Stieglitz" und darüber eine „Junkers Junior"

Das jüngste Stück steht nur teilweise in der fünfstöckigen neuen Luftfahrthalle: Der teure „Tornado" muß in den nächsten Wochen wieder zum Flugbetrieb zurückgegeben werden, soll aber schon bald durch ein kostenloses Dauerexemplar ersetzt werden.

Geschenke sind der Museumsmannschaft ohnehin die liebsten Objekte. Wie das erste deutsche Motorflugzeug, der 36-PS-Flieger des Piloten Hans Grade von 1909. Oder wie die flugfähige „Tante" JU-52, die Frankreich für einen Franc nach München verkaufte.

Heute sind die Geschäfte meist teurer und ohne Sponsoren in den deutschen Flugzeugwerken für das Museum nicht mehr finanzierbar. Amerikaner etwa leihen gerne alte Maschinen aus, fordern aber als Gebühr deren Renovierung (WELT v. 4. 5.). Auf ähnlicher Basis hofft Generaldirektor Otto Mayr nun auch mit den Polen übereinzukommen. Denn dort ruht ein deutscher Luftfahrtschatz: Das Berliner Luftfahrtmuseum hatte die meisten seiner Exponate im Krieg auf heute polnisches Gebiet ausgelagert, die neuen Machthaber in Warschau nahmen das unfreiwillige deutsche Geschenk ohne Zögern an.

Was nicht original in die Halle paßte, baumelt als Modell

Dennoch: Die Münchener müssen bescheiden bleiben bei ihren Luftsprüngen. Wohl ist die neue Halle mit mehr als 8000 Quadratmetern achtmal so groß wie die bisherige Ausstellungsfläche, aber Abteilungsleiter Rathjen ist höchst unzufrieden über den 40 Millionen Mark teuren Neubau: „Das ist eine Schuhschachtel, aber keine Raumfahrthalle." Bürokraten bei der Münchener Stadtplanung, die dem europäischen Patentamt und dem Kulturpalast Gasteig in der Nachbarschaft himmelstrebende Baupläne genehmigten, zeigten sich beim Museum stur: Der Neubau durfte den Altbau um keinen Meter überragen.

Nun hofft Rathjen auf die Einsicht anderer Behörden, damit er den alten und längst aufgegebenen Münchener Flugplatz in Oberschleißheim zu einer Zweigstelle ausbauen kann. Schon heute sind dort zwei der Öffentlichkeit verschlossene Hallen mit alten Flugzeugen vollgestellt, die der Renovierung harren.

22 Menschen starben bei Bus-Unglück

dpa, Madrid

Bei drei schweren Busunglücken in Südfrankreich, auf dem spanischen Festland und auf Mallorca sind am Wochenende insgesamt 22 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 100 wurden verletzt. Die Serie der tödlichen Verkehrsunfälle begann in der Nacht zum Samstag auf der Fahrt zum Wallfahrtsort Lourdes. Sechs spanische Pilger wurden getötet und sechs verletzt, als ihr Autobus nördlich des französischen Grenzortes Le Perthus mit einem Lastwagen zusammenstieß. Aus bisher ungeklärten Gründen hatten sich bei dem Lastzug, der auf der Standspur der Autobahn abgestellt war, die Bremsen gelöst.

Auf Mallorca geriet einige Stunden später ein Autobus mit britischen Urlaubern bei Porto Cristo in einer Kurve ins Schleudern und stürzte eine zehn Meter tiefe Böschung hinab. Neun britische Urlauber kamen ums Leben, 37 weiter Businsassen wurden mit zum Teil schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Das dritte Busunglück ereignete sich nordöstlich von Madrid in der Provinz Guadalajara. Sieben Menschen – sechs Fußballfans und der Fahrer – kamen bei einem Zusammenstoß zwischen einem Reisebus und einem Militärtransporter ums Leben, 50 Menschen wurden verletzt.

ADAC-Appell

AP, Trier

Präsident Franz Stadler hat zum Abschluß der ADAC-Hauptversammlung am Samstag in Trier die Automobil-Industrie aufgefordert, ihren Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung zur Abgas-Entgiftung aufzugeben. Nur wenn der Fahrplan für die Einführung der Abgas-Katalysatoren und des bleifreien Benzins eingehalten werde, sei es möglich, den Schadstoff-Ausstoß bei Autos bis zum Jahr 1990 um bis zu 90 Prozent zu senken.

Anti-Mafia-Kundgebung

AFP/dpa, Rom

Rund 50 mutmaßliche Drahtzieher des Drogenhandels sind nach Angaben der Polizei vom Samstag in ganz Italien verhaftet worden. Unter den Verdächtigen sei auch der Direktor des Flughafens von Reggio di Calabria, Tommaso Agnello. Währenddessen demonstrierten zehntausend Jugendliche am Wochenende in Rom gegen die organisierte Unterwelt.

Neuer Coup

SAD, Nantes

Die „Hammerbande", die seit Monaten die französische Polizei zum Narren hält, schlug am Wochenende wieder zu: In der westfranzösischen Stadt Nantes brachen die Banditen in einer Bank 95 Kundenschließfächer auf, während Angestellte und Kunden mit Revolvern in Schach gehalten wurden. Die Bande brach schon mehr als 3000 Fächer mit Vorschlaghämmern auf.

Feuersichere Zigarette

SAD, Washington

Für die Entwicklung einer „feuersicheren" Zigarette, die beim achtlosen Wegwerfen oder beim Einschlafen des Rauchers nicht mehr zu Bränden führen soll, sind jetzt in Washington Bundesmittel in Höhe von 1,5 Millionen Dollar bewilligt worden.

Retorten-Vierlinge

rtr, London

Mit Hilfe künstlicher Befruchtung hat eine 32jährige Britin Vierlinge geboren. Der behandelnde Arzt Robert Winston erklärte, den zwischen 1210 und 1520 Gramm schweren Babys gehe es gut. Da die drei Jungen und das Mädchen zwei Monate zu früh geboren wurden, liegen sie jedoch noch im Brutkasten.

Kurzschluß

dpa, Bonn

Das Feuer im Bonner Theater, das am Freitag einen Schaden von mehreren Millionen Mark anrichtete, ist offensichtlich durch einen Kurzschluß in den elektrischen Leitungen unter der Bühne entstanden. Dies bestätigte die Stadtverwaltung.

Blutwunder

dpa, Neapel

Der Heilige Januarius bleibt den Neapolitanern treu. Die seit dem 14. Jahrhundert überlieferte Verflüssigung des Bluts von San Gennaro wiederholte sich auch am Samstagabend vor mehr als 1000 Gläubigen. Die Bewohner Neapels sind davon überzeugt, daß Unheil für ihre Stadt heraufzieht, wenn es ausbleibt.

Ali ausgeschlossen

dpa, London

Der frühere Boxweltmeister Muhammad Ali wurde von der britischen Zauberer-Gesellschaft ausgeschlossen. Grund: Er verriet im Fernsehen geheime Tricks.

„Wilhelm Bauer" wurde zum Museum

D. F. HERTEL, Bremerhaven

Das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven ist um eine Attraktion reicher. In seinem Hafen schwimmt das U-Boot „Wilhelm Bauer", der letzte Vertreter des berühmten Typs XXI. Er wurde in den Jahren 1943/44 entwickelt und stellte eine bahnbrechende Neuentwicklung dar, mit der das Kriegsglück in letzter Minute gewendet werden sollte. Doch von den etwa 150 Booten dieses Typs, die in den letzten beiden Kriegsjahren noch auf Kiel gelegt werden konnten, kam nur noch ein Dutzend in Fahrt. Einen Torpedo feuerte keines mehr ab.

Der Typ XXI revolutionierte die U-Boot-Technik. Alle früheren Unterseeboote waren „nur" Tauchboote: Sie konnten sich dem Gegner durch Wegtauchen entziehen, waren unter Wasser aber nur für begrenzte Zeit und mit langsamer Fahrt bewegungsfähig. Sie waren durch die begrenzte Kapazität ihrer Elektromotoren und deren Batterien eingeengt. Anders der neue Typ: Mit Hilfe seines Luftmastes (Schnorchel genannt) und seiner Dieselmotoren konnte das Boot lange Zeit und mit hoher Geschwindigkeit unter Wasser manövrieren. Grenzen setzten nur die Treibstoff- und Lebensmittelvorräte an Bord. Aber die erlaubten bis zu drei Monaten Tauchfahrt.

Praktisch sämtliche Nachkriegs-U-Boote aller Kriegsmarinen der Welt, auch die sowjetischen der Whisky-Klasse und sogar die amerikanischen Atom-U-Boote, entstanden nach den Bauprinzipien dieses Typs. Die jetzt zum Museum umfunktionierte „Wilhelm Bauer" hieß ursprünglich „U 2540". Im Mai 1945 wurde das Boot von seiner Besatzung in der Neustädter Bucht versenkt. Zwölf Jahre später wurde es gehoben und diente dann unter neuem Namen mehr als 20 Jahre als Erprobungsboot der Bundesmarine.

Saubere Seen für 300 Milliarden

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Es war teuer, aber es hat sich offensichtlich gelohnt: Mit ungeheurem finanziellem und technischem Aufwand ist es in den letzten zwölf Jahren gelungen, die meisten der amerikanischen Binnengewässer zu entgiften und von Industrie- und anderen Zivilisationsabwässern zu befreien. Das 1972 vom Kongreß gesetzte Ziel, alle Binnengewässer innerhalb von zehn Jahren in einen Zustand zu versetzen, in dem in ihnen Fische leben und Menschen baden und schwimmen können, wurde nicht ganz erreicht. Aber das Ziel ist in Sichtweite.

Seit 1972 hat der amerikanische Staat mehr als 50 Milliarden Dollar (etwa 135 Milliarden Mark) für die Säuberung der Binnengewässer ausgegeben. Der finanzielle Aufwand, zu dem die Industrie durch das Gesetz von 1972 verpflichtet wurde, war noch höher. Insgesamt wurden etwa 300 Milliarden Mark für die Reinigung und den Schutz der Gewässer aufgebracht.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. In Sichtweite der Wolkenkratzer Manhattans ziehen Fischer regelmäßig zwei und drei Meter lange Störe aus dem Hudson, und in New York wächst eine einheimische Kaviar-Industrie. In den kalifornischen Flüssen haben sich die Krebse so vermehrt, daß sie in großen Mengen nach Europa exportiert werden. Die Lachse sind in den Connecticut zurückgekehrt, wo sie seit dem vorigen Jahrhundert als ausgestorben galten.

Als Paradebeispiel für den Erfolg der Aktion gilt der Erie-See. Der See, etwa zwanzigmal so groß wie der Bodensee, war durch die Abwässer von Detroit, Cleveland und anderen Industriestaaten so verseucht, daß er um 1970 als „biologisch tot" galt. Heute ist er ein Anglerparadies, zu dem Sportfischer aus den USA und Kanada pilgern. (SAD)

Der „Wojtyla-Effekt" stürzt Rom jeden Mittwoch in ein neues Chaos

Wachsende Pilgerströme stellen die Behörden vor immer neue Probleme

KLAUS RÜHLE, Rom

Rom hat das Privileg, eine zweifache Hauptstadt zu sein. Die der italienischen Republik und die der katholischen Kirche. Dies bringt, bei allen Vorzügen, auch jede Menge Probleme. Seit Johannes Paul II. zum Oberhirten der katholischen Kirche gewählt wurde, sind die Pilgerströme in die Ewige Stadt ständig gewachsen. Die Generalaudienz auf dem Petersplatz läßt jeden Mittwoch den Verkehr in halb Rom zusammenbrechen. Dasselbe gilt für die sonntäglichen Veranstaltungen vor der Peterskirche, an der viele Tausende von Gläubigen aus aller Welt teilnehmen. Mit anderen Worten, an zwei Tagen der Woche herrscht Verkehrschaos in allen Stadtteilen in Vatikan-Nähe. Der sogenannte „Wojtyla-Effekt" hat alle urbanen Planungen über den Haufen geworfen. Er zwingt zu Maßnahmen, die das Zusammenleben der beiden Roms einigermaßen erträglich machen.

Das gerade abgeschlossene Heilige Jahr hat wieder gezeigt, daß die Stadt außerstande ist, einen Tagesdurchschnitt von 30 000 zusätzlichen Besuchern zu verkraften. Im Interesse der Pilger drückte man im Capitol ein Auge zu und nahm in Kauf, daß Hunderte von Autobusriesen aus halb Europa den Petersplatz, die umliegenden Straßen und Plätze, die Stadtviertel mit den Basiliken und den vielen anderen Kirchen verstopften und den Römern monatelang die Bewegungsfreiheit nahmen. Ob das nun anders wird, erscheint sehr fraglich, obwohl es am guten Willen weder im Capitol noch im Vatikan fehlt. Die magische Anziehungskraft Wojtylas dürfte weiterhin und über das Heilige Jahr hinaus Ströme von katholischen Gläubigen in die Ewige Stadt bringen. In eine Stadt, deren Fassungsvermögen überschritten ist. Was tun?

Italiens christdemokratischer Außenminister Giulio Andreotti empfiehlt eine Regelung, nach der Autobusse generell am Stadtrand parken und die Wallfahrer mit städtischen Verkehrsmitteln zum Petersplatz geschafft werden sollen. Ein anderer Vorschlag sieht die Reaktivierung der Eisenbahnlinie vor, die zur Vatikanstadt führt. Auch ein Abzweiger der U-Bahn-Strecke bis vor die Tore der Vatikanstadt könnte das Verkehrsproblem zum Teil lösen. Auf alle Fälle sollen die Pilgerbusse künftig außerhalb von Rom stationiert werden. Manche Leute denken auch daran, die päpstlichen Massenaudienzen und Kundgebungen vom Petersplatz hinaus aufs Land zu verlegen, etwa in die Nähe der päpstlichen Sommerresidenz von Castel Gandolfo, und zu diesem Zweck große Campingplätze für die Pilgerscharen anzulegen.

Es gibt aber auch radikalere Ideen. So wurde etwa die Räumung Roms von einer der beiden „Regierungsgewalten" in die Diskussion gehievt. Wenn etwa der gesamte italienische Staatsapparat, die Ministerien, das Parlament, die ungezählten Ämter umgesiedelt würden, so wird argumentiert, dann wäre die Stadt mit einem Schlag um mindestens 600 000 Menschen entlastet. Rom würde ausreichend Platz bieten für die Begegnung der Pilger aus aller Welt mit dem Papst. Es wird gar daran erinnert, daß der Papst schon einmal, im 14. Jahrhundert, seinen Sitz in Avignon hatte ...

Solch unfrommen Gedanken wird jedoch entgegengehalten, daß der Papst nicht nur Pontifex maximus der katholischen Kirche ist, sondern auch Bischof der Stadt Rom. Don Virgilio Levi, seit einem Jahr stellvertretender Chefredakteur des „Osservatore Romano" und einer der klügsten und geistreichsten italienischen Journalisten im Priestergewand, meint zum schwierigen Zusammenleben von Staat und Kirche im engen Rom, letzten Endes sei an der Misere Garibaldi schuld, denn hätte er auf die Eroberung Roms verzichtet, den Kirchenstaat bestehen lassen und die Hauptstadt des geeinten Italiens irgendwo nach dem Vorbild von Brasilia neu gegründet, dann wäre es nie zu der heutigen Raumnot von zwei Kapitalen in der selben Stadt gekommen.

Heiratsinstitute unter der „test"-Lupe

dpa, Berlin

In kaum einer anderen Branche ist nach Ansicht der Stiftung Warentest so leicht an anderer Leute Geld zu kommen wie bei der kommerziellen Vermittlung von Ehen. Nach wochenlangen Recherchen, Interviews von Kunden und Befragungen von Heiratsinstituten kommt die Stiftung bei der Überprüfung der Seriosität dieser Branche zum Fazit: „Mehr schlecht als recht."

Der Beschwerdekatalog unzufriedener Kunden sei lang: „Allzuoft werden unpassende Partnervorschläge gemacht, in manchen Karteien der Institute wimmelt es nur so von fingierten oder bereits verheirateten Partnern, die Betreuung ist schlecht und schleppend, dafür die verlangten Vorauszahlungen horrend, Ehevermittlungsverträge werden oft mit Kreditverträgen gekoppelt, die Verträge sind nur mit Schwierigkeiten wieder zu lösen", schreibt „test". Außerdem gebe es „an Nötigung grenzende Praktiken", um einen Vertragsabschluß zu erreichen und unvollständige Informationen und falsche Versprechungen vor Vertragsabschluß.

Die Zeitschrift betont, daß „von einer Repräsentativität im engeren Sinne" bei diesem Dienstleistungstest nicht gesprochen werden könne. Denn bei der Anbieterbefragung beanworteten nur 99 von 391 Heiratsvermittlern vollständig die gestellten Fragen. Wie ernsthaft und hautnah die Mitarbeiter von „test" jedoch in dieser Sache prüften, ergibt sich aus der Tatsache, daß einige von ihnen als Klienten und Eheinteressierte bei Instituten vorsprachen. Allerdings seien diese Mitarbeiter alle selbst „ernsthaft auf Partnersuche", betont die Zeitschrift. „Wir wollten nicht durch fingierte 'Test-Vermittlungen' zu noch mehr menschlicher Enttäuschung beitragen", heißt es dazu.

Das „durchschnittliche Ehe- oder Partnerinstitut" arbeitet nach dem Bericht regional begrenzt. Es hat keine Filialen und ein bis zwei Mitarbeiter. Viele bestehen erst seit kurzer Zeit, die Hälfte weniger als fünf Jahre. Die Zahl der Partnersuchenden ist eher klein – bis maximal 300 Klienten. Daneben gibt es einige große, überregional arbeitende Institute, die oftmals einen bestimmten Klientenkreis ansprechen. Beim Geld hielten sich viele Ehevermittler allem Anschein nach an Wilhelm Buschs Devise: „Nach genauer Betrachtung steigt mit dem Preis auch die Achtung." Damit soll offenbar die Qualität der Arbeit unter Beweis gestellt werden, schreibt „test". Bei etwa 40 Prozent der Institute kostete es zwischen 1500 Mark und 3000 Mark, ihre Dienste in Anspruch zu nehmen, 22 Prozent liegen mit ihren Preisen noch höher.

Da viele Institute nur kurze Zeit am Markt seien, ist laut „test" die Gefahr groß, daß ein Kunde sein Geld „auf Nimmerwiedersehen" loswird, ohne dafür eine Leistung zu sehen. Nur mit Vorsicht zu genießen seien auch die Angaben der Institute über ihre Erfolge: „Sie schwanken hier zwischen fünf und 80 Prozent." Aufgefallen ist den „test"-Mitarbeitern, daß selbst Ehevermittler mit sich finanziell handeln ließen. Wer anfängt zu feilschen, „wird erstaunt feststellen, daß auch diese Branche mit 'Sonderangeboten' aufwarten kann".

Diana Dors – eine Skandalnudel wurde zum Liebling der Nation

S. HELM, London

England trauert um Diana Dors, die wohl erste und bislang einzige Sexbombe des britischen Films. Die blonde Diana starb am Wochenende in einer Privatklinik in Windsor an Krebs. In den letzten zwei Jahren hatte sie zwei Operationen überstanden. Millionen ihrer Fans nahmen Anteil an ihrem letzten Kampf nach der dritten Operation am Montag. Doch die Krankheit hatte von ihrem Körper Besitz ergriffen, über den sie einst voller Stolz und mit für sie typischer Selbstironie sagen konnte: „Ich war Englands einzige blonde Bombe, und ich habe sogar die Monroe und die Mansfield ausgestochen, wenn auch nur vom Hals abwärts."

Diana Dors war einst für England, was Marilyn Monroe für Amerika und Brigitte Bardot für die Franzosen war. Mit ihrer Figur war ihr der Weg zum Film und nach Hollywood schon als Teenager vorgezeichnet. Die Tochter einer Sängerin und eines Pianisten wurde schon als Fünfzehnjährige in einer Schülervorstellung „entdeckt" und erhielt ihre erste Filmrolle in „Oliver Twist". Mit 25 Jahren galt sie als Sexsymbol Englands und war die bestverdienende Schauspielerin der Nation.

Diana Dors machte Schlagzeilen nicht nur mit ihrer wechselvollen Karriere, sondern mehr noch mit ihrem oft skandalösen Privatleben. Die Männer rissen sich um sie, und Diana Dors hatte ein großes Herz. Sie stammte aus kleinen Verhältnissen und war voller Lebenslust. Ihr Ehemann Nummer drei, der neun Jahre jüngere Schauspieler Alan Lake, wich in den letzten Tagen im Princess Margaret Hospital von Windsor nicht von ihrer Seite. Als alles vorbei war, kam er weinend mit Dianas beiden Teddybären unter dem Arm aus der Klinik und erzählte von ihren letzten Worten: „So war es bei den Proben nicht vorgesehen."

Starb in einem Krankenhaus bei London: Diana Dors FOTO: DPA

Nach einigen Filmerfolgen zu Hause, hatte Diana Dors mit „Yield to a Night" den Sprung über den großen Teich und nach Hollywood geschafft. Sie trat an der Seite von Bob Hope und Steve Allen im Fernsehen auf. Sie war die Partnerin von George Gobel in dem Film „I married a Woman". Im Privatleben wurde sie mehr und mehr zur Skandalnudel – Berichte über Orgien und Affären überschlugen sich.

Bald ging es auch mit ihrer Karriere bergab. Ihr erster Mann starb 1959 mit 33 Jahren. Als ihr Finanzberater hatte er so viele Böcke geschossen, daß Diana Dors 1968 den Offenbarungseid leisten mußte. Auch ihre zweite Ehe mit dem Komiker Dawson hielt nicht lange. Ihr dritter Mann Alan Lake wurde alkoholabhängig. Nur ihrer eisernen Energie hat er es zu verdanken, daß er von seiner Sucht loskam.

Bei allen privaten und beruflichen Rückschlägen hatte die dennoch den Mut, eine neue Karriere zu starten. Im Jahre 1974 wagte sie sich, mit viel Zustimmung der Kritik, auf die Bühne. Es war beim Theaterfestival von Chichester, als Jocaste in der griechischen Tragödie „Ödipus". Diana Dors, selber zeitweise mehr als 90 Kilo schwer, gab Millionen von Frauen in ihrer eigenen TV-Serie Tips, wie man erfolgreich abnimmt. Mit ihrem trockenen Humor war sie schließlich auch wieder begehrter Gast von TV-Talk-Shows. (SAD)

WETTER: Weiter unbeständig

Wetterlage: Die Kaltfront eines Skandinavientiefs überquert den Norden und die Mitte des Bundesgebietes und führt trockene Kaltluft heran, während im Süden zunächst noch verhältnismäßig milde, aber feuchte Luft wetterbestimmend bleibt.

Deutscher Wetterdienst 6. Mai 1984, nachm.

Stationen 13 bedeckt, Wind Stärke 5, 16°C ● bedeckt ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer Gebiete Regen Schnee Nebel Frostgrenze H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete Luftströmung ⇒warm, ⇒kalt Fronten Warmfront Kaltfront Okklusion Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden wechselnd bewölkt mit Aufheiterungen und trocken. Südlich der Mittelgebirge überwiegend stark bewölkt und gelegentlich Regen. Nachmittagstemperaturen 12 bis 15 Grad. In der Nacht zum Dienstag von Norden her aufklarend und Abkühlung auf 4 bis null Grad, in ungünstigen Lagen Norddeutschlands leichter Frost, gebietsweise Bodenfrost. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten:

Wechselnd bewölkt, im Norden vereinzelt Schauer, kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	28°
Bonn	13°	Kopenh.	12°
Dresden	15°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	9°
Frankfurt	17°	Madrid	11°
Hamburg	13°	Mailand	15°
List/Sylt	9°	Mallorca	21°
München	18°	Moskau	24°
Stuttgart	17°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	10°
Amsterdam	9°	Paris	13°
Athen	19°	Prag	17°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	10°	Stockholm	11°
Budapest	21°	Tel Aviv	22°
Bukarest	18°	Tunis	24°
Helsinki	13°	Wien	22°
Istanbul	16°	Zürich	15°

* Sonnenaufgang am Dienstag: 5.42 Uhr, Untergang: 20.56 Uhr, Mondaufgang: 11.50 Uhr, Untergang: 3.20 Uhr; * in MESZ, zentraler Ort Kassel.

ZU GUTER LETZT

Ankündigung einer Reportage im ORF-Hörfunkprogramm: „ÖMV (österreichische Mineralölverwaltung) stößt bei Probebohrungen auf den Widerstand von Umweltschutzgruppen."